Mehr schwere Gewaltdelikte in Berlin, S. 3

# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 12 – 23. März 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE








Wird seine historische Rolle verkannt? Russlands wiedergewählter Präsident Wladimir Putin

Bild: Imago

# Putins wahre Konkurrenten

## Die harschen Gegner des Kreml-Chefs verkennen das Trauma vieler Russen

**Wäre die Alternative zu Putin wirklich ein westlich-liberales Russland? Ein näherer Blick lässt etwas ganz anderes befürchten.**

Schon vor dem russischen Urnengang waren sich westliche Kommentatoren weitestgehend einig, dass die Wahl im flächenmäßig größten Land der Erde eine Farce sei: die Medien gleichgeschaltet, die Opposition entweder ein abgekarteter Witz oder, sofern ernstzunehmend, gar nicht erst zugelassen.

Vor allem beklagen westliche Stimmen die Benachteiligung der dem Westen zugeneigten Opposition in Russland. Hinter den Klagen schimmert die Erwartung durch, dass ein Russland ohne Putins Lenkung gleichsam automatisch ein für NATO und EU weitaus leichter zu handhabender Nachbar wäre.

Doch einiges spricht dafür, dass dieser Erwartung ein tiefgreifendes Missverständnis zugrunde liegt. Selbst die äußerst Putin-kritischen deutschen Medien können nicht nur nicht ausblenden, wie stark der Rückhalt für den Präsidenten im russischen Volk verankert ist. Die Berichte decken auch auf, worin Putins Popularität wurzelt: in seiner Statur als starker, patriotischer Führer einer gedemütigten Großmacht.

> Kommunisten und Faschisten lauern auf ihre Chance

Auf derselben Klaviatur versuchen sich auch Russlands Kommunisten und Rechtsextremisten, die beide auf die aggressiv nationalistische Karte setzen – dies nur eben weit weniger erfolgreich als Putin. Stünde ihnen der Charismatiker im Präsidentenamt jedoch nicht mehr im Wege, wäre die Machtergreifung einer faschistisch-kommunistischen Melange in Moskau nicht mehr auszuschließen – die Folgen für die Stabilität der Welt und insbesondere Europas wären kaum auszudenken. Viele, die den Mann im Kreml heute verteufeln, dürften sich in so einem Fall nach dem immerhin rational agierenden Putin zurücksehnen.

Für die große Masse der Russen ist die Aussicht auf eine westlich geprägte, liberale Politik und Gesellschaftsordnung schon lange keine Verheißung mehr. Was aus westlicher Perspektive als die große Zeit von Russlands freiheitlichem Aufbruch verklärt wird, war für die große Masse der Russen eine einzige Katastrophe: Nicht nur, dass der Status als Weltmacht verloren ging. Millionen Menschen büßten in den 90er Jahren durch Rubelkrisen ihre kompletten Lebensersparnisse ein, Renten wurden entwertet, Biografien zerstört, ganze Regionen in den Abgrund gerissen – und über allem thronte eine beispiellos korrupte „Elite“ westlich orientierter „Reformer“ der chaotischen Jelzin-Jahre.

Dieses Trauma wirkt fort. Der wiedergewählte Präsident weiß das nur zu gut und nutzt die Verletzungen jener Jahre geschickt für den Ausbau seiner Macht, indem er sich als Retter empfiehlt. Als Machtpolitiker dämmt er das Trauma damit aber auch gleichzeitig ein. Putin mag ein schwieriger Partner bleiben. Wer ihn aber allzu unversöhnlich angreift, sollte sich über mögliche Alternativen zu ihm im Klaren sein. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

## *Kreativ*

Die Protektionisten dies- und jenseits des Atlantiks drohen triumphieren zu können. Nachdem US-Präsident Donald Trump Strafzölle gegen die Europäische Union verhängen will, bereitet die EU eifrig Gegenzölle vor. Es besteht die akute Gefahr einer Eskalation, eines Hochschaukelns der Zölle, an deren Ende der Exportweltmeister Deutschland als der größte Verlierer dastehen würde.

Dabei hat Trump selber indirekt einen Ausweg gewiesen. Aus Mangel an Sünden wider das Freihandelsprinzip, die er der EU zur Rechtfertigung von Strafzöllen vorwerfen könnte, verweist er auf das Ausbleiben kräftiger Erhöhungen der Militärausgaben der Europäer, von denen sein Land als weltweit größter Rüstungsexporteur kräftig profitieren würde. Er macht also das ganz große Fass auf beim Verrechnen von Geben und Nehmen.

Warum sollte die EU das nicht auch tun? Schließlich vermindert die EU im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen den Handel mit Russland ausschließlich aus Rücksicht auf die Führungsmacht der westlichen Welt. Warum sollte man da nicht auf Wirtschaftssanktionen der USA gegen einen selbst als Gegen- oder Strafmaßnahme mit der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen den US-amerikanischen Rivalen Russland reagieren?

Das wäre einmal eine kreative Reaktion und passende Antwort auf die Errichtung eines Hemmnisses im Welthandel: nicht die Errichtung eines eigenen, neuen Hemmnisses, sondern die Beseitigung eines bereits bestehenden. Eine ideale Möglichkeit, sowohl dem freien Welthandel zu dienen als auch einen Verstoß gegen diesen zu bestrafen.

*(siehe auch Seite 7)*

# Balten üben Solidarität mit Polen gegen Brüssel

## Gipfeltreffen der vier Regierungschefs gegen antipolnische EU-Sanktionen und für eine neue Bernsteinstraße

Polens Regierung erhält im Konflikt mit der EU-Kommission wegen der polnischen Justizreform Unterstützung durch Litauen, Lettland und Estland. Auf einem gemeinsamen Treffen mit dem polnischen Premier Mateusz Morawiecki (PiS) sprachen sich die Regierungschefs der drei baltischen Staaten am 9. März gegen die Verhängung von Sanktionen gegen Polen aus.

Die EU-Kommission hat bereits Ende des vergangenen Jahres ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie in Polen EU-Grundwerte gefährdet sieht. Im äußersten Fall droht dem Land, dass es am Ende des Verfahrens seine Stimmrechte auf EU-Ebene verliert.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels in Wilna [Vilnius] erklärte der lettische Premierminister Maris Kuczinskis: „Wir wären gegen jegliche Strafen, die Polen auferlegt werden. In dieser Hinsicht denken alle drei baltischen Länder ähnlich.“ Litauens Premierminister, Saulius Skvernelis, ergänzte: „Wir verstehen Polen, und wir verstehen seine Ziele im Zusammenhang mit der Justizreform.“ Der litauische Regierungschef forderte zudem dazu auf, eine Kompromisslösung zwischen der EU und Polen zu suchen. Auch Estlands Premier bezeichnete einen Stimmrechtsentzug als einen „Schritt zu weit“. Durch die Unterstützung der drei baltischen Länder für die polnische Führung wird diese scharfe Sanktionsmaßnahme immer unwahrscheinlicher.

> »Wir wollen die Straße zurückgewinnen, sie durch echte Investitionen wieder aufbauen«

Abgesehen vom Votum des betroffenen Staates, müsste laut den Regeln der EU, ein Stimmrechtsentzug von allen anderen EU-Mitgliedern einstimmig beschlossen werden. Allerdings hatte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bereits im Dezember signalisiert, er würde den Versuch blockieren, Polen das Stimmrecht in der EU zu entziehen.

Spätestens seit dem Gipfel von Wilna muss die EU-Kommission nun damit rechnen, dass Polen auch von den Balten unterstützt wird. Entsprechend gestärkt kann Polens Regierungschef Morawiecki nun in Brüssel verhandeln. Nachdem Ende letzten Jahres das Rechtsstaatsverfahren eingeleitet wurde, sind Morawiecki und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereits im Januar wieder ins Gespräch gekommen.

Zusätzlicher Verhandlungsbedarf ergibt sich durch die angelaufenen Verhandlungen zum nächsten langjährigen EU-Finanzrahmen. Polen ist bislang der größte Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt. Großbritanniens Ausstieg aus der EU verursacht eine Milliardenlücke bei den Einnahmen der EU, die durch Beitragserhöhungen oder Kürzungen aufgefangen werden müssen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte vorgeschlagen, die Verteilung von EU-Geldern künftig an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards und an die Bereitschaft zur Aufnahme von „Flüchtlingen“ zu knüpfen.

Auch auf dem polnisch-baltischen Gipfel war der neue mehrjährige EU-Finanzrahmen ein Thema. Die vier Regierungschefs diskutierten zudem gemeinsame Energie- und Verkehrsprojekte. Morawiecki brachte auf dem Gipfel die historische Bernsteinstraße in Erinnerung, die ein wichtiger europäischer Handelsweg war. „Wir wollen die Straße zurückgewinnen, sie durch echte Investitionen wieder aufbauen“, so die Ankündigung des polnischen Regierungschefs, der auf Vorhaben wie etwa die „Rail Baltica“ verwies. Als konkretes Projekt haben Polen und Litauen die Einrichtung einer Fährverbindung zwischen Stettin und Memel vereinbart. *Norman Hanert*

# Meinungsfreiheit gegen Political Correctness

## Ingo von Münchs Plädoyer gegen die Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte – Teil 3

**Wenn es etwas gibt, das die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit ernsthaft bedroht, dann ist es die sogenannte Political Correctness. Laut Duden handelt es sich dabei um die „von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig eingestufte Gesinnung, Haltung, die zum Ziel hat, alles zu vermeiden, was andere als diskriminierend empfinden könnten". Diese Definition bagatellisiert jedoch, was sich aus diesem anfänglich noch nachvollziehbaren und vergleichsweise harmlosen Phänomen im Laufe weniger Jahre entwickelt hat: eine von selbsternannten Denk- und Sprachhütern ausgeübte Gesinnungsdiktatur, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beherrscht und zur gnadenlosen Ächtung eines jeden führt, der sich ihr nicht unterwirft. Der Verfassungsrechtler und liberale Politiker Ingo von Münch plädiert in seinem neuesten Buch engagiert gegen diese Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte.**

Von dem bekannten Soziologen Helmut Schelsky stammt folgende Feststellung: „Wer die Sprache beherrscht, beherrscht auch die Menschen." Deshalb überrascht es nicht, dass die Verfechter der Political Correctness darauf aus sind, sich der Sprache zu bemächtigen. Beispiele hierfür sind die Fälle, in denen ein Wort zum „Unwort des Jahres" erklärt wird, so geschehen mit den Wörtern "Neiddebatte", „alternativlos", „Pleitegriechen", „Sozialtourismus". Zum Unwort des Jahres 2015 wählte die „Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres", eine private Jury, das Wort „Gutmensch", „weil dieser Ausdruck in diffamierender Weise gebraucht wird". Der frühere Intendant des Südwestfunks Baden-Baden, Peter Voss, hat jene Entscheidung zutreffend kritisch kommentiert. Voss spricht von einer Belehrung „in eher gouvernantenhafter Manier"; offenkundig möchte die Jury „den Unterschied zwischen guten Menschen und Gutmenschen verwischen, nämlich zwischen denen, die tatsächlich Gutes tun, und jenen, die es predigen und anderen vorzuschreiben versuchen".

In Hamburg führte ein früher verwendetes Plakat des Betreibers der S-Bahn mit dem Text „Schwarzfahren kostet 60 DM" zu einer Anzeige wegen Diskriminierung, woraufhin das Plakat aus dem Verkehr gezogen wurde. Der Vorgang ist meines Erachtens deshalb ganz und gar unverständlich, weil beim Wort „Schwarzfahren" vermutlich niemand primär oder überhaupt an Menschen mit dunkler Hautfarbe denkt, genauso wenig wie bei dem Wort „Schwarzmarkt", zu dessen Zeiten nach dem Krieg Menschen mit dunkler Hautfarbe unter der deutschen Bevölkerung kaum vorhanden waren. Sprachreinigung kann ja wohl auch nicht schwarze Trauerkleidung wie überhaupt schwarze Kleidung („das kleine Schwarze") beanstanden.

Der slowenische Denker Slavoy Zizek hat im Übrigen zu Recht vor „der politisch korrekten Besessenheit" gewarnt, „Individuen vor jeder Erfahrung zu schützen, die sie irgendwie als verletzend empfinden könnten ... Am Ende kann jeder für sich in Anspruch nehmen, sich durch alles Mögliche beleidigt oder verletzt zu fühlen ... Der Versuch der politisch Korrekten, das Sprechen zu regulieren, ist in sich falsch, weil es die realen Probleme verschleiert, statt sie zu lösen." Nicht von Zizek, sondern vom Autor des Buches stammt die Frage: „Ist es – so gesehen – altmodisch oder vielleicht vernünftig, auf Gefühle von Anderen lieber mit den Fingerspitzen von Anstand, Höflichkeit, Sensibilität und Empathie zu reagieren als mit dem Hammer der Political Correctness?"

Über die Vorgaben der Political Correctness zum Gebrauch oder Nichtgebrauch von bestimmten Ausdrücken weit hinaus geht die Ausgrenzung von abweichenden Ansichten aus dem Prozess der Diskussion. Dazu hat der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach festgestellt: „Wir haben in Deutschland die Kultur (meines Erachtens besser gesagt: die Unkultur) einer verschärften Political Correctness, die es ungeheuer schwierig macht, Themen, die nicht dem Mainstream entsprechen, ergebnisoffen und ohne gleich die Keule einer illegitimen und unmoralischen Haltung zu diskutieren." Birgit Kelle, bekannt durch ihre Kritik an dem von ihr genannten Genderwahn, schreibt: „Man muss ja nicht jede Meinung teilen, geschweige denn gutheißen. Aber man muss darüber reden dürfen." Schließlich hat selbst der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, aus christlicher Sicht geäußert, es müssten Ängste, dass wir die hohe Zahl ankommender Flüchtlinge irgendwann nicht mehr bewältigen können, angesprochen werden dürfen, „ohne, dass sie gleich als politisch unkorrekt oder als unchristlich etikettiert werden". Zuletzt, nämlich kurz nach der Bundestagswahl, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier „Respekt für den politischen Gegner und Andersmeinenden" eingefordert.

Das Gegenteil von Respekt ist der Griff nach der Keule, mit deren Einsatz andere Meinungen nicht diskutiert, sondern niedergemacht werden. In meinem Buch sind die drei gröbsten Keulen dargestellt: Die Faschismuskeule, die Rassismuskeule und die Nazikeule. Alle diese drei Vorwürfe – oder darf man sagen: Verdächtigungen – haben unter der Herrschaft der Political Correctness Konjunktur. Zum angeblichen Faschismus genügt der Hinweis auf die Kritik an der Vorliebe für vegetarisches Essen als „Gemüsefaschismus" und die Bezeichnung behaupteter faschistischer Tendenzen in Frankreich als „Camembert-Faschismus." Zur Rassismuskeule ein Beispiel nicht aus Frankreich, sondern aus Fürth in Franken: Die Leiterin der dortigen Volksbücherei hält eine Änderung dieser Bezeichnung für angebracht, weil der Begriff „Volk" im Nationalsozialismus „rassisch belastet" worden sei. Die gewichtigste Keule ist die Nazikeule. Ein Stück von dieser Keule steckt zwar schon in der Faschismuskeule und in der Rassismuskeule, aber mit der Nazikeule wird dann doch ein noch schweres Geschütz aufgefahren – die gelegentlich beigefügte Silbe „Neo-" bedeutete nur eine geringe Abschwächung.

Wer die Nazikeule schwingt, sollte sich über zweierlei klarwerden: In einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat, wie es die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Österreich sind, um hier nur die deutschsprachigen Länder zu nennen, sind die Lebensverhältnisse so unendlich weit von denen zur Zeit der NS-Diktatur entfernt, dass sich jegliche auch nur ansatzweise Gleichsetzung von vornherein verbietet. Und weil alles das, auf was die Nazikeule heute niedersaust, mit den Verbrechen des NS-Regimes tatsächlich nicht gleichgesetzt werden kann, ist der Gebrauch der Nazikeule geeignet, die Verbrechen in der NS-Zeit zu relativieren – eine Konsequenz, die nicht im Sinne der Akteure sein kann.

Faschismuskeule, Rassismuskeule und Nazikeule dienen dazu, eine Debatte zu beenden oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Diese Gegebenheit führt zum Zustand der Debattenkultur bei uns und in anderen demokratischen Ländern. Eine Gruppe prominenter Autoren, unter ihnen Roman Herzog, Renate Schmidt, Petra Roth und Erwin Teufel, haben zwecks Revitalisierung der politischen Parteien einen „offenen Diskurs" angemahnt: „Der braucht eine Debattenkultur, die Meinungspluralität ernst nimmt ... Erfolgreichen neuen Konkurrenzparteien macht man die Wähler nicht dadurch streitig, dass man sie als populistisch und rassistisch ausgrenzt." Und: Die politischen Parteien sollten sich zu Themen positionieren, „die man jahrelang aus falsch verstandener politischer Korrektheit unter den Teppich gekehrt hat". Was von diesen Autoren unter dem Aspekt der politischen Parteien gefordert wird, lässt sich auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Eine offene pluralistische Gesellschaft lebt von einer offenen pluralistischen Debattenkultur, in welcher der „Mainstream" Minderheitsmeinungen nicht diffamiert oder gar unterdrückt, sondern in der konträre Meinungen diskutiert werden.

Debattenkultur bedeutet Diskussion, bedeutet Zuhören, auch wenn dies beschwerlich ist. Hinderlich sind in diesem Zusammenhang sogenannte Meinungsghettos, in denen Gesinnungsgemeinschaften Vorurteile und Verdächtigungen gepflegt werden. Ungut ist demgemäß die Polarisierung der Gesellschaft in „wir" (mit dem „richtigen" Weltbild) und „die" (mit dem falschen Weltbild). Unter diesem Aspekt war es wohl nicht förderlich, dass der damals noch amtierende Bundespräsident Joachim Gauck von einer „dunklen Seite" und einer „hellen Seite" unseres Landes gesprochen hat. Der einfache Bürger dieses Landes, der oder die nicht Bundespräsident ist, fragt sich: Gibt es nicht vielleicht auch Zwischentöne? Was ist mit halb dunkel oder halb hell?

Das Ergebnis der Wahl in den USA mit dem Sieg von Donald Trump wurde sowohl in den USA selbst als auch in einigen Ländern außerhalb der USA, beispielsweise in der Tschechischen Republik, als Sieg über die Political Correctness gefeiert oder zumindest so empfunden. Frauke Petry, damals noch prominentes Mitglied der AfD, bejubelte das Ergebnis der Präsidentenwahl mit der Bilanzierung: „Die Political Correctness ist am Ende." Und selbst der ruhige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat zwar nicht mit Bezugnahme auf die Wahl in den USA, aber vermutlich unter deren Eindruck auf dem Bundesparteitag der Grünen in Münster gemahnt: „Wir dürfen es mit der Political Correctness nicht übertreiben." Für den deutschen Betrachter erschreckend ist das Ausmaß des Hasses zwischen den politischen Lagern in den USA. Man kann nur hoffen, aber wohl auch darauf vertrauen, dass in Deutschland politisch motivierter Hass in Form einer Hass-Spirale ohne Ende nicht schließlich zu einer Spaltung der Gesellschaft führt, die für den demokratischen Rechtsstaat und für den Sozialstaat nicht unerhebliche Gefahren birgt.

Inflationär werden nicht nur, wie bereits erwähnt, Faschismus-, Rassismus- und Nazikeule verwendet, sondern auch die Worte "Hetzer" und „Hetze". Auch dieses Thema gehört zum Problemkreis der Debattenkultur. Beleidigungen, Beschimpfungen, Drohungen sind kein positiver Beitrag zur Debattenkultur, sondern das exakte Gegenteil. Dem ehemaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist zuzustimmen, wenn er sagt, die gesamte Gesellschaft sei gefordert, dieser zunehmenden Radikalisierung auch in Sprache und im Umgang entgegenzutreten. Die alte Sentenz „fortiter in re, suaviter in modo" (= hart in der Sache, gemäßigt im Ausdruck) sollte auch heute noch die Grundregel jeder Debatte sein. Senioren können hier mit gutem Beispiel vorangehen, zumal sie wohl auch seltener als junge Menschen sich im Netz, also mit Twitter, Sims etc. bewegen.

Inflationär gebraucht wird auch der Begriff „Populist". Im Jahre 1992 gab der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt der „Frankfurter Rundschau" ein Interview, in dem er äußerte: „Aus Deutschland ein Einwanderungsland zu machen, ist absurd." Die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft hielt der Alt-Bundeskanzler für „abwegig" und Muslime für kaum integrierbar. War Schmidt (Spitzname: „Schmidt-Schnauze") mit diesen Äußerungen ein „Populist" – womöglich ein „Rechtspopulist"? Oder kann es sein, dass jene Schmidt'schen Meinungsäußerungen damals nicht „populistisch" waren, während sie heute unter dieses Verdikt fallen würden? Hängt also die Disqualifizierung einer Meinung als „Populismus" vielleicht von der Einordnung durch den Zeitgeist ab?

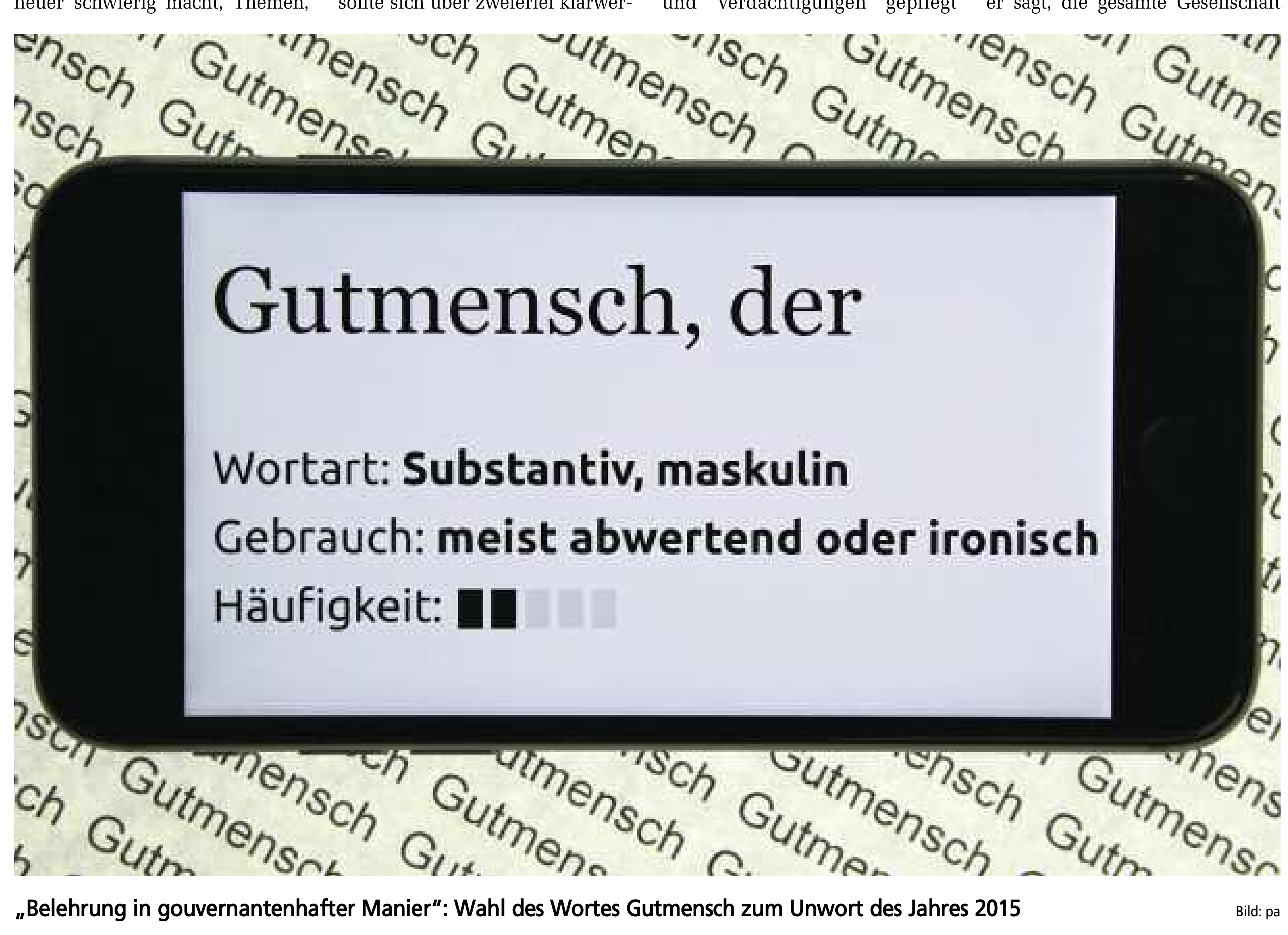
Aber was ist „Populismus"? Handelt es sich vielleicht nur um eine Worthülse? Renate Köcher, die Leiterin des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach, meinte: „Immer wenn man etwas diskreditieren will, nennt man es populistisch." Michael Hanfeld stellt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ebenso ernüchternd wie zutreffend fest: „Und was populistisch heißt, weiß inzwischen ja auch niemand mehr." Immerhin bringt der uns allen so vertraute Duden eine knappe, aber nicht evident falsche Definition: Populismus ist danach eine „opportunistische Politik, die die Gunst der Massen zu gewinnen sucht". Sprachgeschichtlich liegt die Wurzel des Wortes „Populismus" im lateinischen „populus" (= das Volk), womit das Verhältnis zwischen Demokratie und Populismus angesprochen ist. Der Freiburger Staatsrechtslehrer und derzeitige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle hat dieses Verhältnis in einem umfangreichen Beitrag unter der Überschrift „Demokratie und Populismus" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 23. November 2017) untersucht. Das Ergebnis ist im Untertitel dieses Beitrages wie folgt zusammengefasst: „Grenzüberschreitungen müssen konsequent sanktioniert werden. An einer argumentativen Auseinandersetzung führt kein Weg vorbei." Wie wahr, wie wahr!

Im Konzert der politischen Meinungen spielen die Medien die erste Geige. Aus dieser Rolle ergibt sich die Verantwortung der Medien für die Erfüllung ihres Informationsauftrages. Die Wahrnehmung dieses in einer offenen demokratischen Gesellschaft wichtigen Auftrages ist – um mit Fontane zu sprechen – ein weites Feld. Seit den Berichten über die sogenannte Flüchtlingskrise und seit der Silvesternacht in Köln ist die Kritik an den Medien gewachsen. Es gibt unberechtigte, weil überzogene Kritik (Vorwurf: „Lügenpresse"), es gibt aber auch nicht unberechtigte Kritik (Vorwurf: „Mainstream-Journalismus"). Ein offenkundiges Informationsdefizit – in diesem Fall der ARD-„Tagesschau" – betraf Freiburg, nämlich die Vergewaltigung und Ermordung der Medizinstudentin Maria L. Das Verbrechen erfuhr in der Stadt als auch bundesweit starkes Interesse. Angesichts des bundesweiten Interesses an dem Mordfall war es umso erstaunlicher, dass die ARD-„Tageschau" keinen Anlass sah, über die Verhaftung des Täters am 3. Oktober 2016 zu informieren. Nach vermehrten kritischen Fragen zu diesem erstaunlichen Schweigen erklärte der Chefredakteur der für die „Tagesschau" zuständigen Redaktion „ARD aktuell": „Die ‚Tagesschau' berichtet über gesellschaftlich, national und international relevante Ereignisse. Da zählt ein Mordfall nicht dazu."

Richtig ist, dass nicht jeder Mordfall „gesellschaftlich, national und international relevant" ist. Ebenso richtig ist aber auch, dass der Freiburger Mordfall, wie die anschließenden bundesweiten Reaktionen zeigen, durchaus „relevant" war. Darf man von dem für eine der relevantesten Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens Verantwortlichen bei der Auswahl der Informationen vielleicht etwas mehr journalistisches Fingerspitzengefühl erwarten? Die Gefühle eines Rezipienten brachte ein Leserbrief zum Ausdruck: „Ich frage mich ratlos: Für den Chefredakteur der ‚Tageschau' war der Mordfall in Freiburg keine ‚relevante' Nachricht? Weil sie im Kontext mit jungen männlichen Migranten steht? Dieses Verhalten gibt dem Kampfbegriff ‚Lückenpresse' leider frische Nahrung."

*Ingo von Münch*

*Ende*




**„Belehrung in gouvernantenhafter Manier": Wahl des Wortes Gutmensch zum Unwort des Jahres 2015** Bild: pa

***Ingo von Münch: „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness"**, Duncker & Humblot, Berlin 2017, 165 Seiten, 19,90 Euro*

# Mehr schwere Gewaltdelikte in Berlin

## Die Zahl gefährlicher Körperverletzungen im öffentlichen Raum ist gestiegen

**In der deutschen Hauptstadt ist 2017 die Zahl schwerer und gefährlicher Körperverletzungen im öffentlichen Raum weiter gestiegen. Das zeigt die neue Berliner Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Gestiegen ist auch die Zahl der Delikte mit Gewaltcharakter im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die PKS verzeichnet zudem mehr Sexualdelikte, mehr Rauschgiftkriminalität, mehr Fälle von Jugendgruppengewalt und von Kindesmissbrauch.**

Der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat bei der Vorstellung der PKS 2017 verkündet, die Stadt sei „objektiv sicherer" geworden. Dabei verwies er vor allem auf die gesunkene Zahl von Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen. Die vom Innensenator ausgegebene Losung – Berlin sei „objektiv sicherer" geworden – wurde danach von vielen Medien jedoch unkritisch übernommen. Dass die verallgemeinernde Aussage so nicht stimmt, fiel meist unter den Tisch.

Die Nennung einer allgemeinen Zahl von Straftaten – worin Urkundenfälschung ebenso eingeschlossen ist wie Warenkreditbetrug oder Ladendiebstahl – sagt dabei kaum etwas aus über die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Erst recht sagen allgemeine Durchschnittszahlen von Straftaten, auch von Gewaltdelikten, noch nichts aus über die besonders erhöhte Gefahrenlage in einzelnen Stadtteilen. „Wenn man den Kopf in der Sauna hat", erklärte einmal Franz Josef Strauß, „und die Füße im Kühlschrank, sprechen Statistiker von einer angenehmen mittleren Temperatur." Die Kriminalitätslage etwa in Gesundbrunnen oder Teilen Neuköllns ist eine völlig andere als etwa im „bürgerlichen" Steglitz-Zehlendorf oder in Köpenick.

Die vom Innensenator vorgestellte PKS 2017 bietet jedoch nur einen 38-seitigen Kurzüberblick und stellt die Lage nicht differenziert nach Bezirken und Ortsteilen dar. Politiker und Medienleute wohnen meist nicht in den „Brennpunktvierteln", geschweige denn mit ihren Familien. Das erklärt zum Teil die immer noch oft anzutreffende Schönfärberei der realen Lage für viele Einwohner der Stadt. Gerne wird auch oberflächlich oder absichtlich in Medien verallgemeinernd das Märchen verbreitet, die „objektive" Lage sei doch so viel besser als das nur „subjektive Unsicherheitsgefühl" von Bürgern.

Dabei ist Berlin auch ausweislich der Kriminalstatistik in wichtigen Bereichen noch unsicherer und gefährlicher geworden. Dies betrifft besonders – und besonders schwerwiegend – den öffentlichen Raum. Die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen – bei ihnen erleiden die Opfer bleibende Schäden – auf Straßen, Wegen und Plätzen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, und zwar um 614 Fälle. Das entspricht einer Zunahme von 16,7 Prozent.

Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist die Zahl der Delikte mit Gewaltcharakter gestiegen, und zwar um 393 Fälle auf eine Gesamtzahl von 5376 erfassten Fällen. Das entspricht einer Zunahme von 7,9 Prozent gegenüber 2016. Die Zahl der Körperverletzungen im ÖPNV nahm um 7,7 Prozent zu, die Fälle von Nötigung, Freiheitsberaubung und Bedrohung im ÖPNV um neun Prozent.

Die Fallzahl der Sexualdelikte im ÖPNV kletterte von 138 auf 294 Fälle – ein Plus von 88,5 Prozent. Die Zahl der erfassten Sexualdelikte allgemein stieg um 918 Fälle auf insgesamt 3770 Fälle – ein Plus von 32,2 Prozent. Dieser Anstieg der Zahl von Sexualdelikten, heißt es in der PKS, „dürfte aber mit der Strafrechtsänderung" zusammenhängen: „Allein auf den neu eingeführten Erfassungsgrund ‚Sexuelle Belästigung' entfielen 498 Vorgänge." Von den 2171 ermittelten Tatverdächtigen bei Sexualdelikten hatten 35,4 Prozent nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Jahr 2017 gab es in Berlin 91 Fälle von versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag – nur ein Fall weniger als 2016. Dabei erhöhte sich die Zahl der vollendeten Taten gegenüber dem Vorjahr von 37 auf 40 Fälle.

Was nicht in der PKS steht, aber aus einer Anfrage des CDU-Abgeordneten Peter Trapp hervorgeht: Auch die Zahl der polizeilich registrierten Messerangriffe in Berlin ist weiter gestiegen, von 2591 Fällen im Jahr 2016 auf 2737 Fälle im Jahr 2017. Das sind rechnerisch 7,4 Messerattacken pro Tag, rund 52 Attacken Woche für Woche. Im Jahr 2016 kamen Messer bei 754 Raubüberfällen und bei 777 gefährlichen und schweren Körperverletzungen zum Einsatz (genaue Angaben für 2017 sind noch nicht veröffentlicht).

Für 2017 verzeichnet die PKS 2440 Fälle von Jugendgruppengewalt, 13 Fälle mehr als 2016. Dabei gab es auch hier eine starke Zunahme von schweren und gefährlichen Körperverletzungen (775 Fälle im Jahr 2017, 178 Taten mehr als im Vorjahr).

Die Zahl der Körperverletzungen insgesamt blieb laut PKS 2017 in Berlin mit 42 742 Fällen nahezu gleich wie in 2016 (minus 0,2 Prozent) – auch hier ist die Hauptstadt nicht „objektiv sicherer" geworden. Es gab 2551 Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt, ein Plus von 118 Fällen gegenüber dem Vorjahr beziehungsweise eine Zunahme um 4,8 Prozent.

524 Fälle von Kindesmisshandlung wurden registriert, eine Zunahme um 8,5 Prozent gegenüber 2016. Die Zahl der erfassten Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch stieg um 88 Fälle auf 774 Fälle, eine Zunahme um 12,8 Prozent.

Die Zahl der registrierten Rauschgiftdelikte stieg mit 16 077 Fällen auf die höchste Fallzahl der letzten zehn Jahre. Es wurden 1197 Fälle mehr erfasst als im Jahr 2017, eine Zunahme um acht Prozent.

„Zuwanderer" sind laut PKS-Definition Asylbewerber, international Schutzberechtigte, Geduldete, Kontingentflüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt. Im Jahr 2017 wurden 14 209 Straftaten von Zuwanderern (ohne ausländerrechtliche Verstöße) in Berlin erfasst. Es gab 7543 Tatverdächtige. Die PKS nennt unter anderem sieben Fälle von versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag durch Zuwanderer (davon drei vollendete Taten), 194 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, 2875 Rohheitsdelikte, darunter 706 schwere und gefährliche Körperverletzungen. *Michael Leh*




Bei der Vorstellung der Berliner Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2017: Der kommissarische Polizeipräsident und der Innensenator der in vielerlei Hinsicht für das gesamte Land symptomatischen Bundeshauptstadt, Michael Krömer und Andreas Geisel (von links)

Bild: Imago

## Meldungen

### Ukrainer sollen Engpass füllen

**Wolgast** – Auf der Insel Usedom sind derzeit 600 Stellen im Hotel- und Gastronomiegewerbe unbesetzt. Hotelbetreiber versuchen in Anzeigen und im Internet, Bewerber mit übertariflicher Bezahlung und zusammenhängendem Urlaub selbst in der Hochsaison anzulocken. Die Insel selbst hat zu wenige Einwohner, um freie Stellen zu besetzen. Seit Jahren kommen zwar Mitarbeiter aus Polen nach Usedom, doch der Weg in den Inselnorden sei ihnen einfach zu weit, berichten Hoteliers. Die Bundesagentur für Arbeit bemüht sich nun, Fachkräfte aus der Ukraine zu gewinnen. Da diese aber nicht zur EU gehört, müsste dafür eine Sonderförderzone für Usedom eingerichtet werden. Im benachbarten Polen sind in einigen Teilen bereits Ukrainer tätig. Zunächst könnten 50 bis 60 Stellen auf diese Weise besetzt werden. Fachkräftemangel gibt es auch in anderen Branchen wie in der Metall- und Fahrzeugindustrie. *MRK*

### Fast eine Million Waffenbesitzer

**Köln** – In dem vom Bundesverwaltungsamt geführten Nationalen Waffenregister sind rund 934 000 Personen aufgeführt, die mindestens eine erlaubnispflichtige Schusswaffe besitzen. Darunter sind 417 000 Jäger, knapp 346 000 Sportschützen, 7100 Waffensammler und fast 100 000 Personen, die auf dem Erbwege in den Besitz einer erlaubnispflichtigen Waffe gelangt sind, sowie rund 15 500 Vereine. Mögliche Kombinationen wie etwa Jäger, die gleichzeitig Sportschütze sind, sind nicht gesondert erfasst. Die Zahl derjenigen, die eine Waffe führen, also zugriffsbereit bei sich tragen dürfen, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Von knapp 2500 im Jahr 2013 auf über 9000 im Jahr 2017. *J.H.*

# »Sie ist sehr nett«

## Bayerns SPD dient sich als CSU-Juniorpartner an

Ein neues Gesicht für Bayern", lautet der Slogan der Sozialdemokraten. Erst seit Mai 2017 als Landeschefin im Amt, ist die 50-jährige Naturwissenschaftlerin Natascha Kohnen vielen Bayern tatsächlich noch unbekannt. Beim Starkbieranstich auf dem Nockherberg, wo traditionell die Spitzenpolitiker des Landes auf die Schippe genommen werden, sang ihr Double: „Ach, es ist schon ein Dilemma, man merkt nichts von meinem Glamour." Viel Rückenwind ist also nicht zu spüren, wenn die SPD in den aufziehenden Wahlkampf startet. Im Freistaat hat sie ohnehin einen schwierigen Stand. Bei der Bundestagwahl erreicht sie lediglich 15 Prozent, bei den Landtagswahlen 2013 waren es immerhin noch 20 Prozent gewesen. Innerhalb der SPD kursiert die Horrorvision, sie könne selbst den zweiten Platz an die AfD verlieren.

Die kam bei der Bundestagswahl auf mehr als zwölf Prozent und liegt auch bei den aktuellen Umfragen in diesem Bereich. Während die Rechtspartei ihren Spitzenkandidaten erst noch küren muss, steht fest, dass die alleinregierende CSU mit Horst Seehofers Nachfolger Markus Söder ins Rennen gehen wird. Der ließ kürzlich wissen, dass sich an Franz Josef Strauß' Maxime, rechts den Christsozialen dürfe es in Bayern keine demokratisch legitimierte Partei geben, nichts geändert habe. Man selbst müsse sich zwar inhaltlich weiter stärken, „aber endlich auch die AfD konsequenter stellen", sagte Söder. Es gebe AfD-Politiker mit „verfassungsferner Gesinnung", fügte Söder hinzu, „einige AfD-Funktionäre fühlen sich der NPD doch näher als der Union. Das müssen wir den Menschen deutlicher sagen." Wenig überraschend forderte der bayerische Ministerpräsident, der Verfassungsschutz möge sich eingehend mit der AfD beschäftigen.

**Angst vorm Abstieg zur dritten Partei hinter CDU und AfD**

In Bayern werden Erinnerungen an den Umgang mit den Republikanern wach. Die vom ehemaligen bayerischen TV-Moderator Franz Schönhuber gegründete Rechtspartei erzielte bei den Europawahlen 1989 fast 15 Prozent im Freistaat, ihr Einzug in den Landtag ein Jahr später galt als sicher. Doch dann stürzte sich der Verfassungsschutz auf die junge Partei. Mitgliedern mit Beamtenstatus wurde unverhohlen mit Verlust der bürgerlichen Existenz gedroht. Die Folge war eine Spaltung des bayerischen Landesverbands, der den Einzug ins Maximilianeum dann denkbar knapp verpasste. „Nichts hat uns so geschadet, wie die parteipolitisch genutzte Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes", schrieb Schönhuber in seinen Memoiren vor seinem Tod im Jahr 2005.

Noch sieht der bayerische Verfassungsschutz die Bedingungen für eine AfD-Beobachtung nicht als erfüllt an. Wie der Sprecher des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, Markus Schäfert, dem Bayerischen Rundfunk bestätigte, werden nur einzelne Mitglieder der Partei beobachtet. Darunter seien zwar Funktionäre, aber keine Mandatsträger. Für eine generelle Beobachtung fehle es noch an Anhaltspunkten, erklärte der Behördenchef, der eine politische Einflussnahme vehement abstreitet.

Während der bayerische AfD-Chef Martin Sichert die Unruhe der Christsozialen spürt – „das ist Angstbeißerei" –, bietet sich die noch unbekannte SPD-Kandidatin als lachende Dritte an. Mit weichen Themen und einem betont sachlichen Auftritt dient sich Natascha Kohnen schon mal als Juniorpartnerin an. „Sie ist sehr nett", findet denn auch der neue Ministerpräsident Söder. *Peter Entinger*

# Verstärktes Engagement

## Die Zahl der Auslandseinsätze der US-Spezialeinheiten ist rapide gestiegen

**Mittlerweile sind die US-Spezialeinheiten weltweit in fast 150 Staaten aktiv. Von letzteren soll inzwischen mehr als jeder fünfte afrikanisch sein.**

Der Krisenbogen in Afrika südlich der Sahara ist in den letzten Jahren zu einem weiteren Kriegsschauplatz der US-amerikanischen Spezialeinheiten geworden. Von Mauretanien über den Tschad und das Kongobecken bis ans Horn von Afrika haben sie Stützpunkte errichtet, bilden verbündete reguläre Armeen, Polizeikräfte und Milizen aus und operieren selbst gegen die wachsende Zahl speziell islamischer Untergrundgruppen. Gerechtfertigt wird ihr Einsatz mit ihrer Flexibilität, dem hohen Bereitschaftsgrad und ihrer geringen Sichtbarkeit. Nicht selten ersetzt ihr Einsatz die Entsendung größerer Kontingente regulärer Truppen.

Unter US-Präsident Donald Trump sind die Spezialeinheiten seines Landes mittlerweile in 149 Länder weltweit entsandt. Unter seinem Vorgänger Barack Obama waren es noch 138 Länder, und gegenüber der Präsidentschaft von George W. Bush ist es sogar eine Steigerung um 150 Prozent. Laut dem US-Medienunternehmen „Vice News“ sind US-Spezialkräfte in 33 afrikanischen Ländern aktiv. Noch 2006 waren es nur etwa ein Prozent der US-Spezialkräfte, die auf dem schwarzen Kontinent operierten. 2010 waren es drei Prozent. Und 2017 bereits 17 Prozent. Die Spezialeinheiten bilden ein eigenes Kommando, das US Special Forces Command, das rund 70000 Soldaten stark ist.

Die Operationen in Afrika unterstehen dem US Africa Command in Stuttgart. Sie gerieten ins Blickfeld der Öffentlichkeit, als im Oktober 2017 ein gemischter Kampfverband aus US-Soldaten und Soldaten der Armee des afrikanischen Staates Niger in einen Hinterhalt des Islamischen Staates in der Größeren Sahara geriet. Vier Amerikaner wurden getötet, vier Soldaten aus Niger und ein Dolmetscher. Das Gefecht hatte sich in die Länge gezogen, weil keine kurzfristige Luftunterstützung verfügbar gewesen war. Französische Kampfjets waren erst nach einer Stunde zur Stelle. Die Angreifer waren über die nahe Grenze aus dem Nachbarland Mali eingedrungen. Für viele US-Parlamentarier war dieses Scharmützel mit einer unangenehmen Erkenntnis verbunden. „Wir wissen nicht genau, wo wir in der Welt aktiv sind und was genau wir dort tun“, musste der dem Streitkräfteausschuss angehörende US-Senator Lindsey Graham im Oktober 2017 einräumen. In der Republik Niger sind zurzeit rund 800 US-Soldaten stationiert. Sie unterstützen die Armee des Niger und betreiben zwei

### Afrika ist überproportional betroffen

Drohnenstützpunkte. Die US-Truppen sind seit 2012 im Land, als im Nachbarland Mali ein Bürgerkrieg ausbrach. Die nigerianische Regierung muss sich sowohl mit eingesickerten Kämpfern aus Mali als auch mit der eher in Nordnigeria operierenden Untergrundorganisation Boko Haram auseinandersetzen.

Bedingt durch die Geheimhaltung, fällt es den politisch Verantwortlichen in Washington schwer, die vielen Operationen angemessen zu überwachen. William Hartung, Leiter des Projekts für Rüstung und Sicherheit am regierungskritischen Zentrum für Internationale Politik in Washington, meinte gegenüber Vice News, das könne sich verhängnisvoll auswirken. „Ohne Untersuchung durch die Öffentlichkeit oder den Kongress gibt es keine Möglichkeit, US-Streitkräfte für ihr Verhalten verantwortlich zu machen, und es gibt keine Möglichkeit, ihre Leistung objektiv zu beurteilen“, so Hartung weiter.

Meistens fungieren die US-Soldaten als Ausbilder oder koordinieren Luftunterstützung. Das Kämpfen übernehmen meist einheimische Kräfte, auch wenn das Gefecht in Niger vom Oktober zeigt, wie schnell die Berater selbst zu Kämpfern werden. Die Bilanz der Operationen ist nicht unproblematisch. So untersucht die Kriminalpolizei der US Navy gerade einen Einsatz in Somalia vom August 2017, bei dem Soldaten möglicherweise zehn Zivilisten getötet haben. In Mali haben zwei Navy SEALs möglicherweise einen Kameraden von den Green Berets erwürgt, weil sie ihn für einen feindlichen Kombattanten hielten. Putsche in Mali, Burkina Faso und anderen Ländern gehen auf das Konto von Offizieren, welche die US-amerikanischen Trainingsprogramme durchlaufen hatten. *Friedrich List*



**Zu Besuch beim US Central Command und dem US Special Operations Command: US-Präsident Donald Trump** Bild: Imago

## Zeitzeugen



Bild: Chatham House

**Jeremy Scahill** – Der Journalist, Autor und Filmemacher wurde durch sein Buch über die US-Sicherheitsfirma „Blackwater“ bekannt. Scahill arbeitet als Korrespondent für die renommierte US-Zeitschrift „The Nation“ und gehörte 2014 zu den Gründungsmitgliedern des Online-Magazins „The Intercept“. Scahill hat sich auf investigative Recherchen zu den geheimen Kriegen der USA und zum militärisch-industriellen Komplex spezialisiert.

**Nick Turse** – Der US-amerikanische Journalist und Buchautor ist Leitender Redakteur des unabhängigen Online-Magazins „Tomdispatch“ und schreibt für die renommierte Enthüllungsplattform „The Intercept“. Er hat aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika berichtet und zahlreiche Preise bekommen. Sein aktuelles Buch beschäftigt sich mit dem Völkermord im Südsudan.



Bild: Gage Skidmore

**Lindsey Graham** – Der Republikaner vertritt seit 2003 den US-Bundesstaat South Carolina im Senat. Er gehört unter anderem dem Streitkräfteausschuss an. Bis 2015 war er Reserveoffizier, zuletzt im Rang eines Obersts. Graham diente 2007 im Irak und 2008 in Afghanistan. Politisch gilt der Unterstützer der Drohnenkampagne eher als Falke. Zudem ist er ein Kritiker des amtierenden Präsidenten Donald Trump.

**Elizabeth Shackelford** – Die US-Diplomatin arbeitete zuletzt für die US-Mission in Somalia und kritisierte in ihrem Rücktrittsschreiben, dass die Kürzungen im Außenministerium zu einer Militarisierung der US-Politik führten. „Die Stellung des Außenministeriums hat in dem Maße gelitten, wie wir dem Pentagon unsere Autorität über die Außenpolitik überlassen haben. Die Folgen sind jeden Tag in Somalia sichtbar“, schrieb sie.



Bild: USSOCOM

**Raymond Thomas** – Der US-General ist Chef des US Special Operations Commands, das sämtliche US-Spezialkräfte führt. „Wir kämpfen und operieren in jedem Teil der Welt“, sagte er vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats. Er erklärt die Expansion seines Kommandos mit den Anforderungen durch den Antiterror-Krieg. Seine Soldaten koordinieren US-Luftangriffe, das Kämpfen übernehmen einheimische Truppen.

## Das Fiasko von Mogadischu war nicht das Ende

Somalia gehört zu den sogenannten gescheiterten Staaten (failed states) in Afrika, die nur selten in den Schlagzeilen auftauchen. Rebellen vertrieben in den 1990er Jahren den Diktator Siad Barré, waren danach aber nicht fähig, dem Land eine stabile politische Ordnung zu geben. Eine landesweite Hungersnot führte zu der von den USA geführten UN-Intervention „Restore Hope“, an der auch die Bundeswehr beteiligt war. Die USA brachten die UN-Mission 1993 zum Scheitern, als sie nach einem größeren Gefecht gegen einen Warlord abzogen. Heute ist das Land in Teilstaaten zerfallen.

Allerdings war das Fiasko von Mogadischu nicht das Ende des US-Engagements. Speziell der

### In Somalia sind die USA noch heute aktiv



Geheimdienst CIA versuchte weiterhin, die Geschehnisse im Land zu beeinflussen. 2006 deckte die britische Zeitung „The Observer“ auf, dass mit Wissen des CIA US-amerikanische und britische Söldnerfirmen in Somalia aktiv waren. Ziel war die Unterstützung der Übergangsregierung. Mittlerweile hat sich das Engagement weiter ausgeweitet. 2014 publizierte der Enthüllungsjournalist Jeremy Scahill in „The Nation“ einen umfangreichen Bericht über die CIA-Operationen in dem afrikanischen Land. Der US-Geheimdienst bildet somalische Geheimdienstler und Kämpfer aus. Außerdem unterhält die CIA Drohnenbasen und Geheimgefängnisse im Land. *F.L.*

Liebe Abonnenten der *PAZ*,
die *PAZ* hat eine neue Bankverbindung. Von der HSH Nordbank haben wir uns wegen des Verkaufes der Bank trennen müssen. Ab sofort verwenden Sie bitte bei Zahlungsverkehr mit der Vertriebs- oder Anzeigenabteilung die *PAZ* folgende Bankverbindung:
Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX.
Das Konto bei der Postbank Hamburg behält seine Gültigkeit. Lastschriften werden automatisch umgestellt. Dauerauftragszahler persönlich angeschrieben.

# Engagement mit Tradition

## Vor dem »Krieg gegen den Terror« war der Kalte Krieg der Grund

Afrika ist nicht erst seit Beginn des sogenannten Krieges gegen den Terror und die weltweite Auseinandersetzung mit dem militanten Islam Arena für US-amerikanische Einflussnahme. Heute geht es darum, den Aktionen einer wachsenden Zahl bewaffneter Gruppen entgegenzuwirken sowie dem wachsenden politischen und wirtschaftlichen Gewicht Chinas zu begegnen. Zu Zeiten des Kalten Krieges war der Hauptgegner die Sowjetunion, die jenen neuen Staaten Entwicklungs- und Militärhilfe bot, die sich sozialistisch ausrichteten.

Ein frühes Beispiel dafür sind die CIA-Aktivitäten während der Kongo-Krise zwischen 1960 und 1962. Der erste gewählte Premier des Landes war Patrice Lumumba, der schon die Bewegung für die Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialmacht angeführt hatte. Er orientierte sich eher an der Sowjetunion und war dadurch den USA ein Dorn im Auge. Also unterstützte die CIA die Opposition gegen Lumumba, was zur kurzzeitigen Sezession der rohstoffreichen Provinz Katanga und

### Der CIA unterstützte schon die Opposition gegen Lumumba

zur Ermordung Lumumbas führte. Am Ende setzte sich der westlich orientierte Diktator Mobutu Sese Seko durch, der bis 1997 an der Macht blieb.

Ein anderes Beispiel ist der rund 30 Jahre dauernde Bürgerkrieg in der früheren portugiesischen Kolonie Angola. Der hatte 1974 mit der sogenannten Nelkenrevolution in Portugal begonnen, als die neue Regierung des iberischen Staates dessen Kolonien in die Unabhängigkeit entließ. In Angola kämpften drei Befreiungsorganisationen um die Macht. Die sozialistisch orientierte MPLA setzte sich durch, aber die bis zum Ende des Kalten Krieges vom Westen unterstützte UNITA beendete den Kampf erst 2002. Die verdeckte CIA-Hilfe wurde dabei primär über den Kongo beziehungsweise die Republik Zaire abgewickelt. Während Angola sich mittlerweile von den Auswirkungen des Bürgerkrieges erholt, ist im Kongo bis heute kein dauerhafter Friede eingekehrt. Mit dem Beginn des sogenannten Krieges gegen den Terror haben die USA ihre verdeckten Operationen in Afrika wieder ausgeweitet. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,70 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

| | |
|---|---|
| **Telefon** | **(040) 4140 08-0** |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-32 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Anz./Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

# An den Schlössern tut sich was

## Masterplan der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten soll Anlagen attraktiver machen



Erhält einen denkmalgerechten Neubau als Besucherzentrum: Berlins Schloss Charlottenburg

Bild: SPSG/HansBach

**Mit 1,57 Millionen Besuchern musste die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) 2017 einen Besucherrückgang von 2,56 Prozent gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Zwar sorgten einige Ausstellungen für Andrang, doch Sanierungen von Schlossbereichen und das schlechte Wetter verschlechterten die Bilanz. Deshalb will die Stiftung die Sanierungen beschleunigen und ihr Angebot mit über 1000 Veranstaltungen attraktiver machen.**

So wird die SPSG die Projekte des Sonderinvestitionsprogramms für die preußischen Schlösser und Gärten abschließen, das der Bund sowie die Länder Brandenburg und Berlin zur Rettung bedeutender Denkmäler der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft aufgelegt haben. Dafür werden in diesem Jahr voraussichtlich noch fünf Millionen Euro ausgegeben. Somit sind nach zehn Jahren Laufzeit 165 Millionen Euro in die Sanierung aller großen Häuser der SPSG investiert worden. Nahezu alle Bau-, Garten- und Restaurierungsmaßnahmen konnten qualitäts-, kosten- und fristgerecht fertiggestellt werden.

Zugleich beginnen in diesem Jahr die Planungen für das zweite Sonderinvestitionsprogramm. Dadurch kann die SPSG bis 2030 insgesamt 400 Millionen Euro zusätzlich in die Rettung nationaler Kulturgüter investieren. Der Bund stellt 200 Millionen Euro zur Verfügung, auf das Land Brandenburg entfallen 131 Millionen Euro und auf das Land Berlin 69 Millionen Euro. In den kommenden fünf Jahren sollen die Maßnahmen an rund 25 von insgesamt 60 Projekten beginnen.

Zu den Masterplan-Projekten in Potsdam gehört das Schloss Babelsberg, für das die Restaurierung ausgewählter Innenräume und die Einrichtung eines Besucherempfangs anstehen. Am sogenannten Kleinen Schloss am Havelufer im Park Babelsberg werden Fassaden und Dächer saniert, baukonstruktive Ertüchtigungen durchgeführt sowie die technische Ausstattung instandgesetzt, erneuert und ergänzt. Umfangreiche Arbeiten sind auch am Schloss Cecilienhof erforderlich. Hier werden Fassade, Dach, Fenster und Natursteinsockel saniert. Da der bisherige Pächter des Hotelbereichs die Räumlichkeiten nicht mehr nutzen möchte, prüft die SPSG Varianten für die künftige Nutzung.

> 2,56 Prozent weniger Besucher im vergangenen Jahr

Am Damenhaus im Neuen Garten steht die Sanierung des gesamten Hauses mit dem Ziel der Wohnnutzung an. Auch das Neue Palais wird zur Großbaustelle. Hier sind die Sanierung des Sockelgeschosses, die Beseitigung baulicher Brandschutzmängel, die Ertüchtigung des technischen Brandschutzes, die Dekontamination von Teilbereichen, die Feinreinigung des im Südflügel befindlichen Theaters und die Erstellung eines Monitorings zum Umgang mit der Schadstoffbelastung erforderlich. In diesem Jahr sollen die Planung abgeschlossen und mit den Baumaßnahmen begonnen werden. Der Abschluss der Arbeiten ist für 2019 vorgesehen.

Am bereits teilsanierten Südost-Pavillon des Orangerieschlosses wird für 22 Millionen Euro eine Hüllensanierung durchgeführt. Auch am Ensemble der Römischen Bäder werden die Gebäudehüllen samt den Innenräumen und die dazugehörigen Gartenanlagen saniert. Die repräsentative Villa Liegnitz im südöstlichen Teil des Parks Sanssouci erfährt eine vollständige Sanierung der Fassaden, Dächer und Innenräume. Außerdem sollen der dazugehörige Garten sowie die darin befindlichen Gartenarchitekturen wieder instand gesetzt werden. Die seit 2015 laufenden Arbeiten am Marmorpalais hingegen sind weitgehend abgeschlossen, sodass das Areal im Frühjahr wieder für die Besucher freigegeben werden kann.

Auch an den Schlössern in Berlin tut sich einiges. So wird im Schloss Charlottenburg ein denkmalgerechter Neubau eines Besucherzentrums westlich des Ehrenhofvorplatzes realisiert. Die Maßnahme umfasst zugleich die Sanierung und Restaurierung der Innenräume des östlichen Ehrenhofflügels. Am Schloss Pfaueninsel, einer im ausgehenden 18. Jahrhundert errichteten Holz-Fachwerkkonstruktion, steht eine Gesamtsanierung an, weshalb das Haus zum Saisonende 2018 für den Besucherverkehr geschlossen werden muss. Hier ist die Sanierung der Dächer und Fassaden des Schlosses einschließlich der Türme und der Brücke vorgesehen. In Schönhausen wird der gesamte innere Park des Schlosses saniert. Ziel ist es, hier ein Besucherzentrum für das Schloss einzurichten. Das Funktionsgebäude, der Garagenflügel sowie das Lagergebäude nördlich des Parkplatzes werden dazu rückgebaut. Außerdem wird die Parkplatzfläche für Pkw und Busse hergerichtet.

Der Masterplan sieht auch Arbeiten an den märkischen Schlössern vor. In unmittelbarer Nähe zum Schloss Caputh befindet sich das Logierhaus. Es begrenzt als Nebengebäude den Schlosshof und befindet sich in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Derzeit werden ein Nutzungskonzept für das Gebäude erarbeitet und die Sanierungsplanungen begonnen. Für das Schloss Rheinsberg mussten die genehmigungsrechtlichen Grundlagen für den langfristigen Betrieb als Museum hergestellt werden. Dadurch wurden brandschutztechnische Maßnahmen und eine Anpassung der haustechnischen Anlagen erforderlich. Damit enden nach mehr als 25 Jahren die Bau- und Sanierungsmaßnahmen am Schloss. *SPSG/J.H.*

# *Klassenkampf beim Wohnungsbau*

VON THEO MAASS

Die von der Linkspartei gestellte Berliner Bausenatorin Katrin Lompscher gilt bei der SPD als Belastung. Grund ist die zurückgehende Anzahl von gebauten Wohnungen. Erst jüngst war das von ihr verwaltete Ressort Thema von senatsinternen Streitigkeiten. Insgesamt bekamen 2017 rund 24 700 neue Wohnungen eine Baugenehmigung und damit 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl ging erstmals seit 2010 zurück. Nun sind weitere Verzögerungen zu erwarten. 2000 neue Wohnungen sollten im Bezirk Spandau in der Wasserstadt Oberhavel entstehen. Baustadtrat Frank Bewig (CDU): „Wir sind fertig und könnten morgen die Genehmigungen erteilen.“

Lompscher hatte das Bezirksamt Spandau per Ultimatum aufgefordert, mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Gewobag einen Vertrag zur „Mietpreis- und Belegungsbindung entsprechend den Vorgaben des Berliner Modells“ abzuschließen. Bewig will an diesem Ort langfristig aber keine neuen „sozialen Brennpunkte“ entstehen lassen und verweigerte sich der Forderung: „Wir können nicht alle Wohnungsprobleme Berlins in Spandau lösen.“ In Mitte und Prenzlauer Berg seien viele gut situierte Haushalte zugezogen, so der Baustadtrat, nach Spandau habe es dagegen eher die sozial Schwachen gezogen. Doch der Senat bleibt stur. Er hat dem (eigentlich zuständigen) Bezirk Spandau die Projekthoheit entzogen.

Bewig befürchtet durch die neue Zuständigkeit eine Verzögerung des Baubeginns. Denn nun werde neu geplant und neu genehmigt. Lompschers Staatssekretär Sebastian Scheel kommentiert ironisch: „Wir haben über Monate mit dem Bezirk Spandau eine intensive Brieffreundschaft mit zehnseitigen Pamphleten gepflegt.“ Lompschers Bauverzögerungspolitik scheint ihrer Partei nicht zu schaden, die Umfragewerte für die Linkspartei haben sich seit der Wahl günstig entwickelt – anders als die der SPD. Diejenigen, die von Lompschers „sozialer Baupolitik“ zu profitieren glauben, überwiegen zahlenmäßig bei weitem jene, die konkret eben nicht die angestrebte neue Wohnung beziehen können. Die Linkspartei lebt politisch von sozialer Unzufriedenheit und Brennpunkten, die SPD hingegen eher nicht (nur).

Nach der neuesten Umfrage könnte die Linkspartei in Berlin bei Neuwahlen heute stärkste Partei werden. Als im Januar Kritik an der Bausenatorin von der SPD laut wurde, stellten sich die Grünen hinter Lompscher. Feuert der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) die Senatorin, wäre Rot-Rot-Grün vielleicht am Ende. Das würde aber nicht zwingend Neuwahlen bedeuten. Im Parlament hätten auch SPD, CDU und FDP eine Mehrheit.

## MELDUNGEN

### Tunesien sichert seine Grenze

**Tunis** – Tunesien riegelt seine Grenze zu Libyen mit einem umfangreichen Befestigungssystem ab. Gerade der westliche Teil Libyens ist zu einem Tummelplatz islamistischer Gruppierungen verkommen, die immer wieder zur Verübung von Straftaten nach Tunesien einsickern und dort zudem einheimische Terroristen mit Waffen und Sprengstoffen versorgen. Deutschland stellt für die Grenzbefestigung technisches Sicherungsgerät im Wert von 34 Millionen Euro zur Verfügung. Bis Mitte des Jahres sollen die Arbeiten am nördlichen Teil der Grenze abgeschlossen sein, die bis zum saharischen Südzipfel des Landes folgen bis Anfang 2020. Auch die USA haben für den Sperrgürtel vor zwei Jahren 25 Millionen Dollar überwiesen und der tunesischen Armee 2017 Militärmaterial im Wert von rund 20 Millionen Dollar überlassen. *T.W.W.*

### Ostpreußischer Abt in Jerusalem

**Jerusalem** – Die Mönchsgemeinschaft der deutschen Benediktinerabtei auf dem Zionsberg in Jerusalem hat den 1946 im südlichen Teil Ostpreußens geborenen Priester und Ikonenschreiber Bernhard Maria Alter zu ihrem Abt gewählt. Der im Nachkriegs-Ostpreußen unter polnischer Verwaltung aufgewachsene Alter hat in Krakau Theologie und anschließend in Russland Kunst studiert. Ende der 1960er Jahre war er nach Jerusalem gekommen und hatte 1970 seine Ordens-Profess abgelegt und 1973 die Priesterweihe empfangen. 20 Jahre lang wirkte er anschließend als Pfarrer in Bayern. 2003 zog er als einer von drei Mönchen der Dormitio in den wiedererrichteten Benediktinerkonvent in Hildesheim, das als Studien- und Rückzugsort für die Jerusalemer Mönche dient. Später zog er sich als Eremit in die judäische Wüste zurück. *B.B.*

# »Tote Helden sind besser als lebendige«

## Die Ex-Pilotin Nadija Sawtschenko spricht über Gefangenschaft, Heldentum und Politik in der Ukraine

**Nadja Sawtschenko, ehemalige Kampfpilotin und Kriegsgefangene Moskaus sowie ukrainische Parlamentsabgeordnete, fällt vor allem durch Eigensinn auf. Nachdem sie sich heimlich mit Vertretern der abtrünnigen Ostukraine getroffen hatte, trat die einstige Spitzenkandidatin der Partei „Vaterland“ von Julia Timoschenko aus der Partei aus. Von ihren Kritikern wurde sie daraufhin als Vaterlandsverräterin verschrien, von ihren Unterstützern wird sie weiter als Heldin verehrt, die Ex-Pilotin steht heute zwischen den Fronten. Zur Vorstellung ihres neuen Buches über ihre Gefangenschaft „Starker Name Nadija“ kam die 36-jährige ukrainische Parlamentsabgeordnete und Präsidentschaftskandidatin Anfang März nach Luxemburg, wo Bodo Bost sie für die *PAZ* interviewte.**

**PAZ:** *Seit Ihrem Geheimtreffen mit den ostukrainischen Separatistenführern in der weißrussischen Hauptstadt Minsk gelten Sie als Verräterin. Welchen Eindruck hatten Sie von den Separatistenführern?*

**Nadja Sawtschenko:** Ich habe Menschen getroffen, keine Teufel. Menschen, die, wie viele in der Ukraine, vom Krieg völlig erschöpft sind. Sie geben zu, dass sie sich in Russland getäuscht haben, auf das sie sich verlassen haben. Wir haben uns getroffen, obwohl wir wussten, dass wir aufeinander geschossen hatten und dies morgen wieder tun würden. Ich habe Gegner getroffen, vor denen ich Achtung und Respekt habe. Mein Alleigang hatte sich gelohnt, weil wir dadurch exakte Namenslisten der ukrainischen Gefangenen erhalten haben.

**PAZ:** *Sie wurden zuerst als Heldin gefeiert, später von denselben Menschen als Vaterlandsverräterin verschrien. War das nicht schmerzhaft?*

**Sawtschenko:** Die ukrainische Spitze würde mich lieber tot sehen, denn es ist einfacher, tote Helden zu ehren. Bis jetzt habe ich alles überlebt, und ich werde auch weiterhin unbequem bleiben. Sie wollen mich jetzt zum Antihelden aufbauen. Davor habe ich keine Angst. Damit hatte ich gewissermaßen gerechnet.

**PAZ:** *Welche Rolle spielt Russland in diesem Konflikt?*

**Sawtschenko:** Russland führt gegen unser Land Krieg und möchte die Grenzen in Europa verändern. Mit dem Eingreifen in Syrien möchte Russland von der humanitären Katastrophe in der Ostukraine ablenken. Zwei Kriege sind jedoch auch für Russland zu viel. Allein schon wegen der Gefangenen auf beiden Seiten müssen wir den Dialog fortsetzen. Deswegen hat auch die Ukraine nicht die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen.



Mit dem *PAZ*-Mitarbeiter Bodo Bost: Die ehemalige Kampfpilotin und Kriegsgefangene Moskaus sowie ukrainische Parlamentsabgeordnete Nadja Sawtschenko

Bild: Bost

**PAZ:** *Welche Botschaft haben Sie für Wladimir Putin?*

**Sawtschenko:** Lass alle ukrainischen Gefangenen aus den russischen Gefängnissen frei! Verlasse ukrainischen Boden! Du kannst, und wirst diesen Krieg nicht gewinnen! Während du Krieg mit der Ukraine führst, schwächst du Russland.

**PAZ:** *Sie saßen selbst 709 Tage in russischer Haft. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?*

**Sawtschenko:** Ich wurde zunächst von den Separatisten gefangen genommen und von diesen völkerrechtswidrig an Russland ausgeliefert. Das Schlimmste in einer Gefangenschaft ist die Ungewissheit und die Willkür. Man weiß nicht, was in der nächsten Minute passieren kann. Jeder Moment könnte dein letzter sein. Ich war vor allem beunruhigt, dass der Feind meinen Willen brechen könnte.

**PAZ:** *Sie wurden von den Russen und Separatisten zu Propagandazwecken missbraucht. Dabei wurde Ihnen der Mord an zwei russischen Journalisten vorgeworfen.*

**Sawtschenko:** Ich konnte mir nicht vorstellen, dass der Kreml mich zu Propagandazwecken missbrauchen würde. Ich habe nicht auf russische Journalisten geschossen. Ich habe nur auf russische Soldaten geschossen, die vorher auf mich und andere Ukrainer geschossen hatten.

**PAZ:** *Wie kommt man als Tochter eines Landtechnikers dazu, Kampfpilotin zu werden?*

**Sawtschenko:** Meine Eltern wurden im Zweiten Weltkrieg in Kiew geboren. Seit meiner Kindheit haben sie meiner Schwester und mir von den schrecklichen Erlebnissen dieser Zeit erzählt. Für mich war schnell klar, dass der Wunsch, sein eigenes Vaterland zu verteidigen, mehr als nur ein Beruf ist. Außerdem liebe ich die Höhe und die Geschwindigkeit. Als Kampfpilotin konnte ich all dies verwirklichen.

**PAZ:** *Sie gelten in vielen Hinsichten als Vorreiterin in der Armee. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit?*

**Sawtschenko:** Es war eine gute Schule, auch wenn ich mich gegen viele Vorurteile durchsetzen musste. Natürlich war es schwieriger für mich, weil ich eine Frau bin. In der post-sowjetischen Armee der Ukraine gab es keine Gleichberechtigung, und ich musste ständig für meine Rechte kämpfen. Jetzt versuche ich, als Abgeordnete gegen diese Ungerechtigkeiten vorzugehen. Aber es gilt: Wer die Armee schafft, kann alle Schwierigkeiten im Leben überwinden.

**PAZ:** *Wie sind Sie in den Krieg und an die Front gekommen?*

**Sawtschenko:** Ich war mit vielen anderen freiwillig an der Front, weil die Menschen, die damals und heute in der Ukraine politische und militärische Macht haben, gar keine Befehle gaben, das Vaterland zu verteidigen. Sie alle waren und sind zu sehr damit beschäftigt, Posten und Pfründe zu verteilen. Deshalb wollte auch niemand die politische Verantwortung für das übernehmen, was gerade im Land geschah. Sehr viele Menschen haben ihr Leben oder ihre Freiheit verloren. Leider sind viele davon immer noch nicht frei. Man geht bislang von 10000 Toten aus.

**PAZ:** *Noch während ihrer Gefangenschaft wurden sie ins ukrainische Parlament gewählt.*

**Sawtschenko:** Ich habe nie daran gedacht, mich je mit Politik zu beschäftigen, aber das Volk hat mich gewählt und ich muss Verantwortung übernehmen. Die Wahl des Volkes habe ich als Verpflichtung fürs Vaterland empfunden. Parlament wie Regierung in der Ukraine haben weder für die Krim noch für die Ostukraine einen Plan. Wir haben es mit zwei Feinden zu tun: dem äußeren, das ist Russland, und dem inneren, der Korruption. Und ich habe nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Feind im Auge.

**PAZ:** *Die Korruption wollte auch Michail Saakaschwili als Gouverneur von Odessa bekämpfen. Warum ist er gescheitert?*

**Sawtschenko:** Die Korruption in der Ukraine muss von Ukrainern selbst bekämpft werden. Wir brauchen hierzu weder gute Ratschläge noch gute Männer, weder aus Georgien, noch aus der EU oder den USA.

**PAZ:** *Welche Rolle spielen die Oligarchen in der Ukraine?*

**Sawtschenko:** Die Oligarchen sind die Hauptverantwortlichen für die Korruption in der Ukraine, weil sie durch Korruption einen großen Teil ihres Vermögens erworben haben. Allerdings gibt es Oligarchen, die mit ihrem Vermögen auch soziale und patriotische Projekte unterstützen, die den Armen zugutekommen. Während die Bevölkerung durch den Krieg oft sehr viel verloren hat, steigen die Vermögen der Oligarchen immer noch. Auch Präsident Poroschenko und sein Widersacher Kolomojskij gehören zu den reichsten Männern der Ukraine.

**PAZ:** *Ihnen wurde noch während der Haft der Titel „Heldin der Ukraine“ verliehen. Wie haben Sie diese Auszeichnung aufgenommen?*

**Sawtschenko:** Über die Verleihung des Titels haben mich seinerzeit meine Anwälte informiert. Allerdings kann ich nicht behaupten, dass es mich gefreut oder dass ich mich dadurch irgendwie wichtig gefühlt hätte. Mehr beeindruckt war ich von den Tausenden Briefen, in denen mir einfache Menschen „Nadija, du bist Held der Ukraine!“ schrieben, die machten mir Mut! Mir hat diese Unterstützung der Menschen aus aller Welt die nötigen Kräfte gegeben, weiterzukämpfen.

**PAZ:** *Warum haben Sie Ihr neues Buch „Starker Name Nadija“ genannt? Welche Botschaft haben Sie an Ihre Leser?*

**Sawtschenko:** Entstanden ist das Buch während meines 70-tägigen Hungerstreiks. Das Schreiben half mir, diese schwierigste Phase meines Lebens zu bewältigen. Ich wusste auch nicht, ob ich überleben werde. Darum ist dieses Buch ein authentisches Bekenntnis. Es zeigt mich so, wie ich bin, und nicht als das, was die russische, aber auch die ukrainische Propaganda aus mir machen will.

# Nehmen, was man kriegen kann

## Das US-Militär muss bei der Annahme von Bewerbern die Ansprüche gefährlich zurückschrauben

Nachdem dieser sowohl vom Senat als auch vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten verabschiedet worden war, hat US-Präsident Donald Trump den Haushalt für das laufende Jahr unterschrieben. Die auffälligste Position in dem Werk sind ohne Zweifel die Ausgaben für das Militär, die gegenüber dem Vorjahr um 15,5 Prozent ansteigen. „Unser Militär“, so der Präsident, „wird jetzt stärker als je zuvor. Wir lieben und brauchen unser Militär und haben ihm alles gegeben – und sogar noch mehr.“

Die USA stehen mit ihren Militärausgaben im internationalen Vergleich konkurrenzlos an der Spitze. Man muss die Aufwendungen der nächstfolgenden zwölf Staaten zusammennehmen, um auf die Summe der USA zu kommen, nämlich rund eine Billion US-Dollar. Demgegenüber beträgt der Verteidigungshaushalt des von den USA als aggressiv gescholtenen Russland lediglich vergleichsweise lächerliche 65 Milliarden Dollar.

Der Unterschied indes ist leicht zu erklären. Er liegt in der einfachen Tatsache, dass Krieg zu führen Geld kostet. Und die Amerikaner haben bis zum heutigen Tag seit 1945 rund 35 Militäreinsätze durchgeführt, teils mit ihren NATO-Verbündeten, teils ohne, teils mit UN-Mandat, teils ohne. Darunter fallen offene Kriege, Fälle subversiver militärischer Unterstützung von Rebellen bei Bürgerkriegen – wie in Venezuela – und Putschversuche ebenso wie Vergeltungsmaßnahmen bei obstinatem Widerstand von Ländern, die sich dem US-Machtanspruch nicht beugen wollen. Zum Teil dauern diese Kriege, so wie in Afghanistan, über Jahre an und überschneiden sich zeitlich fast ihre gesamte Dauer über mit anderen. Dass die USA nur einen Krieg führen, kommt gar nicht vor. Nicht mitgezählt sind die Drohnenkriege gegen mindestens ein halbes Dutzend von Ländern. In vielen Fällen ist es nicht das US-Militär, das Krieg führt, sondern die CIA mit Subversion und eigenen Kampftruppen. Während die CIA solche Unternehmen in großem Umfang aus illegalem Drogenhandel finanziert, ist das Militär auf den offiziellen Haushalt angewiesen.

Doch nicht nur Kriegshandlungen sind enorm teuer, sondern auch der Unterhalt von annähernd 1000 US-Militärbasen rund um den Globus. Auch hier ein Vergleich mit dem beschworenen Feind: Russland verfügt über fünf Militärbasen außerhalb seines Landes.

Der ungeheure Aufwand, den die USA mit ihrem Militär betreiben, dient einem einzigen Zweck: Sie wollen die fast schon abgeschlossene Entwicklung zu einer multipolaren Weltordnung rückgängig machen und sich selbst als einzige bestimmende Macht etablieren – so wie das in den 90er Jahren in hohem Maße der Fall war. US-Verteidigungsminister James Mattis erklärte vor Kurzem: „Wir werden die Kampagne gegen Terroristen weiter verfolgen, aber der Wettbewerb der Großmächte – nicht der Terrorismus – ist jetzt der primäre Schwerpunkt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Von nun an werden Russland und China die Hauptfeinde Amerikas sein, wobei Iran und Nordkorea als weitere Gegner hinzugezählt werden.“

> Aus Mangel an geeigneten Bewerbern müssen Amerikas Streitkräfte vermehrt selbst Personen mit psychischen Störungen aufnehmen

Was Nordkorea angeht, so hat US-Präsident Trump dem Land offen mit Krieg gedroht, sollten „die Sanktionen nicht funktionieren“, wie er sagte. Dann käme die Phase zwei, eine „sehr raue Angelegenheit. Das könnte sehr, sehr bedauerlich für die Welt sein.“

Mit den zusätzlichen Milliarden für das US-Militär sollen Schiffe und Panzer angeschafft, neue Waffensysteme entwickelt und Munition aller Art gekauft werden. Dies allerdings ist mit mehr Geld nicht uneingeschränkt zu machen. Die Rekrutierung von zusätzlichen Soldaten stößt in den USA an eine unerwartete Grenze. Die Zahl der für den Militärdienst geeigneten Amerikaner nimmt immer mehr ab. Wie die renommierte und vielzitierte Zeitung „Politico“ schreibt, fällt von den jungen Amerikanern im Alter zwischen 17 und 24 Jahren fast ein Drittel wegen Fettleibigkeit, anderen Gesundheitsproblemen, mangelnder Ausbildung oder aber wegen einer kriminellen Vergangenheit aus. All diese sind nicht einmal für den US-Militärdienst tauglich.

Im Interview mit der Zeitung sagte der US-Generalleutnant a. D. Tom Spoehr: „Wir haben alle das Bild eines kräftigen amerikanischen Bürgers im Kopf, der zu allem fähig ist. Dieses Bild entspricht nicht mehr der Wirklichkeit.“ Die neue Militärplanung sieht einer Erhöhung der Mannschaftsstärke um 56000 Mann vor; das Pentagon aber hat Mühe, überhaupt die bisherige, niedrigere Planung zu erfüllen.

Das führt zu verzweifelten Maßnahmen. Weil durch Gesundheitsmängel, intellektueller Schwäche und wegen Kriminalität zu viele junge Leute nicht verwendbar sind, sieht man sich gezwungen, vermehrt auf Rekruten mit psychischen Störungen zurückzugreifen. Die bisher in diesem Bereich geltenden Ausnahmen vom Ausschluss wurden von den Streitkräften erweitert. Elspeth Ritchie, früher Chefpsychiaterin der US-Armee, erläutert: „Nun können auch Personen, die früher wegen solcher Diagnosen wie Neigung zur Selbstverstümmelung, manisch-depressiver Psychosen, Depression oder einer Suchterkrankung ausgeschlossen waren, als wehrdienstfähig in die amerikanischen Streitkräfte aufgenommen werden.“

Die USA befänden sich in einem Dauerkrieg, so die Seelenärztin. Deshalb werde der Mangel an neuen Soldaten zunehmend spürbar. So habe man aufgrund „schwieriger Zeiten“ die Entscheidung fällen müssen, auch psychisch Kranke aufzunehmen. Dass sich deren Zustand durch das Soldatendasein verschlechtert, hält Ritchie für wahrscheinlich; sicher ist für sie, dass man auf Schizophrene verzichten sollte. *Florian Stumfall*

# Keine guten Aussichten

## Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU nach Putins Wahlsieg

**Wladimir Putin wird auch die kommenden sechs Jahre Russland regieren. Und die politische Führung des Westens zeigt sich nach wie vor wenig kompromissbereit. Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sind das keine guten Aussichten.**

„Es gibt keine Gründe, von einem langfristigen Wirtschaftswachstum zu sprechen, obwohl es einige makroökonomische Gründe gibt, die zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage in Russland führen wie beispielsweise der höhere Ölpreis, die gesunde Politik der Zentralbank und der damit verbundene Rückgang der Inflation. Dennoch sind die fundamentalen Probleme des Landes nicht gelöst. Ohne starke rechtsstaatliche Institutionen, Verminderung der Korruption und stabile und planbare Zukunftsaussichten sind die russischen Unternehmen nicht bereit, Investitionen vorzunehmen. Russland befindet sich nach wie vor in einer langfristigen Stagnation, die jedoch kurzfristige Verbesserungen der Wirtschaftslage nicht ausschließt“, sagte Alexander Libmann, Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München, gegenüber dem ZDF.

Deutsche Unternehmen sehen die Entwicklung mit einer Mischung aus Hoffnung und Besorgnis. Einerseits betonen sie, dass die russische Wirtschaft unter ihren Möglichkeiten bleibe, andererseits sehen sie durchaus auch positive Signale.

Politisch rechne die deutsche Wirtschaft mit stabilen Verhältnissen, sagte Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA). „Viel interessanter ist die Frage, wie Putin in seiner verfassungsmäßig letzten Amtszeit agieren wird. Es geht um die Herausforderung, einen Machtübergang zu organisieren.“ Für Harms ist eine Lösung der Ukraine-Frage dabei unerlässlich. „Es kann durchaus sein, dass Putin seine letzte Amtszeit nutzen will, um einen Schritt auf den Westen zuzugehen im Ukraine-Konflikt.“

Erst kürzlich hat die EU die im Ukraine-Konflikt verhängten Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate verlängert. Die Strafen umfassen Reisebeschränkungen von 150 Personen. Zudem wurden die Auslandskonten von 38 russischen Firmen gesperrt. Die EU wirft den Betroffenen vor, „die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu untergraben oder zu bedrohen“. Die Bewertung der Lage habe es nicht erlaubt, den Kurs bei den Sanktionen zu ändern, erklärte der EU-Rat. Die EU verlangt für die Aufhebung ihrer Sanktionen die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens für einen Frieden in der Ukraine. Die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland sind bis zum 31. Juli verlängert. Sie richten sich unter anderem gegen russische Staatsbanken, den Im- und Export von Rüstungsgütern sowie die russische Öl- und Gasindustrie.

Für die deutsche Wirtschaft waren die Sanktionen bislang extrem kontraproduktiv. Doch nun gibt es Anzeichen einer Entspannung. Die Exporte nach Russland stiegen 2017 um fast ein Fünftel. „Der Weg zurück zu den Rekordzahlen aus dem Jahr 2012 mit rund 80 Milliarden Euro Handelsumsatz ist noch sehr weit, aber die Richtung stimmt wieder“, sagt der Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Wolfgang Büchele.

Wie die DPA berichtet, wolle auch der Deutsche Bauernverband neue Verhandlungen über eine Rücknahme der Sanktionen. Denn Russland hatte auf die Ukraine-Resolution mit eigenen Maßnahmen reagiert und die Einfuhr vieler Lebensmittel aus der EU verboten. „Russland war für den deutschen Agrarsektor ein wichtiger Markt mit einem Handelsvolumen von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr“, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied, die Landwirtschaft habe unter den Sanktionen sehr gelitten. Doch selbst für den Fall, dass die Sanktionen aufgehoben würden, werde man die langfristigen Auswirkungen spüren. Russland habe bei der Schweine- und Milchproduktion seine eigene Erzeugung massiv gesteigert. „Der Markt ist weg. Das dauert Jahre, den wieder aufzubauen, wenn nicht ein Jahrzehnt“, sagt Rukwied.

Die deutsche Wirtschaft rechnet im laufenden Jahr dennoch mit einem deutlichen Aufschwung des Russlandgeschäfts. In einer Anfang März veröffentlichten Umfrage unter 141 in Russland engagierten Unternehmen prognostizierte mehr als drei Viertel eine positive Entwicklung der dortigen Wirtschaft. Knapp zwei Drittel beurteilten zudem die Entwicklung des Geschäftsklimas seit Anfang 2017 positiv. 94 Prozent sprachen sich in der Befragung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer für eine sofortige oder schrittweise Aufhebung der Strafmaßnahmen aus. Eine Normalisierung käme auch der russischen Wirtschaft zugute. Und davon würden beide Seiten profitieren. *Peter Entinger*



Da Washington an einem starken, die eigene Vorherrschaft gefährdenden Russland kein Interesse hat, werden die EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation angesichts seiner Wiederwahl wohl in Kraft bleiben: Der alte und neue russische Präsident Wladimir Putin

Bild: Imago

## MELDUNGEN

### Insolvenzen werden weniger

**Wiesbaden** – Im Jahr 2017 meldeten 20 000 Unternehmen Insolvenz an. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 6,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank damit auf den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Zuletzt hatte es im Krisenjahr 2009 einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen gegeben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im Jahr 2017 mit knapp 72 000 Fällen um 6,9 Prozent niedriger als im Jahr 2016. Einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzen hatte es zuletzt im Jahr 2010 gegeben. *J.H.*

### Ladepunkte werden mehr

**Bonn** – Bei der Bundesnetzagentur sind 9377 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge an 4666 öffentlich zugänglichen Ladeeinrichtungen registriert. Dabei handelt es sich um 8103 Normalladepunkte, an denen Strom mit einer Ladeleistung von höchstens 22 Kilowatt und 1274 Schnellladepunkte, an denen Strom mit einer Ladeleistung von mehr als 22 Kilowatt an Elektromobile übertragen werden kann. An den Autobahnen wurden bisher 300 Standorte mit Schnellladesäulen und Parkplätzen für Elektrofahrzeuge ausgestattet. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.375.793.314 €

Vorwoche: 1.972.422.912.908 €

Verschuldung pro Kopf:
23.821 €

Vorwoche: 23.822 €

*(Dienstag, 20. März 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Zusammenarbeit wird wieder enger

## Russland zurück auf der ITB in Berlin – Stände fanden großen Anklang

Rückblickend auf die Internationale Tourismus Börse (ITB) in Berlin können die russischen Aussteller eine erfolgreiche Messe verbuchen. Auf der weltweit größten Tourismusbörse fanden Ausstellungen und Pavillons von Teilnehmern aller Kontinente ihren Platz auf dem Berliner Messegelände. Traditionell sind die Hallen am letzten Wochenende für alle Besucher geöffnet, während die Wochentage für Treffen und Kontaktmöglichkeiten für Fachbesucher reserviert sind.

In diesem Jahr gab es an den russischen Ständen eine ungewöhnliche Belebung, was nicht sonderlich verwundert, da in Russland die diesjährige Fußballweltmeisterschaft stattfindet. Deshalb präsentierte sich das Gastgeberland der WM auf der diesjährigen ITB mit zwei großen Ständen. An einem vom ihnen stellte sich eine Vielzahl von Reiseveranstaltern aus verschiedenen Regionen Russlands vor, und am zweiten Stand die Städte, in denen Meisterschaftsspiele ausgerichtet werden. Doch von den insgesamt elf ausgewählten Städten wurden in Berlin nur zwei vorgestellt: Königsberg [Kaliningrad] und Kasan.

Am Königsberger Stand konnten die Besucher Vertreter der Touristeninformation treffen, wie auch Reiseagenturen, die schon seit vielen Jahren mit deutschen Partnern zusammenarbeiten und die Touristen aus Deutschland betreuen sowie auch Reisen von Russen nach Deutschland organisieren, damit diese die Sehenswürdigkeiten deutscher Städte besuchen können. Die Vertreter der Königsberger Tourismusbranche stellten spezielle Routen für Fußballfans vor und verköstigten die Besucher mit gastronomischen Spezialitäten der Region.

Königsberger Reiseunternehmer zeigten sich optimistisch, da sie auf große Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei deutschen Partnern stießen. Insgesamt verliefen die Geschäftsverhandlungen mit ihnen in diesem Jahr konstruktiver und vielversprechender als noch vor zwei Jahren.

Wenige Tage vor Beginn der ITB war eine Kooperationsvereinbarung zwischen der offiziellen Touristeninformation in St. Petersburg und der touristisch-kulturellen Organisation Paneurasia aus Leipzig zustandegekommen. Jewgenij Pankewitsch unterzeichnete die Vereinbarung für die russische Seite und Eduard Klein für die deutsche. Die Parteien einigten sich auf eine breite Palette von Maßnahmen zur Förderung der touristischen Attraktivität von St. Petersburg in ganz Deutschland.

Laut Konstantin Ermisch, einem Vertreter von Paneurasia, wird sich die St. Petersburger Repräsentanz direkt am Flughafen Leipzig befinden. Gleichzeitig mit dem ersten Flug der Geschichte von Leipzig nach St. Petersburg, der für Mitte April vorgesehen ist, wird das Büro eröffnet. Damit hat die berühmteste und von Touristen meistbesuchte russische Stadt St. Petersburg zum ersten Mal eine offizielle Vertretung in Deutschland. Das ist besonders vor der Fußball-WM vorteilhaft, wenn viele Fans die Sehenswürdigkeiten von „Piter“, wie Russen die Stadt an der Newa liebevoll nennen, besuchen wollen.

„Ich bin davon überzeugt, dass die Organisation und Durchführung gemeinsamer Kultur-, Unterhaltungs- und Geschäftsveranstaltungen dazu beitragen wird, das Interesse der sächsischen Bewohner an St. Petersburg zu jeder Zeit des Jahres zu stärken,“ sagte Pankewitsch. Die Vereinbarung gibt Anlass zur Hoffnung, dass nicht nur die kulturelle Zusammenarbeit zwischen St. Petersburg und Leipzig gefestigt wird, sondern auch zwischen Russland und Deutschland insgesamt. *Jurij Tschernyschew*




Von Interessierten umlagert: Russischer Messestand Bild: J.T.

# Sprachlicher Käse

Von Harald Tews

Die Kämpfer für die Reinheit der Sprache haben in Karlsruhe eine Schlacht gewonnen. Verloren hat vor dem Bundesgerichtshof eine auf gendergerechte Sprache gedrillte Frau, die vergebens dafür klagte, in Bankformularen nicht allgemein als „Kunde“, sondern als „Kundin“ angesprochen zu werden.

Dennoch steht zu befürchten, dass der Krieg um das reine Deutsch verloren geht. Zum einen will die Klägerin das Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht anfechten, das sich 2017 schon auf die Seiten der Befürworter eines dritten Geschlechts im Geburtsregister schlug. Außerdem schreitet der Genderwahn in der Sprache unaufhaltsam voran, ungeachtet aller Warnungen der Linguisten, das grammatikalische nicht mit dem biologischen Geschlecht zu verwechseln. „Der Kunde“ spricht genauso wenig wie „der Käse“ speziell den Mann an. Und „die Käsin“ sagt wohl keiner. Mit ihrem eigenen Namen hat Klägerin Marlies Krämer offenbar weniger Probleme. Sonst hieße sie doch längst Krämerin.

# Lippenbekenntnis

Von Thomas W. Wyrwoll

Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, tritt dafür ein, dass die russische Delegation wieder an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teilnimmt. Die vom Westen dominierte Versammlung hatte der russischen Delegation das Stimmrecht entzogen und russische Abgeordnete aus ihren Führungsgremien ausgeschlossen, nachdem sich die Krim Russland angeschlossen hatte. Der nachfolgende Boykott der Sitzungen durch die russischen Abgeordneten führte zu keinem Umdenken, wohl aber die Zurückbehaltung der russischen Mitgliedsbeiträge.

Wie sehr sich Jaglands Erklärung als bloßes Lippenbekenntnis darstellt, erschloss sich bereits einen Tag später, als die Parlamentarische Versammlung Russland in einer Deklaration vorwarf, gegen Artikel 49 der Genfer Konvention zu verstoßen, der „Massenumsiedlungen und -Deportationen von Personen aus besetzten Gebieten“ verbietet. Dies wäre durch die juristische Verfolgung von Ukrainern und Krimtataren auf der Krim der Fall. Tatsächlich gab es seit dem Anschluss weder irgendeine Umsiedlung noch eine Deportation von Ukrainern oder Krimtataren – und das nicht einmal in Einzelfällen: Russland hat lediglich Strafverfahren gegen eine Handvoll Mitglieder der durch Terrorakte aufgefallenen Organisation „Medschlis“ eröffnet, wobei drei (!) im Ausland weilenden Anführern ein fünfjähriges Einreiseverbot erteilt, einer zu acht Jahren Haft verurteilt und ein weiterer für eine kurzzeitige Untersuchung in die Psychiatrie eingewiesen wurde.

Abgesehen vom völkerrechtlich offensichtlichen Faktum, dass es sich bei der Krim nicht um ein besetztes Gebiet handelt, entspricht das Verhalten Moskaus weder den Vorwürfen der Straßburger Rechtsakrobaten noch im Mindesten irgendeinem Tatbestand der Genfer Konvention.

# Rütteln am Fundament

Von Bodo Bost

Nach Ansicht vieler Bürger hat die Kanzlerin Angela Merkel Rückhalt in ihrer eigenen Partei verloren. Nach Umfragen glauben nur noch 56 Prozent der Deutschen, dass Merkel ihre Partei hinter sich hat. Ende Januar hatten dies noch 67 Prozent gesagt. Nur noch 43 Prozent der Bundesbürger glauben, dass die Kanzlerin die Nöten und Sorgen der Bürger ernst nehme und verstehe.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Position Merkels im Konflikt um die Überlastung mit Asylsuchern bei der Essener Tafel. Hier hatte Merkel einmal mehr die Interessen ihrer eigenen Landsleute hinter die der Zuwanderer gesetzt. Obwohl die Bundeskanzlerin nach Druck aus ihrer eigenen Partei nach der Wahlniederlage zugesagt hatte, ihre Politik zu überdenken und Fehler einzuräumen, beharrt Merkel immer noch auf ihrem dickköpfigen: „Wir schaffen das“, koste es was es wolle.

Wenn es Schulen, ganze Städte und eine Tafel nicht mehr schaffen, die durch die Zuwanderung entstandenen Probleme zu bewältigen, und zu Notbremsen greifen, ernten diese anstatt Verständnis eher Kritik von Seiten der Regierungschefin. So als könne nicht sein, was nicht sein darf. Merkel hat längst ihre eigene Idealwelt über die Realität in ihrem Land gesetzt.

Bei dem Konflikt um die Essener Tafel hatte die Kritik der Kanzlerin jedoch eine ganz andere Dimension. Im Gegensatz zu Städten und Gemeinden oder Schulen handelt es sich bei den Tafeln nicht um Behörden oder öffentlich-rechtliche Einrichtungen, sondern um privatrechtliche Bürgerinitiativen. Die Tafeln wurden vor 25 Jahren gegründet, um konkret die Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Mit Harz IV unter Gerhard Schröder erlebten die Tafeln einen Boom. Immer sollten die Tafeln soziale Missstände, die Folgen von Staatsversagen sind, ausbügeln wie Altersarmut oder mangelnde Familienfürsorge. Anstatt sich diesen Realitäten auszusetzen und sie zu lösen, mutet die Regierung Ehrenamtlichen immer mehr zu, dies an ihrer Stelle zu tun. Mit der unbegrenzten „alternativlosen“ Zuwanderungspolitik Merkels wurden diese Probleme noch gesteigert und vielerorts potenziert.

Schaffen die Ehrenamtlichen es jetzt nicht mehr und ziehen daraus die Konsequenzen, ernten sie von Merkel keinen Dank für ihre Anstrengungen, im Gegenteil sie werden zusätzlich für ihre ehrenvolle Arbeit an den öffentlichen Pranger gestellt, wie der Leiter der Essener Tafel. Von diesem Pranger hat Merkel ihn nicht heruntergeholt, im Gegenteil. Die Bundeskanzlerin hat sich am schändlichen Spiel der Medien der Besudelung ehrenamtlicher Kräfte, die am Rande ihrer Kräfte angelangt waren, beteiligt. Wenn das die Erneuerung ist, die Merkel nach fünf Monaten Unfähigkeit, eine Regierung zu bilden, versprochen hat, dann wird es kalt in Deutschland, dann wankt eines der Fundamente, nämlich das Ehrenamt, mit der unsere Gesellschaft bislang noch einige der politischen Fehler der Regierungen aus SPD und CDU ausgleichen konnte.




Kursiert im Internet: Fotomontage, welche die ehemalige FDJ-Propagandistin und mutmaßlichen Stasi-Spitzel „IM Erika“ Angela Merkel als Honeckers Rache für den Untergang der DDR darstellt

Bild: Screenshot

# Endlich raus aus der Schweigespirale!

Frei gedacht



Von Eva Herman

Es ist höchste Zeit, dass wir jetzt über die Schweigespirale sprechen. Wir leben heute in einer Welt, wo das Aussprechen der Wahrheit ein gefährlicher Akt geworden ist. Mehr und mehr Bürger fühlen sich zunehmend verunsichert, denn eine innere Schere klafft immer weiter auseinander. Viele spüren, dass ihr persönliches Empfinden sich entfernt von dem, was da draußen in der Welt geschieht. Sie stehen verständnislos vor der veröffentlichten Meinung, die in aller Regel, wie man weiß, von den Systemmedien und der Politik geprägt wird. Die Gangart ist eindeutig, sie stimmt nur noch selten überein mit den Werten, die unsere Gesellschaft einst zusammenhielten. Immer noch denken viele, dass sie alleine stehen mit ihrer Meinung, da ja im öffentlichen Raum, in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen, ganz andere Töne angeschlagen werden. Diese Bürger, sie bilden übrigens die absolute Mehrheit, verstummen längst verschämt, denn ihre Angst ist es, von der Gesellschaft isoliert zu werden. Diese Leute stecken in der sogenannten Schweigespirale fest. Schweigespirale? Was ist das denn? Und wo gibt's die? Überall!

Der Begriff Schweigespirale wurde in den 70er Jahren von Elisabeth Noelle-Neumann geprägt. Die Dame stand über viele Jahrzehnte dem Meinungsforschungsinstitut für Demoskopie in Allensbach vor. Die prominente Wissenschaftlerin, die langjährige, enge Kontakte zu führenden, deutschen Politikern pflegte, kannte sich gut aus auf beiden Seiten: der der Meinungsgeber und jener der abhängigen Meinungsempfänger, man kann die letzte Gruppe auch kurz als Bürger bezeichnen. Noelle-Neumann definierte es einmal so: Die weitverbreitete Schweigespirale führt dazu, dass ein bestimmtes politisches Lager oder auch die öffentliche Mehrheit sich für schwach erklärt und immer mehr verstummt, während das andere, durchaus kleinere Lager Oberwasser bekommt und siegesgewiss auftritt. Die Frage muss hier nun lauten: Durch was und wen bekommt denn die andere Seite eigentlich Oberwasser? Natürlich durch Einfluss und Macht. Welche gesellschaftliche Gruppe besitzt diese Macht? Richtig, die Politik, deren Einfluss auf die Medien wiederum beeindruckend ist. Und umgekehrt natürlich auch: Die Massenmedien, man sagt besser noch: die Systemmedien, bilden ein gut organisiertes Kartell der gegenseitigen Bedürfniserfüllung. Diese Methode funktioniert schon seit vielen Jahrzehnten nahezu reibungslos. Zu wessen Vorteil? Zum eigenen natürlich beziehungsweise deren einflussnehmenden Kapitalsammelbecken. Die Letztgenannten konnten gewissermaßen Sponsorfunktionen zum Beispiel für die schwer angeschlagenen Printmedien ausüben. Zu wessen Nachteil: zu dem der allermeisten Menschen im Land, die eben keine Möglichkeit der öffentlichen Beeinflussung besitzen.

**Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die angebliche bundesdeutsche Meinungsfreiheit ist vielerorts zu einer fast alles beherrschenden „Mediokratie“ verkommen. Was nicht in den „Mainstream“, nicht in die politisch verordneten Richtlinien passt, wird als politisch unkorrekt gerügt und immer strenger geahndet. Wer nicht mit der globalisierten, genderisierten, einwanderungssympathisierenden, also mit der „fortschrittlichen“ neuen Weltordnung konform geht, wird lächerlich gemacht, zerredet, angegriffen oder gleich vernichtet: als Verschwörungstheoretiker, als politisch Unkorrekter, als Rechtsextremer. Wer dies aufmerksam beobachtet, und der Beispiele werden immer mehr, dem vergeht am Ende auch noch das letzte bisschen Mut zur eigenen Meinung. Zu unbequem, viel zu gefährlich. Lieber Klappe halten. Dann halt Schweigespirale, oder? Unterdessen werden die Daumenschrauben immer fester gezogen: Wer heute etwas „Falsches“ äußert, was nicht der veröffentlichten Meinung entspricht, wer seinem Unmut in den sozialen Medien Luft macht, zum Beispiel über die deutsche Kanzlerin und ihre bedingungslose Einwanderungspolitik, über die damit verbundenen Messerstechereien und Vergewaltigungen, der wird angeprangert, gelöscht, ausradiert aus der sozialen Mediengesellschaft. Wer bei den Merkel-muss-weg-Demos mitgeht, um ein Zeichen zu setzen, um irgendetwas zu bewegen, damit der Albtraum, der Deutschland inzwischen überlagert, endlich aufhört, der läuft inzwischen Gefahr, von den Schlägertrupps der Antifa zusammengeschlagen zu werden.

Aber stopp mal kurz, wer sind diese Antifa-Leute eigentlich? Waren das nicht Ultra-Linke? Und wieso verteidigen die jetzt die CDU-Kanzlerin? In wessen Auftrag schlägern die eigentlich wirklich? Doch wehe, Du stellst diese Fragen laut. Verzieh Dich lieber in Deine Schweigespirale, da bist Du sicherer. Kann das sein? Soll es das wirklich mit uns gewesen sein? Auch immer mehr Journalisten der freien Medien, die dem in der Schweigespirale gefangenen Bürger mit ihren systemkritischen Berichten Mut machen wollen zur eigenen Meinung, werden zunehmend unter Druck gesetzt und bedroht. Oder gleich festgenommen, wie es in jüngster Zeit häufiger schon der Fall war. Totalitäre Strukturen, anders kann man das leider nicht mehr bezeichnen.

Jene Menschen, die anderer Meinung sind als die der politisch und medial hergestellten, angeblichen „Mehrheit“, ziehen sich also Schritt für Schritt zurück und verstummen, um nicht verspottet oder gar verfolgt zu werden. Das ist die Realität! Dass zu den enttäuscht Schweigenden inzwischen längst eine ganze Reihe von einst unabhängigen Journalisten gehört, die ihre „Einzelmeinung“ medial kaum noch umzusetzen in der Lage sind, ist kein Geheimnis mehr. Diese fürchten ebenfalls um ihre Reputation – und um ihren Arbeitsplatz. Also heulen sie mit den Wölfen. Elisabeth Noelle Neumann schrieb es einmal so: „Wer sieht, dass seine Meinung an Boden verliert, verfällt in Schweigen.“ So entstehen verzerrte Mehrheits- und Stärkeverhältnisse in öffentlichen Debatten oder auch bei Wahlen, da sich eine schweigende Mehrheit einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung anpasse, aus der Furcht heraus, isoliert zu werden. Mehrheitsmeinung? Alles Fake. Die Mehrheit sind Sie!

**Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Ein spannender Punkt in den Aussagen von Noelle-Neumann ist auch folgender, passend zur derzeitigen Moraldebatte der grenzenlosen Einwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wörtlich heißt es: „Voraussetzung für das Auftreten einer Schweigespirale ist, dass der Gegenstand, das Thema des Meinungskampfes ‚moralisch geladen‘ ist, also das emotionale Potenzial hat, die Meinung der Minderheit nicht als rational *falsch*, sondern als moralisch *schlecht* erscheinen zu lassen.“ Übrigens kennen unsere Politiker die geheime Wirkung der Schweigespirale ziemlich genau. Unsere System-Medienvertreter kennen sie durchaus auch. Sie setzen darauf, sie arbeiten damit. Bei der Meinungsforscherin heißt es: „Die Wahrnehmung der Menschen, welche Meinungen vorherrschend sind (oder in Zukunft sein werden), wird maßgeblich durch die in den Massenmedien vertretenen Meinungen und Argumente bestimmt.“

Die Geschichte zeigt, dass von unseren offiziell beliebten Prominenten niemals ein wirksamer Impuls einer kritischen Stellungnahme zu erwarten ist. Darauf zu hoffen, ist vergeblich. Durch persönliche Gespräche im kleinsten Kreise lassen sich klare, gute Gedanken spiralförmig nach außen tragen. Das ist der Weg.

# Als »ein Knopf« aufging

## Mehr als nur die Geliebte eines berühmten Malers – Gabriele Münter konnte selber richtig gut malen

**Gabriele Münter stand als Malerin und Muse im Mittelpunkt der Künstlervereinigung „Der blaue Reiter“. Ihr sind in München und Murnau Ausstellungen gewidmet.**

Was wäre das Münchener Lenbachhaus ohne Gabriele Münter? Eine Städtische Galerie wie viele andere auch. Dank Münters Bilderschenkung aber ist es ein Museum von Weltrang. Nun ehrt das Lenbachhaus die Malerin, die Mitglied des als „Blauer Reiter“ verehrten Künstlerkreises war, mit einer großen Schau. Sie umfasst 132 Gemälde aus 50 Schaffensjahren sowie Fotografien, die Münter 1898 bis 1900 auf ihrer Reise durch die Vereinigten Staaten aufnahm.

Die 1877 in Berlin geborene, 1962 in Murnau gestorbene Münter war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Lebensgefährtin Wassily Kandinskys. Er und Franz Marc initiierten als „Redaktion des Blauen Reiter“ 1911 und 1912 einen berühmten Almanach und zwei legendäre Ausstellungen. Münters Eigentum waren viele von Kandinsky bis 1914 geschaffene Bilder. Diese einzigartige Sammlung und auch von ihr selbst gemalte Bilder schenkte sie 1957 dem Lenbachhaus. Unter dessen Dach richtete sich zudem die von Münter und ihrem zweiten Lebenspartner Johannes Eichner begründete Stiftung ein. Sie betreut Münters künstlerischen und schriftlichen Nachlass, ihr als Künstlergedenkstätte inszeniertes Haus in Murnau sowie die von ihr und Kandinsky gesammelte Volkskunst.

Trotz reichlich vorhandener Werke ist von Gabriele Münter normalerweise im Lenbachhaus wenig zu sehen. Eine Auswahl ihrer Bilder gehört zu der dem Blauen Reiter gewidmeten Dauerausstellung. Der Rest schlummert üblicherweise im Depot. Kein Wunder also, dass sich die Sonderschau rühmen kann, noch nie oder seit Jahrzehnten nicht mehr gezeigte Werke Münters auszustellen. Bedeutende internationale Leihgaben ergänzen die dem Lenbachhaus und der Stiftung gehörenden Bilder.

Die Ausstellung präsentiert Münters Gemälde in thematischer Ordnung. Es gibt in den 30er Jahren geschaffene Szenen aus der Arbeitswelt und ungegenständliche Gemälde der 50er Jahre. Zur Porträtauswahl gehört das „Bildnis Marianne von Werefkin“ (1909). Breiten Raum nimmt die Landschaftsmalerei ein.

Ihr künstlerisches Erweckungserlebnis hatte Münter 1908 in Murnau, wo sie gemeinsam mit Kandinsky, Werefkin und deren Lebensgefährten Alexej von Jawlensky malte. Sie logierten im Gasthof Griesbräu. Davon zeugt das Gemälde „Ansicht vom Griesbräu-Fenster“. Es bietet formvereinfachte Häuser in bunten Farben sowie einen Ausblick auf die zu grünen und blauen Flächen abstrahierte Voralpenlandschaft. Das Bild erweist sich als Durchbruch zu Münters charakteristischer Malerei: „Da schien es plötzlich – ich stand im Griesbräu am Fenster u. war deprimiert – als wenn ‚ein Knopf aufginge‘ zu einer Befreiung. Von da an ging ich auf Landschaft, die Augen waren aufgegangen – ich sah u. malte.“

Ein besonderes Vergnügen bereiten dem Besucher zwei Spezialgattungen Münters. Einzigartig sind ihre „religiösen“ Stillleben, für die sie Hinterglasbilder mit Heiligendarstellungen und fromme Schnitzfiguren aus ihrer Volkskunstsammlung zu Arrangements mit mysteriöser Aura zusammenstellte. Ihre zweite Spezialität sind „Genreporträts“ im Freien oder in häuslicher Umgebung. Beim Betrachten des Gemäldes „Kahnfahrt“ (1910) hat man den Eindruck, gleichsam mit im Boot zu sitzen. Und zwar direkt hinter der rudernden Gabriele Münter. Ihr gegenüber wenden uns Marianne von Werefkin und Jawlenskys kleiner Sohn Andreas die Gesichter zu. Die alles beherrschende Erscheinung aber ist der hoch aufgerichtet im Kahn stehende Kandinsky.

Humor beweist Münter mit dem Gemälde „Zuhören (Bildnis Jawlensky)“ (1909). Er sitzt unter einer Lampe am Tisch, beugt sich zur Seite und scheint mit offenem Mund, aufgerissenen Augen und hochgezogenen Brauen ungläubig den Worten eines unsichtbaren Sprechers zu lauschen. Münter kommentierte, sie habe in dem Gemälde dargestellt, wie Jawlensky die neuesten Kunsttheorien Kandinskys aufnahm.

Erheiternd wirkt schließlich der Anblick von Münters Lebensgefährten in dem in zwei Versionen ausgestellten Ölbild „Kandinsky und Erma Bossi“ (um 1910). Der russische Künstler sitzt nämlich in bayerischer Tracht mit blauer Jacke, Kniehose und Wadlstutzen in der holzvertäfelten Essecke des Münter-Hauses am Tisch. Er wendet sich der Malerin Bossi zu, die ihm Kopf und Oberkörper entgegenreckt. Sie befinden sich laut Kandinsky „beim transcendenten Gespräch“.

Die mit Stücken aus der Volkskunstsammlung und Reproduktionen von Hinterglasbildern Kandinskys geschmückte Essecke existiert noch heute in dem 1909 von Gabriele Münter in Murnau erworbenen Haus. Denn es weist auf Wunsch der Künstlerin wieder das Erscheinungsbild auf, das es zur Zeit ihres Zusammenlebens mit Kandinsky hatte. In den Räumen hängen Gemälde Münters und stehen von ihr oder Kandinsky bemalte Möbel.

Künstlerische Freiheit offenbart Münters Gemälde „Interieur in Murnau“ (um 1910). Es zeigt ihr Zimmer mit grün gestrichenen Wänden. Tatsächlich aber waren und sind sie blau. Auf dem Gemälde sieht man links in den Nebenraum, wo Kandinsky auf seinem Bett liegt. Heute vertreten ihn dort Frack und Zylinder. Im ehemaligen Musikzimmer läuft als Außenposten der großen Münchener Ausstellung eine kleine Sonderschau. Sie erweist die bedeutende Rolle, die die Volkskunst, Kinderbilder und gelegentlich auch außereuropäische Kulturen als Anregungen für das Schaffen Gabriele Münters spielten. *Veit-Mario Thiede*

**Entsprach offenbar nicht dem Schönheitsideal der Nationalsozialisten: Für Gemälde wie ihr 1934 entstandenes „Fräulein Ellen im Gras“ erhielt Gabriele Münter in der NS-Zeit ein Ausstellungsverbot**

Bild: Lenbachhaus

*Bis 8. April im Kunstbau der Städtischen Galerie im Lenbachhaus, Zwischengeschoss der U-Bahnstation Königsplatz, München. Geöffnet Dienstag 10 bis 20 Uhr, Mittwoch bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro. Internet: www.lenbachhaus.de. Münter-Haus, Kottmüllerallee 6, Murnau. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 14 bis 17 Uhr. Eintritt: 3 Euro. Internet: www.muenter-stiftung.de/de/das-munter-haus-2*

# Politdrama um Stalins Tod

Briten und Russen liegen nicht erst seit der Nervengiftattacke auf einen Spion in England über Kreuz. Schon Ende Januar hat das Moskauer Kultusministerium praktisch mit einem zensorischen Nervengift den britischen Film „The Death of Stalin“ gelähmt: Wegen Verunglimpfung des Diktators ist der Satirefilm in russischen Kinos verboten. Wie schon beim Drama „Mathilda“ über eine Affäre von Zar Nikolaus II. reagieren die Russen neuerdings empfindlich bei ausländischen Filmen über die eigene Vergangenheit.

Im Fall von „The Death of Stalin“, der vom 29. März an natürlich in deutschen Kinos gezeigt werden darf, ist die Aufregung aus unserer Sicht wenig verständlich. Die Satire ist eine harmlose, aber durchaus witzige Groteske

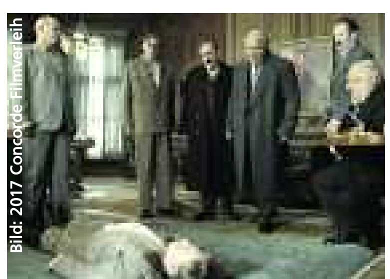


Bild: 2017 Concorde Filmverleih

**Stalin am Boden, aber die Politbonzen sind dafür obenauf**

über die Machtkämpfe im ZK nach Stalins Tod durch – tatsächlich – einen Schlaganfall und nicht etwa durch das Nervengift Nowitschok, das die Russen 1953 noch gar nicht erfunden hatten.

Dafür schwingt die tödliche Peitsche des Geheimdienstchefs Berija über die Politbonzen, von denen der völlig überforderte Malenkow den Kopf als Stalins Nachfolger hinhalten muss. Als Sieger aus diesem kammerspielartigen Intrigantenstadl aber geht Chruschtschow (Steve Buscemi) hervor, der, so will es der britische Regisseur und Komiker Armando Iannucci, als gewiefter Stratege alle nach seiner Nase tanzen lässt. So ist vieles zum Lachen, aber auch zum Vergessen. *H. Tews*

# »Dann heiße ich Emma«

## Hannelore Hogers letzter Kriminalfall – Bella Block geht in Rente

Sentimentalität ist nicht ihr Ding, da ist Hannelore Hoger ganz dicht bei Bella Block. Warum sie aufhört? „Weil ich eine alte Tante bin und keine Lust mehr hab’.“ Herzhaftes Lachen: „Ich möchte mal nach Sylt, wenn ich will und nicht, wenn ich darf!“

Der letzte Fall „Am Abgrund“ (24. März, 20.15 Uhr, ZDF) beginnt mit einem Paukenschlag. Bella, längst aus Polizeidiensten entlassen, sitzt neben Staatsanwalt Mehlhorn im Auto, Richtung Datsche soll es gehen. Gestört durch ein Telefonat, steigt die Kommissarin aus und wird Sekunden später von der Druckwelle des hinter ihr explodierenden Wagens zu Boden gerissen. Was steckt hinter dem Attentat?

Unbeirrbar fräst sich die Block fortan durch eine Wand aus schweigenden Hintermännern und durchtriebenen Baulöwen, bis sie auf ein verstörtes junges Mädchen trifft, das sich als Schlüssel zum Fall erweist. Ihr zur Seite der frühere Gefährte Simon Abendroth (Rudolf Kowalski) und der ehemalige Assistent Jan Martensen (Devid Striesow) – beide werden in diesem Abschiedseinsatz zu Rettern in höchster Not.

Mitte 70 ist Hoger heute, eine kleine Frau mit markanter Stimme und dem Hang zu klaren Worten. Dem Fernsehen verdankt sie ihre Popularität. Es soll aber keiner glauben, sie sehe dieses Medium unkritisch. Das beliebte Krimigenre schon gar nicht: „In dieser Häufung, nach dem Motto, ‚heute Abend kann ich mir wieder meine Leiche abholen‘, finde ich das schade. Wenn man nicht gerade Arte oder 3Sat einschaltet, wird nur noch geschossen und gemordet – es nimmt einfach überhand.“

Ihre Bella-Block-Krimis dagegen: Extraklasse, Bühne für illustre Kollegen (Sebastian Koch, Martina Gedeck, Ben Becker) und Fälle aus den Dunkelkammern der Gesellschaft. In 38 Folgen wurde etwa von Kindesmissbrauch und Zwangsprostitution erzählt, die Protagonistin wurde selbst Opfer eines Attentats. Ihre liebsten Einsätze? Die beiden ersten und der in Schweden spielende, mit dem Kollegen Rolf Lassgard. Was versäumt wurde? „Bella hätte mehr trinken, mehr rauchen, mehr lieben können. Und mehr Auslandseinsätze haben.“



Bild: ZDF/Hardy Brackmann

**Abschied von Bella Block: Hoger in „Am Abgrund“**

Diese Kommissarin, erfunden von Krimiautorin Doris Gercke, war einzigartig. Eine Frau mit Ecken und Kanten, unbestechlich und warmherzig, hart wie zart. Dabei ist es nur der Hartnäckigkeit der Hamburger Produzentin Katharina Trebitsch zu verdanken, dass die schroffe Einzelgängerin überhaupt das Licht der Fernseh-Öffentlichkeit erblickte.

Wie sauer Bier wurde der Plot 1993 herumgereicht, der Bayerische Rundfunk zögerte, das ZDF schlug zu – und landete einen Hit. Anfangs war noch gar nicht abzusehen, ob Bella in Serie geht, dann wurden es zwei Folgen pro Jahr, später wollte man drei – aber ohne Hoger. Die verweist gerne auf die britische Kollegin Margaret Rutherford: „Als Miss Marple hat sie gerade mal sechs Filme gedreht und damit Weltruhm erlangt!“

Das Ende ihres Krimi-Lebens, soviel sei verraten, überlebt Hoger bei guter Gesundheit, ein Ende ihres Berufslebens ist auch nicht zu befürchten: Über Altersarmut und Demenz wünschte sie sich Geschichten, Themen aus dem Leben: „Wenn ein tolles Drehbuch kommt, dann heiße ich halt Emma, das geht auch.“ *Anne Martin*

# Gorkis Ideenpark

## Russland feiert den 150. Geburtstag seines Klassikers Maxim Gorki

Als „Sturmvogel der Revolution“ wird Maxim Gorki, zu Deutsch der „Bittere“, mit bürgerlichem Namen Alexej Maximowitsch Peschkow, derzeit in Russland anlässlich seines 150. Geburtstags am 16./28. März gefeiert. In Moskau erinnern zahlreiche Ausstellungen an Leben und Werk des Schriftstellers, so wie die Troizkij-Bibliothek mit ort Nischnij Nowgorod. Auf 20 Großbildschirmen, die an Straßen der Stadt verteilt sind, flimmern Videos mit Zitaten des Klassikers. Das Projekt „Wir lesen Gorki“ lädt einfache Bürger dazu ein, ihre Lieblingswerke des Dichters vorzulesen. Mit dabei sind Künstler, Feuerwehrleute, Chirurgen, Journalisten, Olympiateilnehmer, Musiker und Schüler. Die



**Zwei Literaturklassiker: Maxim Gorki (r.) mit seinem Vorbild Anton Tschechow in Jalta 1900**

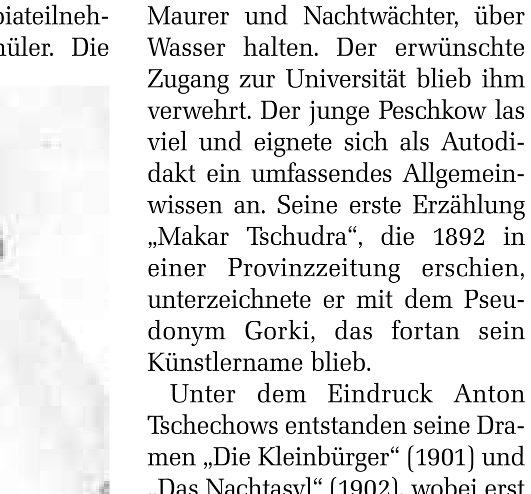
Bild: Imago

„Der bekannte Unbekannte Maxim Gorki“. Gezeigt werden Fotografien, die alle Stationen im Leben des Schriftstellers illustrieren, aber auch erstmals veröffentlichte Manuskripte aus Archiven.

In Samara und Orenburg gibt es Ausstellungen, vielerorts wurden Orte nach ihm benannt wie der Gorki-Park in Moskau, doch auf besondere Weise würdigt man den Sohn der Stadt in Gorkis Geburts-Stadt hat sich intensiv vorbereitet. Denkmäler und Museumsexponate wurden restauriert sowie alles, was mit dem Namen des Poeten in Verbindung steht, wurde für die Feier herausgeputzt.

Gorki, der als sozialistischer Schriftsteller von den Sowjets gefeiert wurde, war zwar von der Idee her ein Revolutionär. Mit Lenin und der von ihm angezettelten Oktoberrevolution stand er jedoch auf dem Kriegsfuß, nicht zuletzt wegen der atheistischen Ausrichtung der Revolution.

Gorkis revolutionäre Motivation lässt sich mit seiner Herkunft aus bitterarmen Verhältnissen erklären. Schon früh musste er sich als Laufjunge und mit schlecht bezahlten Jobs, unter anderem als Maurer und Nachtwächter, über Wasser halten. Der erwünschte Zugang zur Universität blieb ihm verwehrt. Der junge Peschkow las viel und eignete sich als Autodidakt ein umfassendes Allgemeinwissen an. Seine erste Erzählung „Makar Tschudra“, die 1892 in einer Provinzzeitung erschien, unterzeichnete er mit dem Pseudonym Gorki, das fortan sein Künstlername blieb.



Unter dem Eindruck Anton Tschechows entstanden seine Dramen „Die Kleinbürger“ (1901) und „Das Nachtasyl“ (1902), wobei erst Letzteres ein durchschlagender Erfolg wurde. Sein wohl bekanntestes Werk, der Roman „Die Mutter“ von 1906, Gorkis Verarbeitung des Revolutionsgeschehens von 1905, bezeichnet die Literaturwissenschaft als sein erzählerisch schwächstes Werk. Den Sowjets hingegen galt es als Musterbeispiel des Sozialistischen Realismus. Die Kommunistische Akademie beschloss 1927, Gorki als proletarischen Schriftsteller anzuerkennen. Als solcher genoss er zahlreiche Privilegien. *Manuela Rosenthal-Kappi*

# Lehrjahre der Brandstifter

## Mit zwei Kaufhausbränden in Frankfurt setzte die spätere RAF vor 50 Jahren ihr erstes Zeichen der Gewalt

**Es war ein Fanal. Aber es wurde nicht erkannt. Am 2. April 1968 brannte es in Frankfurt am Main in zwei Kaufhäusern. Angeführt wurden die Brandstifter durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Mit diesen Bränden begann die Zeit des Terrors, setzte vor 50 Jahren die spätere Rote Armee Fraktion (RAF) ihr erstes Zeichen der Gewalt.**



Nach dem Brandanschlag vom 2. April 1968: Das Kaufhaus „Kaufhof“ in Frankfurt am Main Bild: pa

Nicht ganz ein Jahr zuvor hatte in Brüssel ein Kaufhaus gebrannt, 322 Menschen waren dabei umgekommen. Für die Kommunarden der Kommune 1 Rainer Langhans und Fritz Teufel war das Anregung, zwei Flugblätter zu verfassen. Beide wurden im Mai 1967 verteilt: „Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum ersten Mal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl, ... das wir in Berlin bislang noch missen müssen.“

Das zweite Flugblatt wurde mit seiner menschenverachtenden Diktion noch eindeutiger: „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser? ... Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, ... Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben: Burn, warehouse, burn.“ Kennzeichnend für die damalige Stimmung, wurden die Pamphlete zur Satire erklärt. Und die Kommunarden kamen damit durch. Sie wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen: Zwar hätten die Autoren zu einer Straftat aufgefordert, es sei ihnen aber nicht nachzuweisen, dass sie diese auch gewollt hätten. Gesinnungsgenossen haben die Botschaft der Kommunarden anders ausgedeutet als die zeitgeistigen Richter vom Landgericht Moabit.

Bereits in der Woche nach dem Freispruch besuchten Gudrun Ensslin und Andreas Baader die Kommune 1. Man sprach über die Umsetzung der „Satire“ in die Praxis. Als erstes Ziel wurde das Kaufhaus des Westens (KaDeWe) in West-Berlin angepeilt, dann aber verworfen.

Seit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg im Juni 1967 radikalisierten sich große Teile der Studentenschaft in Berlin. Ensslin, Baader und Thorwald Proll reisten nach München. Dort stieß Horst Söhnlein zu der Gruppe. Mit einem geliehenen VW reiste man weiter nach Frankfurt, im Gepäck selbstgebastelte Brandsätze, bestehend aus Plastikflaschen und Benzin, Reisewecker und Glühzünder nebst Sprengstoff, zusammengehalten von Tesafilm und Tesakrepp.

In Frankfurt wurden mehrere Kaufhäuser begutachtet. Im Kaufhaus „M. Schneider“ legten Ensslin und Baader in der Damenabteilung den ersten Brandsatz ab, den zweiten versteckten sie in der Möbelabteilung in einem altdeutschen Schrank. Etwa zur gleichen Zeit wurden auch im „Kaufhof“ Brandsätze versteckt. Wer die Täter in diesem Fall waren, konnte nicht geklärt werden.

Kurz vor Mitternacht sah ein Taxiunternehmer Feuerschein im Kaufhaus „M. Schneider“. Er alarmierte die Feuerwehr. Zur gleichen Zeit rief eine Frau bei der Deutschen Presse-Agentur an: „Gleich brennt’s bei ‚Schneider‘ und im ‚Kaufhof‘. Es ist ein politischer Racheakt.“

Die angerichteten Schäden waren nicht besonders hoch. Die Versicherungen bezahlten im Fall des Kaufhauses „M. Schneider“ 282 339 D-Mark, im Fall von „Kaufhof“ 390 865 D-Mark. Unter den Schaulustigen, welche die Löscharbeiten beobachteten, standen auch Ensslin und Baader.

Am Vormittag des nächsten Tages erhielt die Frankfurter Polizei einen Tipp. Kurz darauf wurden Ensslin und Baader festgenommen. In der Handtasche von Ensslin fand man eine Schraube, wie sie auch für den Brandsatz verwendet worden war. Im Auto lagen Glühköpfe, Batteriezünder und andere Bauteile der Brandsätze. Die Kommune 1 erklärte sich zwar mit den Festgenommenen solidarisch, kritisierte aber deren stümperhafte Planung.

Die Stimmung in West-Berlin war aufgeheizt, als am Gründonnerstag Schüsse auf Rudi Dutschke, den Wortführer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), fielen. Der Anstreicher Josef Baumann hatte am 11. April 1968 Dutschke aufgelauert und mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert. Bachmann wurde nach wenigen Minuten festgenommen. Im Krankenhaus Westend kämpften die Ärzte um Dutschkes Leben. Vom SDS-Zentrum brachen Studenten auf zum Marsch zum Axel-Springer-Verlag. Sie wollten die Auslieferung der Zeitungen verhindern, die seit Wochen Stimmung gegen Dutschke und den SDS machten. Mit Autos blockierten sie den Weg der Druckereifahrzeuge. Als die ersten Wagen mit den Zeitungen kamen, räumte die Polizei die Blockadeautos robust. Es kam zur Straßenschlacht. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein. Studenten warfen Molotowcocktails. Lastwagen des Springer-Verlages gingen in Flammen auf. Die gewaltsamen Proteste gegen den Springer-Verlag griffen auf andere Städte über. Die Osterunruhen nahmen bürgerkriegsähnliche Formen an. Bei Straßenschlachten in München starben zwei Menschen, verletzt durch einen Steinwurf und einen Knüppelhieb. Die Täter wurden nicht ermittelt. In Berlin gab Horst Mahler eine Pressekonferenz. Dabei sagte er: Wenn man Revolution mache, dann müsse man auch mit Opfern rechnen.

Die Ereignisse überschlugen sich. Zur Mai-Demo in Berlin kamen 50 000 Menschen, Notstandsdemonstrationen in Bonn, Besetzungen aus gleichem Grund an fast allen Hochschulen, Beate Klarsfeld ohrfeigte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, Demonstrationen zur Frankfurter Buchmesse.

In dieser Zeit, im Oktober 1968, begann der Prozess gegen die Brandstifter von Frankfurt. Neun Anwälte waren zur Verteidigung angetreten, unter ihnen Otto Schily und Mahler. Das Urteil: jeweils drei Jahre Zuchthaus. Die Anwälte legten Revision ein, der Vollzug wurde ausgesetzt. Die Revision wurde verworfen, Ensslin, Baader und Proll setzten sich nach Paris ab. 1970 kehrten Ensslin und Baader nach Berlin zurück. Baader wurde verhaftet, doch bereits am 14. Mai gewaltsam befreit. Für angebliche Recherchen für ein Buch hatte er das Gefängnis verlassen dürfen. Den Coup hatten Ensslin, Mahler und Ulrike Meinhof geplant. Die Rote Armee Fraktion betrat die Bühne. *Klaus J. Groth*

# Extreme Regimegegner und staatliche Schläger

## Rechtsextremismus konnte es in der DDR nicht geben, weil es ihn nicht geben durfte – Aber es gab ihn

Wenn die AfD in den neuen Bundesländern beeindruckende Wahlergebnisse erzielt oder die Bürger dort gegen die Asylpolitik der Bundesregierung mobil machen, dann wird das oft damit begründet, dass die Menschen in Mitteldeutschland einen traditionellen Hang zum Rechtsextremismus besäßen, der aus der DDR-Zeit herrühre, als man kaum Kontakt zu Ausländern gehabt habe. Die Realität sah allerdings um einiges anders aus.

Trotz der Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“, also der Berliner Mauer, im August 1961 gab es auch im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ Rechtsextremisten. Deren Zahl stieg nach Erhebungen der Arbeitsgruppe „Skinheads“ im

> »Neonazi« zu sein, stellte eine der extremsten Formen des Widerstandes gegen das Regime und dessen Unterstützer im Kreml dar

Zentralen Kriminalamt der DDR sowie der Soziologin Loni Niederländer von der Humboldt-Universität zu Berlin bis 1988 auf rund 15 000. Das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung ging sogar davon aus, dass etwa sechs Prozent aller Jugendlichen im Lande der rechten Szene angehörten oder zumindest stark mit ihr sympathisierten.

Diese Zahlen waren wohl durchaus realistisch, wie ein Blick auf die Masse der einschlägigen Delikte zeigt. Der Historiker Harry Waibel hat in den erhalten gebliebenen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) 8600 Meldungen über rechtsextreme Straftaten gefunden, wobei es sich hier nur um die Spitze des Eisberges handeln dürfte. Das verdeutlicht eine Statistik über Hakenkreuzschmierereien im Gebäude des Zentralkomitees der SED in Ost-Berlin, also dem absoluten Zentrum der Macht. Innerhalb von nur fünf Jahren ereigneten sich dort 38 solcher Vorfälle.

Ebenso registrierten die Behörden Übergriffe gegen Ausländer, die es entgegen einer vielfach kolportierten anderslautenden Legende auch in der DDR gab. Während es 1961 noch 18 500 Ausländer waren, zählte man 1989 bereits 191 000 – zusätzlich zu den mehr als 500 000 Angehörigen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), die faktisch überall präsent waren. Besonders viele nichtrussische Ausländer kamen dabei aus den Bruderstaaten Vietnam, Polen und Mosambik. Dafür zeichnete der Stasi-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski verantwortlich, dessen Abteilung Kommerzielle Koordinierung auch die Vertragsarbeiter rekrutierte. Diese „Gäste“ verhielten sich keineswegs immer vorbildlich. So zogen manche Vietnamesen einen schwunghaften Schwarzhandel mit Computern auf, während die Mosambikaner eher durch alkoholische Exzesse und Schlägereien auffielen. Solche „Ansätze parasitärer Lebensweisen“ – wie das MfS es nannte – erregten natürlich den Unwillen der Bevölkerung und verschafften der DDR-Rechtsextremistenszene viel Zulauf.

Letztere hatte sich nicht nur den Kampf gegen vietnamesische Geschäftemacher oder schwarzafrikanische Randalierer auf die Fahnen geschrieben, sondern betrachtete auch die Besatzer aus der UdSSR als Feinde. Davon zeugen zahlreiche Denkmalsschändungen und Schmähparolen im öffentlichen Raum. Ja, manche Gruppen planten sogar Terroranschläge gegen Soldaten oder Militärgerät der GSSD. Hier zeigt sich ein Wesenszug des DDR-Rechtsextremismus, der nur allzu oft übersehen wird. Zielscheibe des Hasses waren neben Ausländern mit problematischem Verhalten ebenso das sozialistische System als solches, die SED-Regierung und die Angehörigen der Roten Armee auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Oder anders ausgedrückt: „Neonazi“ zu sein, stellte eine der extremsten Formen des Widerstandes gegen das Regime in Ost-Berlin und dessen Unterstützer im Kreml dar.

Da gemäß der reinen Lehre im Sozialismus mit dem Kapitalismus auch die Kriminalität und der Rechtsextremismus überwunden sind, spielte das MfS das Problem herunter, wo es nur irgendwie ging. Das zeigte sich beispielsweise darin, dass die Staatssicherheit noch im Dezember 1988 offiziell nur von 1034 Rechtsextremen in der ganzen DDR ausging. Nichtsdestoweniger demonstrierte der zuständige Minister Erich Mielke Härte und autorisierte am 30. Januar 1988 den Schusswaffeneinsatz bei rechtsradikalen Ausschreitungen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik war auch in der DDR die Rechtsextremistenszene mit V-Leuten durchsetzt, in der DDR „Inoffizielle Mitarbeiter“ genannt. Der frühere Leiter der Kripo-AG „Skinheads“, Oberstleutnant a. D. Bernd Wagner, berichtete nach der „Wende“ sogar von zwei „Kunstgruppen“ des MfS, die nur aus solchen Personen bestanden und möglicherweise bei

> Gerne drohte die Stasi unbotmäßigen Kirchenführern mit »neonazistischen« Attacken und beließ es nicht bei Drohungen

den schweren Krawallen im Oktober 1989 am Dresdner Hauptbahnhof als Provokateure zum Einsatz kamen.

Ein weiterer Zweck dieser Staats-Rechtsextremen war die Einschüchterung von linken Systemkritikern und unbotmäßigen Kirchenfunktionären. Letzteren drohte die Staatssicherheit in den 1980er Jahren gerne damit, dass es „leider“ zu „neonazistischen“ Attacken kommen könne, wenn die Gemeinde ihr Gotteshaus für Veranstaltungen der Umwelt- oder Bürgerrechtsbewegung öffne. Und genauso geschah es dann auch am 17. Oktober 1987, als rund 30 DDR-Skinheads unter „Sturmbannführer“ Ronny B. mit „Sieg Heil!“-Rufen in die Ost-Berliner Zionskirche eindrangen und dort das von Regimegegnern organisierte Konzert der Punkbands „Die Firma“ und „Element of Crime“ sprengten, indem sie mit Fahrradketten und Eisenstangen auf die Besucher einprügelten. Die vorab informierten Sicherheitskräfte, welche die Kirche umstellt hatten, griffen weder schützend ein, noch machten sie die Täter dingfest.

Es gab also in der DDR neben einem Rechtsextremismus, der in Opposition zum Staat stand, offenbar auch einen Staats-Rechtsextremismus, der ähnlich wie die Antifa in der Bundesrepublik die Opposition unter Einsatz von Gewalt bekämpfte und insofern systemstabilisierend wirkte. Die Einlassungen mancher heutiger Linkspolitiker, der Rechtsextremismus sei kein genuines DDR-Phänomen gewesen, sondern erst nach der „Wende“ aus dem Westen herübergeschwappt oder zumindest eine Reaktion auf das „Überstülpen des kapitalistischen Systems“, entbehren also jedweder Grundlage. *Wolfgang Kaufmann*

# Früh sah er das Ende der DDR kommen

## Kommenden Mittwoch feiert der ehemalige BND-Präsident Hans-Georg Wieck seinen 90. Geburtstag

**Im Gegensatz zu den oft selbsternannten westdeutschen „Russland-Spezialisten“ gewann der ehemalige deutsche Diplomat und Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) von 1985 bis 1990, Hans-Georg Wieck, durch viele Reisen und seine überaus zahlreichen Gespräche ein ganz anderes Bild und Gespür, was die Relevanz von Ereignissen und Aussagen in dem Riesenland angeht.**



Der Regierungschef hörte nicht auf seinen Auslandsgeheimdienstchef: Bundeskanzler Helmut Kohl und BND-Präsident Hans-Georg Wieck, eingerahmt von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß während der Feierstunde zum 30-jährigen Bestehen des BND am 8. April 1986 in Pullach bei München Bild: pa

Zu einem denkwürdigen Gespräch kam es 1978 mit dem damaligen Leiter des KGB und Generalsekretär der KPdSU, Juri Wladimirowitsch Andropow. Offen gab dieser zu, im Gegensatz zu der marxistisch-leninistischen Lehre sei der Kapitalismus nicht an seinen Widersprüchen gescheitert; stattdessen seien in der UdSSR Reformen dringend erforderlich. Diese aber erforderten Verständigung, was eine Abrüstung voraussetze. Man benötige dringend westdeutsches Kapital. Sein Traum ging so weit, ganze bundesdeutsche Fabriken mit ihren fleißigen, zuverlässigen Arbeitern in die Sowjetunion zu holen. Über einen Gegenpreis wurde nicht direkt gesprochen, doch beide wussten genau, dass der Kreml nur noch ein Faustpfand besaß: die DDR. Wenn auch erst in ferner Zukunft, so rechnete Wieck doch nach diesem Gespräch mit der deutschen Einheit. Bereits 1980 äußerte er offen, Moskau werde eines Tages seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser mit einem vereinigten Deutschland gewahrt sehen als mit einer durch Gewalt aufrecht erhaltenen Vorherrschaft über Mitteleuropa.

Fünf Jahre danach kam Michail Gorbatschow an die Macht. Im Gegensatz zu den Westmächten glaubte Wieck diesem angesichts seines Wissens um die wahre Lage der Sowjetunion. Dessen Politik war letztlich eine Fortsetzung derjenigen von dessen 1984 verstorbenem politischen Ziehvater Andropow.

Wieck, eine resolute, energiegeladene Persönlichkeit, die im Gegensatz zu vielen bundesdeutschen Politikern nie das Ziel der Wiedervereinigung vergaß, gehörte in Bonn nicht zu den vielen Jasagern. Als 1985 eingesetzter Präsident des BND sah er es als seine Pflicht an, seine Erkenntnisse stets Bundeskanzler Helmut Kohl mitzuteilen. Im Zeichen der damals am Rhein herrschenden oft naiven Entspannungspolitik bestand dort nach seinen Worten „große Distanz zum BND“, es war ein „gespanntes Nicht-Verhältnis“. Hinzu kam, dass der Kanzler glaubte, besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst. Es muss dabei einmal sogar zu einer bösartigen Szene gekommen sein, auf die Wieck wohl aus Loyalitätsgründen nie eingeht. Es minimiert die menschliche und politische Größe Kohls, dass er in all seinen Büchern Wiecks Namen völlig übergeht. Kohl vertraute der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, in der man indes keinerlei Gespür für die Veränderungen in der DDR hatte.

Nach dortigen offiziellen Behauptungen stellte die DDR eine der führenden Industrienationen der Welt dar, was sich sogar in Kohls „Reden an die Nation“ widerspiegelte. Wieck hingegen wusste um dem Zustand der DDR-Wirtschaft und zog daraus den Schluss, dass Bonn Ost-Berlin helfen müsse: „Wir müssen die DDR über Wasser halten“, und koste es Millionen. Ohne bundesdeutsche Hilfe würde der DDR-Lebensstandard weiter sinken und die Ablehnung gegen das Regime stärker werden, doch zu Aufständen dürfe es keinesfalls kommen, denn noch würden die Sowjetpanzer auf die Bevölkerung schießen. In nur wenigen Jahren hingegen würden sie es nicht mehr tun, da damit die gesamte Westpolitik Gorbatschows unglaubwürdig würde und zum Scheitern verurteilt wäre. Während Egon Bahr betonte, der BND wisse nichts, konstatierte die Stasi in einer „streng geheimen“ Anlage „eine neue Qualität des komplexen Vorgehens des BND“. Dieser habe „zutreffendes und aktuelles Wissen“ über die DRR. Noch im April 1989 warnte die Staatssicherheit „eindringlich vor der Wirkung“ des Bundesnachrichtendienstes.

Im Hochsommer des Jahres 1989 meldete Wieck dem Kanzler, Moskau sei zu politischen Konzessionen in der Deutschland-Frage bereit, was dieser indes als „in den Bereich der Phantasie“ gehend abtat. Als am 9. Oktober rund 70 000 Menschen in Leipzig gegen das SED-Regime demonstrierten, fragte das Bundeskanzleramt beim BND an, ob es sich dabei um westdeutsche NPD-Mitglieder gehandelt habe. Wieck muss zu Recht sehr verbittert gewesen sein mit seiner Feststellung bezüglich der Entscheidungsträger in Bonn: „Die haben offenbar meine Analysen nie gelesen.“ Er sah diesen 9. Oktober als den Beginn vom Ende der DDR an. Zwei Tage vor dem Mauerfall erklärte er öffentlich, die DDR sei am Ende – was keine einzige westdeutsche Zeitung glaubte und daher nicht veröffentlichte.

Später war Wieck Leiter der OSZE-Beratergruppe in Weißrussland und Vorsitzender der Deutsch-Indischen Gesellschaft. Vor zwei Jahren wurde ihm das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Auf mögliche Altersgebrechen angesprochen, meinte Hans-Georg Wieck noch vor Kurzem, er sehe sich noch „in bester Gesundheit“ und auch seine Dynamik habe er nicht eingebüßt.

*Friedrich-Wilhelm Schlomann*

# Nichts dem Zufall überlassen

## Warum Deutschland bis heute in der Sportpferdezucht weltweit führend ist

Trakehnen war ein Hauptgestüt; Kreuzvorwerk war ein Landgestüt; und Neustadt an der Dosse ist sogar beides. Der Laie mag sich fragen, was der Unterschied ist. Das Hauptgestüt hat Hengste und Stuten und züchtet Pferde. Das Haupt- und Landgestüt züchtet nicht nur selber Pferde, sondern stellt seine Hengste auch anderen Stutenbesitzern zum Decken zur Verfügung. Reine Landgestüte hingegen züchten nicht selber, sondern haben nur Hengste und wurden einst zu dem Zwecke geschaffen, um sie den Bauern im Land für die Deckung von deren Stuten leihweise zur Verfügung zu stellen.

Die Geschichte der Landgestüte reicht bis in den Absolutismus zurück. Schon im 17. Jahrhundert haben die meisten Fürsten und deren Verwaltungen erkannt, dass die staatliche beziehungsweise landesherrliche Zurverfügungstellung von Deckhengsten einer der effektivsten Wege ist, die Landespferdezucht zu verbessern. Doch „was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht“, lautet ein Sprichwort und die Sturheit der Bauern ist sprichwörtlich. Viele sahen nicht ein, dass sie die Zeit opfern sollten, um mit ihren rossigen Stuten zum Gestüt oder einer seiner Außenstellen zu reisen, damit sie von einem Staats- beziehungsweise landesherrlichen Hengst gedeckt werden konnten. Warum sich die Mühe machen, fragte sich mancher, wenn auf Nachbars Wiese ein Junghengst herumrennt, der sich freuen würde, die Befruchtung zu übernehmen. Die Vorteile einer systematischen, gezielten Zucht waren nicht jedem Bauern vermittelbar.

Im Herzogtum Württemberg löste man das Problem zuerst. 1687 wurde dort eine Verordnung herausgegeben, die es den Bauern verbot, andere als die von der Obrigkeit gestellten Hengste einzusetzen. 1715 folgte eine solche Verordnung für Ostfriesland, 1782 folgten Schleswig und Holstein. 1787 war schließlich Preußen dran.

Es war ähnlich wie bei der allgemeinen Wehrpflicht. Die Preußen waren nicht immer die ersten, aber ihre Gründlichkeit setzte Maßstäbe. Zum einen wurde eine staatliche Kommission eingesetzt, welche die zur Zucht einzusetzenden Hengste prüfte. Diese Prüfung wurde „Körung“ genannt. Zum anderen wurde das Benutzen nicht geprüfter Hengste unter Strafe gestellt.

Als Folge der Gründung des Deutschen Reiches durch den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck wurde die sogenannte preußische Körordnung für ganz Deutschland gültig, weswegen sie dann im Züchtergebrauch auch „Bismarck'sches Körgesetz“ genannt wurde. Darin gab es einen Paragrafen, der bis 1976 – so lange galt das Gesetz nämlich – immer wieder angepasst wurde: „Wer ein nicht gekörtes Vatertier zum Decken verwendet, wird mit Geldstrafe nicht unter .... bestraft.“



Seine Reichseinigung hinterließ auch in der deutschen Pferdezucht ihre Spuren: Otto von Bismarck Bild: Sendker

Die Obrigkeit arbeitete jedoch nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit Zuckerbrot. So winkte Fohlen, die aus einer Kreuzung zwischen einer Bauernstute und einem zugelassenen Hengst stammten, beziehungsweise deren Besitzern bei entsprechender Qualität das Trakehner-Brandzeichen, was den Verkaufswert erhöhte.

Ähnlich wie die jungen Männer zur Musterung mussten die Hengste vor Ablauf ihres dritten Lebensjahres vor die Körkommission. In dem Alter sind Reit- und Fahrpferde noch nicht in Arbeit, so dass die Spezialisten sahen, wie es um die Muskeln und den Knochenbau der Zweijährigen, der sogenannten Youngster, ohne die Einwirkung durch Training bestellt war.

Auch ähnlich wie bei der Musterung der jungen Männer gehörte auch zur Körung die Untersuchung der Geschlechtsteile. Bei Hengsten kommt es nämlich nicht selten vor, dass während der frühen Entwicklung nicht beide Hoden in den Hodensack absteigen. Dann hat man es mit einem Klopphengst zu tun – wissenschaftlich auch „Kryptochid“ genannt. Und vom Kryptochismus befallenen Hengste vererben – wenn sie denn zeugungsfähig sind – den Fehler weiter und der wiederum führt dazu, dass sie aggressiver sind als andere Hengste.

Das Bismarck'sche Körgesetz würde möglicherweise noch heute gelten, wenn es nicht 1976 durch eine EU-Verordnung ersetzt worden wäre. Im Zuge der Neuordnung der nun meist von Zuchtverbänden ausgegebenen Regelungen für die Pferdezucht erhöhten die Reitpferdezüchter die Hürden für ihre potenziellen Vatertiere noch einmal.

Die Körung beinhaltet nun die Erlaubnis, dass ein Dreijähriger eine eingeschränkte Zahl von Stuten decken darf. Nach dem ersten Decken wird er angeritten und muss im Herbst seines vierten Lebensjahres in die Hengstprüfungsanstalt – eine der meist frequentierten in Deutschland ist das brandenburgische Haupt- und Landgestüt Neustadt an der Dosse – und dort nicht nur seinen Charakter und seine Leistungsbereitschaft beweisen, sondern auch seine Eignung als Spring-, Dressur- und Geländepferd. Früher dauerte die „HLP“ (Hengstleistungsprüfung) abgekürzte Prüfung 100 Tage, inzwischen ist sie auf 30 verkürzt.

Bevor der nun geprüfte Hengst im Frühjahr wieder aufs Phantom darf – in der Sportpferdezucht ist künstliche Befruchtung die Regel – wird sein erster Fohlenjahrgang geprüft. Wenn er nicht richtig gut ist, wird der Hengst gleich wieder abgekört und ist damit aus der Zucht raus. Abgekört wird er auch, wenn sein Nachwuchs nicht genügend Punkte im Turniersport macht.

Das klingt alles sehr streng. Aber es sind diese strengen Selektionsprüfungen der deutschen Pferdezucht, die mit dem Bismarck'schen Körgesetz zum ersten Mal konsequent durchgezogen wurden, denen es zu verdanken ist, dass Deutschland bis heute in der Sportpferdezucht weltweit führend ist.

*Sibylle Luise Binder*

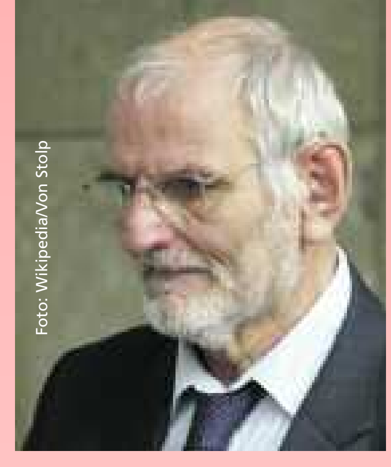
DER DOLCHSTOSS

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München
Preis Goldmark 1.10.

# Moment der Woche

Es war eine gemeine und feige Lüge mit fatalen Folgen. Die Dolchstoßlegende gilt als einer der Hauptgründe für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg der Nationalsozialisten. Danach haben konservative Militärs fälschlicherweise behauptet, dass die deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg unbesiegt gewesen seien, dass sie erst durch oppositionelle vaterlandslose Zivilisten, die sogenannten Novemberverbrecher, einen „Dolchstoß von hinten“ erhalten hätten. Durch diese „Fake-News“, die in den Medien damals weite Verbreitung fanden (Foto), seien viele Gründerväter der Weimarer Republik mit dem Ruch des Verrats behaftet gewesen, heißt es.

Eine sensationell andere Sicht der Dinge bieten nun allerdings die Thesen des renomierten Weltkriegsexperten Gerd Krumeich (kleines Foto). Für den 72-jährigen




emeritierten Professor für Neuere Geschichte in Düsseldorf, hat die Dolchstoßlegende einen wahren Kern. In der „FAZ“ und in der „Welt“ bezweifelt er, dass die deutschen Streitkräfte Ende 1918 so entscheidend geschwächt waren, dass sie den Kampf nicht hätten fortsetzen können. Feldherr Erich Ludendorff habe die damalige deutsche Regierung im Herbst 1918 daher nicht aufgefordert, zu kapitulieren, sondern mit den Alliierten nur einen zeitweiligen Waffenstillstand auszuhandeln. Chef-Unterhändler Matthias Erzberger von der Zentrumspartei tat dann im Wald von Compiègne anderes.

Es seien eben vor allem die Zivilisten gewesen, die den Krieg satthatten und nur zu gern der Illusion folgten, dass man ohne den abgedankten Kaiser einen glimpflichen Frieden bekommen könne. Und obwohl dieses Kalkül nicht aufging, habe ein erheblicher Teil der Linken die deutsche Kriegsschuld akzeptiert und damit den Forderungen der Sieger in die Hände gearbeitet.

Im Interview mit der „Welt“ äußerte der als eher links geltende Krumeich auch sein Befremden darüber, wie schnell man selbst mit „differenzierten Argumenten“ zum Kriegsende in die rechte Ecke gestellt würde. *FH*

# Tödliche Hypochondrie

## Die Deutschen und die Masern – Wenn Schrullen zur Gefahr werden

Die Deutschen sind ein bisschen kompliziert“, sagt Michael Rotert, der Vorstandschef des Verbands der deutschen Internetwirtschaft. Die Deutschen neigen sehr zu hysterischen Ängsten, sagte Altkanzler Helmut Schmidt. Schon Heinrich Heine schaute den Deutschen tief in die Seele, als er sagte: „Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten, wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten“.

Deutschland im Wolkenkuckucksheim erträumt sich die Welt, wie sie sein sollte, und bemerkt gar nicht, wie sie tatsächlich ist. Das spiegelt sich gut im Neurotizismus-Index wider. Unter Neurotizismus versteht man eine genetisch bedingte Verminderung der psychischen Belastbarkeit. Bei entsprechenden Individuen führt sie unter hohen Anforderungen zu neurotischen Symptomen, zum Beispiel Ängste, Depressionen, hypochondrische Befürchtungen, hysterische Verhaltensweisen. In den Neurotizismus-Index fließen übrigens auch Daten über Suizid und Suchterkrankungen.

Neben Japan, Italien und Österreich liegt Deutschland beim Neurotizismus-Index regelmäßig ziemlich weit vorn. Die genannten Länder sind auch die, die den Zweiten Weltkrieg verloren haben und nach ihren Aggressionen auch selbst entsetzlich aggressive Kriegshandlungen einstecken mussten, wie etwa das Flächenbombardement auf deutsche Städte.

Auch die Sprache als eine Funktion des Denkens spiegelt die Charakteristika der deutschen Seele gut wider. Spätestens seit der Reformation sprechen die Franzosen von „Lourds Allemands“, der deutschen Schwere. Von „German Angst“, der möglichen Nachwirkung aus dem 30-jährigen Krieg, der zum großen Teil auf deutschem Territorium ausgetragen wurde, oder „Le Waldsterben“ ganz zu schweigen. Aber die Sprache, insbesondere die Schreibart mit der Großschreibung des Substantivs, die es so nur in Deutschland gibt, kann durchaus auch auf den Hang zur Genauigkeit, zum präzisen Erfassen des Wesentlichen hindeuten. Bis zum Faustischen ist es dann nicht mehr allzu weit. Vieles wörtlich nehmen, sich allen Idealen unterordnen, das Ganze, verbunden mit einer gewissen inneren Unruhe und dem Bedürfnis, etwas Großes zu bewirken. Die Erhöhung des Ideals und die damit einhergehende Realitätsverweigerung haben in der deutschen Geistesgeschichte Tradition, angefangen in der Romantik, der Gegenbewegung zur Aufklärung, der Abwendung von den Naturwissenschaften. Gemessen daran sind die Impfgegner die Essenz des deutschen Wesens.

### Eine Studie über Nebenwirkungen war schlichtweg gefälscht

Über die Skurrilitäten und Schrullen einer Nation kann man sich köstlich amüsieren. Und ob die Antiimpfideologie ein deutsches Spezifikum ist, bleibt letztlich psychohistorische Spekulation. Überhaupt nicht spekulativ ist es aber den Tod von Menschen zu riskieren – etwa, wenn sie die Masern bekommen. 35 Menschen starben 2017 an dieser – gar nicht so harmlosen – Kinderkrankheit, die manchmal auch bei Erwachsenen zu lebensbedrohlichen Komplikationen wie Lungen- und Hirnentzündungen führt.

In Deutschland wurden 2017 dreimal mehr Masernfälle gezählt als im Vorjahr. Nun wird wieder einmal ein Gesetz zur Pflichtimpfung wie in Italien diskutiert. Das ruft natürlich die Empörung der Achtsamkeitsapostel hervor. Reflexartig empfehlen sie, sogar ideologisch verbohrte Impfgegner dort abzuholen, wo sie stehen. Nicht zwingen, sondern überzeugen will man sie. Doch das wird nicht gelingen. Denn den Impfideologen stört selbstverständlich auch nicht, dass eine Ende der 90er Jahre vorgelegte Studie, die Autismus als Nebenwirkung einer Impfung ergeben hatte, schlichtweg gefälscht war. Dass gravierende Nebenwirkungen durch Impfungen nahezu eine Rarität sind. Oder dass laut Schätzung der WHO im Jahr 2000 ungefähr 50 Prozent der 1,7 Millionen durch Impfung vermeidbaren Todesfälle bei Kindern durch Masern verursacht waren. Es ist die Frage, wie viele Maserntote – auch in Deutschland – es noch geben muss, bis das Impfgesetz beschlossen wird. Eine Toleranz für Impfgegner wäre die denkbar schlechteste Option. Hier kann der Klügere nicht nachgeben, denn schon viel zu oft haben sich die Unbelehrbaren durchgesetzt. *Burkhard Voß*

*Der Autor arbeitet als Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie in Krefeld. 2017 erschien sein Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit“ (SolibroVerlag).*

# Furien mit Ehering

## Bei häuslicher Gewalt scheint die Sachlage klar: Männer sind immer die Täter, Frauen stets die Opfer – Oder etwa nicht?

**Wenn aus Liebe Hass wird und aus Hass Gewalt, können sich Menschen die schlimmsten Dinge antun. Das gilt für Männer und Frauen. Studien belegen, dass beide Geschlechter gleichermaßen handgreiflich werden können.**

Als die psychisch gestörte US-Amerikanerin Lorena Bobbitt ihrem schlafenden Mann wegen einer herbeihalluzinierten Vergewaltigung den Penis abschnitt, frohlockte Alice Schwarzer Anfang 1994 in der „Emma“: „Sie hat ihren Mann entwaffnet ... Eine hat es getan. Jetzt könnte es jede tun. Der Damm ist gebrochen, Gewalt ist für Frauen kein Tabu mehr ... Amerikanische Hausfrauen denken beim Anblick eines Küchenmessers nicht mehr nur ans Petersilie-Hacken ... Da muss ja Frauenfreude aufkommen ... Endlich!“ Dabei übersah die eifernde Ikone des Feminismus freilich, dass häusliche Gewalt gegen Männer – und zwar nicht nur in Form von angeblicher oder tatsächlicher Notwehr – längst gang und gäbe war.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen seit den 1980er Jahren, wie groß die Bereitschaft von Frauen ist, handgreiflich zu werden: In den meisten Fällen stellten die Forscher fest, dass die Gewalt zu gleichen Teilen von beiden Geschlechtern ausgeht. Manche Untersuchungen sehen Männer sogar häufiger als Opfer von Attacken denn als Täter. Zu diesem Befund kamen beispielsweise die Soziologen Siegfried Lamnek, Jens Luedtke und Ralf Ottermann sowie auch der Berliner Politologe Peter Döge. Dessen Recherchen zufolge haben 45 Prozent der Männer, aber nur 41 Prozent der Frauen schon einmal häusliche Gewalt am eigenen Leib erlebt. Diese Zahlen wurden 2013 vom Robert-Koch-Institut bestätigt: Ganz offensichtlich seien Frauen „häufiger als Männer Ausübende körperlicher Partnergewalt, aber auch Ausübende von Gewalt gegenüber sonstigen Familienmitgliedern.“ Dennoch würden die Themen „Frauen als Gewalttäterinnen“ und „Männer als Gewaltopfer“ immer noch weitgehend tabuisiert.

Oder es hagelt Kritik von Seiten der Feministinnen. Dagegen wandte sich John Hamel, der Herausgeber der Zeitschrift „Partner Abuse“ (Missbrauch von Partnern), die 2013 das Ergebnis einer großangelegten Studie von 42 Wissenschaftlern an 20 Universitäten vorstellte, welches ebenfalls lautete, dass Männer und Frauen in Beziehungen gleichermaßen körperliche als auch psychische Gewalt ausüben: „Unser Forschungsprojekt basiert auf den Prämissen, dass jeder das Recht auf eine eigene Meinung hat, aber nicht auf seine eigenen Fakten.“

### Freude über die Frau, die ihrem Mann den Penis abtrennte

Des weiteren forderte er, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt auf der Basis von gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen vorzunehmen, „anstatt auf der Grundlage von Ideologie und Gruppeninteressen“.

Genau das sehen Radikalfeministinnen wie Monika Schröttle aber ganz anders: Zuerst behauptete die langjährige Projektleiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Bielefeld und heutige Koordinatorin des European Network on Gender and Violence (ENGV) in einem Interview mit dem evangelischen Magazin „Chrismon“, es gebe überhaupt keine Belege dafür, „dass Frauen und Männer gleichermaßen Opfer und TäterInnen bei Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen seien.“ Dann relativierte sie diese Aussage im vorigen Jahr unter dem Druck der Fakten, wonach sie freilich wiederum die Tatsachen nach eigenem Gusto verdrehte: Ein „vorsichtiger Datenvergleich“ lege zwar nahe, „dass Männer etwa gleich häufig wie Frauen mindestens einmal eine körperlich aggressive Handlung durch eine/n Beziehungspartner/in erlebt haben“ – gleichzeitig seien „sie aber selten von schwerer, bedrohlicher und wiederholter Gewalt betroffen“.

Doch das stimmt ebenfalls nicht, wie eine Meta-Analyse des deutschen Soziologen Bastian Schwithal zeigt, der mehrere hundert Studien anderer Forscher ausgewertet hatte: Tatsächlich ist es so, „dass ein höherer Anteil von Frauen schwere Gewalt gegenüber einem Intimpartner gebraucht als umgekehrt. Das Verhältnis von Männern und Frauen im Hinblick auf ‚verübte Gewalt‘ ist 47 Prozent zu 53 Prozent.“ Ja, Frauen treten sogar im Falle von sexuellen Übergriffen als Täterinnen auf, wie andere Untersuchungen belegen: Hier liegt ihr Anteil immerhin auch noch bei 42,1 Prozent.



Eheliche Probleme ausdiskutieren und gemeinsam Lösungen finden? Davon halten auch manche Frauen wenig. 45 Prozent aller Männer haben schon häusliche Gewalt erlebt Bild: action press

### Betroffene Männer gelten als Lügner oder als Weichei

Allerdings zeichnen die offiziellen Statistiken ein abweichendes Bild: Glaubt man den Angaben des Bundeskriminalamts oder des Familienministeriums, beträgt der Anteil der männlichen Opfer von Gewalt in der Beziehung um die 18 Prozent. Das liegt aber lediglich an der Scheu vieler Männer, die Taten ihrer Partnerin zur Anzeige zu bringen. Dann nämlich schlägt ihnen Unglaube entgegen oder sie werden der Lächerlichkeit preisgegeben. Manche Betroffene sprechen sogar von nachfolgender „institutioneller Gewalt“ seitens der Polizei beziehungsweise der Jugendämter. So kommt es vor, dass verprügelte Männer auch noch die gemeinsame Wohnung räumen müssen oder man ihnen den Umgang mit ihren Kindern verbietet, weil die Frauen behaupten, in „Notwehr“ gehandelt zu haben.

Angesichts all dessen steht jeder Mann, der zum Opfer häuslicher Gewalt wurde, vor einem unauflösbaren Dilemma: Wendet er sich an die Behörden, gilt er entweder als Lügner oder als „Weichei.“ Schlägt er zurück, dann ist er das „Monster“, welches die Frau „misshandelt“. Womit die Welt von Hasspredigerinnen wie Alice Schwarzer weiter heil bleibt. *Wolfgang Kaufmann*





## MELDUNGEN

### Buchvorstellung in Potsdam

**Potsdam** – Am Sonnabend, 7. April, um 15 Uhr wird im Vortragssaal des Potsdam Museums Denis Dunajewskis Buch „Die Garnison in Königsberg/Pr. 1255–1945“ vorgestellt. Der Autor der Monografie ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtmuseum von Königsberg sowie ein Kenner deutscher Militärgeschichte. Der Vortrag über das umfangreiche Werk wird durch Lichtbilder unterstützt. Das alte Königsberg war nicht nur Keimzelle des preußischen Staates und Krönungsstätte preußischer Könige, sondern auch ein berühmter Garnisonstandort in Ostpreußen. Die wechselvolle Geschichte von Königsberg als wichtigem Militärstandort im Osten wird auf 384 Seiten mit 366 teils erstmals veröffentlichten Fotos ausführlich behandelt. Der begleitende Text ist in deutscher und russischer Sprache verfasst. Veranstalter der Buchvorstellung ist der Arbeitskreis Militärgeschichte im Förderverein des Potsdam Museums. Der Eintritt ist frei. *PAZ*

### Amtsgerichte wenig effektiv

**Elbing/Braunsberg** – Wegen mangelnder Effektivität wurden die Vorsitzenden der Gerichte in Elbing und Braunsberg abberufen. Das hat polnische Justizminister mitgeteilt. Durchgeführte Analysen der Arbeitsqualität im ersten Halbjahr 2017 hatten zu dem Ergebnis geführt, dass die Amtsgerichte im südlichen Ostpreußen besonders schlecht ausgelastet seien. *PAZ*

# Bürger kämpfen für die »grüne Lunge«

## Nach zahlreichen Protesten in Königsberg: Gouverneur verspricht ein neues Baumschutzgesetz

**In Königsberg regt sich seit geraumer Zeit Widerstand gegen verfehlte Baumpflegemaßnahmen der Stadt, der in zahlreichen Protestveranstaltungen auf öffentlichen Plätzen mündete. Schließlich fanden die Umweltschützer Gehör bei Gouverneur Anton Alichanow, der eine Überarbeitung des Baumschutzgesetzes in Aussicht stellte.**

Zu einer Protestkundgebung in der Nähe des Kosmonauten-Denkmals hatte vor Kurzem die Facebookgruppe „Alleen im Königsberger Gebiet“ aufgerufen. Auf Plakaten forderten deren Teilnehmer: „Wir wollen eine Garten- und keine versumpfte Stadt!“ und „Schneiden Sie die Bäume nicht bis auf die Wurzeln zurück“. Die Aktivisten starteten außerdem eine Unterschriftensammlung zum Erhalt der Grünanlagen in Königsberg, die sie Gouverneur Anton Alichanow überstellten. Dieser hat inzwischen reagiert, wohl vor dem Hintergrund, dass der russische Präsident Wladimir Putin Königsberg im Rahmen seines Wahlkampfs einen Besuch abstattete.

Der Gouverneur verfügte, dass diejenigen, die über Fällgenehmigungen verfügen, entweder für gefällte Bäume neue pflanzen oder an die Gemeinde, auf deren Territorium die Fällaktionen stattfinden sollen, eine Ausgleichsgebühr zahlen.

Laut Alichanow ist das geltende Gesetz nicht mehr aktuell und eine Novelle unter Berücksichtigung der neuen Realitäten erforderlich. Er versprach, innerhalb eines Monats einen neuen Gesetzesentwurf zu entwickeln. Die Arbeit an der veränderten Version des Gesetzes von 2006 soll unter Einbeziehung ausgewiesener Experten und Vertretern der Öffentlichkeit sowie Umweltschützern erfolgen. Die Regionalregierung erklärte, dass man bei der Ausarbeitung ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der Bäume, die anstelle der gefällten gepflanzt werden, legen werde.



Verabredeten sich über Facebook: Baumschützer vor dem Kosmonauten-Denkmal Bild: J.T.

Einige Tage zuvor hatten die Aktivisten das Fällen von Bäumen im Südpark verhindert. Mitglieder der Gruppe hatten den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Hintergrund war, dass die Stadtverwaltung zuvor die Direktion der städtischen Landschaftsparks angewiesen hatte, im Südpark 38 Weiden und Pappeln zu fällen. Die Stadt hatte neben dem Südpark für den Bau eines Zugangs zum Stadion „Lokomotive“, das als Trainingsplatz während der Fußball-WM genutzt werden soll, 226 Bäume zum Fällen freigegeben.

Die Umweltschützer führen Buch: In den vergangenen drei Jahren verschwanden in Königsberg 17 810 Bäume, die durch nur 3351

### Zahl toter Bäume wächst jährlich

Neuanpflanzungen ersetzt wurden. Auch die Anzahl der neu gepflanzten Bäume nehme Jahr für Jahr ab. Die Stadtverwaltung zahle den Unternehmern rund 80 Euro für die sogenannte „Verjüngung“ eines Baumes, was aber in der Regel dessen Verstümmelung bedeute. Das Entfernen der Krone und das Zurücklassen von Stümpfen führe dazu, dass die Pflanze im Frühling nicht genug Blätter ansetzen könne, um Nährstoffe aufzunehmen. Die Folge: Der Baum stirbt. Bemerkenswert sei, dass es in der Stadtverwaltung keine Spezialabteilung gibt, die sich mit Grünflächen und der Pflege durch Ausgleichspflanzungen auskennt.

Dabei gab es schon 1947 in Königsberg eine Baumschule, in der Setzlinge angebaut wurden. Deren Mitarbeiter kümmerten sich darum, rechtzeitig neue Bäume zu züchten. In den 1990er Jahren wurde die Baumschule allerdings aufgegeben.

Der Groll der Bürger ist verständlich. In den vergangenen zehn Jahren ist im Zuge großer Fällaktionen – was teilweise mit Bautätigkeit im Zusammenhang steht, aber auch mit stümperhaften Pflegemaßnahmen – der Baumbestand in Königsberg deutlich zurückgegangen. Auch der Beginn dieses Jahres war durch einen massiven Baumschnitt in der ganzen Stadt gekennzeichnet. Allein im Januar hatten die Behörden 321 Fällgenehmigungen ausgestellt. Auf Dutzenden Straßen sind für 2018 weitere Rückschnitte angeblich „gefährlicher Äste“ geplant. Es herrscht das Vorurteil vor, dass ein riesiger Baum faule und potenziell gefährlich sei. Handelt es sich um eine Pappel, müsse sie unbedingt wegen ihres schwachen Wurzelsystems beseitigt werden. Geht es um eine Weide, handele es sich bei ihr um eine Pflanze, die das Gras schädige und deshalb weg müsse. Als Grund für das Fällen von Bäumen gab die Stadtverwaltung die Sorge um die Sicherheit der Bürger an. Dafür müsste man aber eigentlich nur die unteren störenden Äste wegschneiden, die Krone formen und nicht alle Äste entfernen.

Ein weiterer Grund für das Massenfällen der Bäume ist die Fußball-WM, deretwegen das massive Rückschneiden der Bäume als Verbesserungsmaßnahme vorgenommen wird. Allein für diese „Verbesserung“ wurden aus dem Haushalt der Stadt über 280 000 Euro bereitgestellt, während für neue Grünanlagen angeblich die Mittel fehlen. Für die Rettung von Bäumen ist angeblich kein Geld da, für das Fällen schon? Jedenfalls wird der Lebensraum der ehemaligen Gartenstadt Königsberg mit der Zeit immer hässlicher. Die Zahl der Bäume, die Abgase und Staub absorbieren könnten, nimmt stark ab. Die Initiative des Gouverneurs war längst überfällig. *Jurij Tschernyschew*

# Quo vadis, Allenstein?

## Erhalt des bisherigen Hauptbahnhofs gegen Bestrebungen für einen Neubau: Die Auseinandersetzungen gehen weiter

Anfang Februar entschied der Denkmalpfleger der Woiwodschaft Ermland-Masuren Dariusz Barton, den Hauptbahnhof von Allenstein nicht in das Denkmalregister einzutragen. Die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Bahnhofs und seines Umfelds sind damit jedoch noch nicht vorbei; die Antragsteller auf einen Eintrag ins Register haben ihren Widerspruch beim zuständigen Minister angekündigt.

Bis Anfang der 1970er Jahre wurde am Hauptbahnhof von Allenstein noch das aus der Vorkriegszeit stammende, umgebaute Bahnhofsgebäude genutzt. Der neue Bau, am 30. Dezember 1971 der Nutzung übergeben, war damals einer der modernsten seiner Art im südlichen Ostpreußen. Insbesondere die direkte Verknüpfung von Bahn- und Autobusbereich in einem Bauwerk war innovativ. Der Büroturm vor dem eigentlichen Bahnhof folgte einige Jahre später, ist aber integraler Bestandteil des Komplexes. Inzwischen wirken alle Gebäude vernachlässigt, ihre Bausubstanz ist aber – wie sich bei einem Ortstermin zeigte – in Ordnung, einer Renovierung und weiteren Nutzung stünde bautechnisch also nichts im Wege.

Die bis heute andauernden Diskussionen entzündeten sich vor etwa fünf Jahren, als der Vorschlag eines Bahnhofsneubaus im Raum stand. Der Stadtrat von Allenstein gab im November 2013 grünes Licht. Wie Alfred Czesla in der Dezemberausgabe 2015 des „Mitteilungsblatts“ der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen ausführte, sollte „er ein schlüssiges Ganzes mit dem städtischen System der Autobus- und Straßenbahnlinien darstellen [und] in das Projekt eines Integrierten Kommunikationszentrums eingetragen [sein]“. Diese „Verbindung von Passagiertransport, Dienstleistungen und Handel“ sollte nach seinen Informationen bis Ende 2017 ohne öffentliche Mittel verwirklicht werden.

In diesem Projekt kommen die zurzeit dort stehenden Gebäude nicht mehr vor. Dennoch gab es im Jahr 2015 Signale sowohl von der Stadt Allenstein als auch von der Polnischen Staatsbahnen AG (PKP) und einem privaten Investor, dass eine Renovierung der existierenden Bebauung möglich sei. Die Gesellschaft Forum Rozwoju Olsztyna FRO (Forum für die Entwicklung Allensteins) wies im Rahmen der damaligen Debatte darauf hin, dass eine Renovierung günstiger sei als ein Neubau, da das heutige Objekt funktionell sei und es nur einiger Umbauten bedürfe. Der neue Bahnhof wäre außerdem lediglich Anhängsel eines großen Einkaufszentrums. Krzysztof Suchowiecki, der Vizevorsitzende des Vorstands des FRO, ergänzt: „Im weiteren Verlauf hieß es auf einmal, dass die PKP ein eigenes, kleineres Gebäude planen, das aber nur im Rahmen einer Ausschreibung und keines architektonischen Wettbewerbs entstehen soll.“



Futuristisch: Modell des zukünftigen Bahnhofs Bild: urbanity.pl

Eine Einbettung ins städtebauliche Umfeld fände in diesem Fall nicht statt. Aus Sicht der Urbanistik ist hingegen der jetzige Bahnhof Hauptbezugspunkt in seiner stadtplanerisch unorganisierten Umgebung. Auf dem Bahnhofsvorplatz sind ein riesiges Rondo, nicht gepflegte Grünflächen, Gehwege und Parkplätze, fast die gesamte Fläche ist nicht genutzt oder gestaltet. Lediglich die Endhaltestelle der Straßenbahn bringt etwas Struktur hinein. Eine Renovierung des bestehenden Bahnhofs mit flankierenden Maßnahmen böte eine Chance zu einer Gestaltung, ein Neubau kann diese Frage ebenfalls nicht außer Acht lassen.

Im Frühling 2017 entschlossen sich das FRO, die Allensteiner Abteilung der Gesellschaft der polnischen Architekten sowie die Gesellschaft der Denkmalpfleger dazu, eine Eintragung des Bahnhofs in das Denkmalregister zu beantragen. Sie begründeten dies unter anderem damit, dass er eines der besten Beispiele des Modernismus auf dem Gebiet des südlichen Ostpreußen und ein wertvolles künstlerisches Werk mit einer klaren räumlichen Komposition sei. Außerdem habe er einen historischen Wert als Zeugnis der Entwicklung großer Verkehrseinrichtungen sowie wegen der Überreste des Bahnhofs der Vorkriegszeit. Auch auf die Gestaltung des Innenraums unter anderem mit künstlerisch wertvollen Mosaiken wurde hingewiesen.

Der Denkmalpfleger der Woiwodschaft Barton hat sich der Argumentation der drei Organisationen nicht angeschlossen. Am 7. Februar lehnte er den Eintrag des Komplexes des Hauptbahnhofs ins Denkmalregister ab. Eingetragen werden jedoch wegen ihres historischen Werts die Überdachungen der Bahnsteige, da sie die Geschichte des ersten Bahnhofs aus dem 19. Jahrhundert dokumentieren. Als Begründung der Ablehnung erwähnte er unter anderem die Umgestaltungen des Bahnhofs, die zu einem Verlust der Authentizität geführt haben, und die komplizierten Eigentumsverhältnisse des Objekts.

Gegen die Entscheidung des Denkmalpflegers ist ein Widerspruch zulässig; die Antrag stellenden Organisationen haben bereits angekündigt, Widerspruch einzulegen. Die Auseinandersetzungen um den Allensteiner Hauptbahnhof gehen also weiter. *Uwe Hahnkamp*

# Strikt zurückzuweisen

## Die polnischen Reparationsforderungen aus völkerrechtlicher Sicht: Keinerlei Rechtsgrund für heutige Forderungen

**Die von der polnischen Regierung gegenüber Deutschland öffentlich erhobenen Reparationsforderungen in Höhe von 840 Milliarden Euro haben hierzulande unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Mehrheitlich schwanken sie zwischen Empörung und Kopfschütteln. Verständnis gibt es dafür kaum. In Polen dagegen findet diese Forderung gemäß einer Umfrage die Zustimmung einer Mehrheit von über 60 Prozent der Bevölkerung. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob und gegebenenfalls welche Rechtsgrundlagen für diese Forderungen in Frage kommen könnten. Daran sollen sich einige politische Überlegungen anschließen, die aus dem Ergebnis der rechtlichen Analyse abgeleitet werden können.**

Die polnische Regierung führt an, dass ihr Anspruch auf Reparationsleistungen aus dem Zweiten Weltkrieg herzuleiten sei. Am 1. September 1939 habe Deutschland Polen rechtswidrig überfallen und große Teile des Landes bis 1945 besetzt gehalten. Während der Besatzung sei es zu Kriegsverbrechen größeren Ausmaßes, insbesondere an der Zivilbevölkerung gekommen.

Das erste hier zu hinterfragende Dokument ist das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das gewissermaßen die Funktion eines Vorfriedensvertrages einnahm. In dessen Abschnitt IV, der die „Reparationen aus Deutschland“ regelte, heißt es unter Ziffer 2: „Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an Reparationen befriedigen.“ Diese Bestimmung stellt klar, dass sich Polen bezüglich der Reparationen an die UdSSR, nicht an Deutschland, zu wenden hatte und hat.

Die Reparationsansprüche der UdSSR sollten ihrerseits gemäß Ziffer 1 „durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden“. In Ergänzung dazu war in Ziffer 4 vorgesehen, dass die UdSSR als von den Kriegslasten am meisten betroffene Macht überdies industrielle Ausrüstungen aus den westlichen Besatzungszonen erhalten sollte, wozu es aber wegen des schon bald beginnenden Kalten Krieges nicht kam.

Am 22. August 1953 schloss die Sowjetunion in Abstimmung mit Polen eine Vereinbarung mit der DDR, in der die vollständige Beendigung der Entnahme von Reparationen aus der DDR mit Wirkung vom 1. Januar 1954 verkündet wurde. Ab diesem Zeitpunkt sei die DDR von der Zahlung der „noch verbleibenden Reparationsverpflichtungen befreit“. Dabei wurde in dieser Vereinbarung davon ausgegangen, dass „Deutschland schon einen bedeutenden Teil seiner finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen“ erfüllt habe. Der Verzicht auf weitere Reparationen bezog sich mithin nicht nur auf die DDR, sondern auf Deutschland als Ganzes. Obwohl die Sowjetunion diese Erklärung auch im Namen Polens abgegeben hatte und eine zusätzliche Mitteilung Polens eigentlich überflüssig gewesen wäre, bekräftigte die Regierung Polens am 24. August 1953 diese Feststellung der UdSSR noch einmal ausdrücklich in einer eigenen Proklamation.

Nach dieser für Polen völkerrechtlich verbindlichen Verzichtserklärung hätte die polnische Regierung im Laufe der Jahrzehnte viele Gelegenheiten gehabt, etwaige Ansprüche gegenüber Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg anzumelden. Dies geschah jedoch nicht, auch nicht anlässlich der Verhandlung oder des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge, in denen grundsätzliche Fragen der bilateralen Beziehungen geregelt wurden. Dazu zählen insbesondere der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, der Vertrag zwischen Deutschland und Polen über die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze vom 14. November 1990 und der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991.

Gerade der letztgenannte Vertrag gilt als Eckpunkt für die Neugestaltung der bilateralen Beziehungen. Wenngleich er Vermögensfragen nicht ausdrücklich behandelt, so gründete Deutschland doch in diesem Zusammenhang einen freiwilligen Fonds für die Entschädigung polnischer Opfer des Nationalsozialismus. Darüber hinaus wurde eine deutsch-polnische Stiftung zur Aussöhnung ins Leben gerufen. Dafür stellte die Bundesregierung – ohne Anerkennung einer Rechtspflicht – mehrfach Beträge in Millionenhöhe für Opfer des NS-Regimes zur Verfügung. Nur am Rande sei erwähnt, dass sich Deutschland später mit Nachdruck für die Mitgliedschaft Polens in der EU eingesetzt und als größter Nettozahler ganz wesentlich die Summen mit aufgebracht hat, die Polen als größter Beihilfeempfänger aus den EU-Töpfen seither erhalten hat.

Eine wichtige Zäsur trat schließlich mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 ein. Es besteht weitgehend Einigkeit darin, dass dieser Vertrag die Rolle eines Ersatzfriedensvertrages einnimmt, zumal die völkerrechtliche Praxis seit vielen Jahrzehnten davon ausgeht, dass militärische Konflikte nicht mehr zwingend mit einem formellen Friedensvertrag beendet werden müssen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag macht bereits in seinem Titel deutlich, dass er eine „abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ darstellt, das heißt, alle bis dahin aus dem Zweiten Weltkrieg noch offenen Fragen zwischen den Teilnehmerstaaten endgültig regelt. Als Hauptverantwortliche der „Antihitlerkoalition“ waren die vier alliierten Großmächte zu dieser abschließenden Regelung ermächtigt, wie beispielsweise auch Artikel 107 der UN-Charta zu entnehmen ist. Polen war zwar nicht Vertragspartner, genoss aber das Privileg, während der Vertragsverhandlungen gehört zu werden. Indes trug der polnische Vertreter auch bei dieser Gelegenheit keine Reparationswünsche seines Landes vor. In der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 nahmen die Unterzeichnerstaaten, darunter Polen, den Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages „mit großer Genugtuung zur Kenntnis“.

> Polen hat schon 1953 verbindlich auf Ansprüche verzichtet

Damit wird deutlich, dass es für die derzeitigen polnischen Reparationsforderungen keinerlei Rechtsgrund gibt. Vielmehr hat Polen die Geltendmachung derartiger Ansprüche dadurch verwirkt, dass es 1953 einen ausdrücklichen Verzicht auf weitere Reparationen gegenüber Deutschland ausgesprochen und seither bis 2017 deutlich zu erkennen gegeben hat, dass es derartige Forderungen nicht zu erheben gedenkt. Nach dem völkerrechtlichen Estoppel-Prinzip ist der nunmehr aufgetretene Gesinnungswandel in Gestalt der plötzlich von Polen vorgebrachten Reparationsforderungen rechtlich irrelevant, das heißt, das polnische Vorgehen ist vom Völkerrecht nicht gedeckt und hat keine Aussicht auf Erfolg.

Auch von Einzelpersonen erhobene individuelle Schadensersatzansprüche für Kriegsschäden finden im geltenden Völkerrecht keine Grundlage. Das haben von Griechenland und Italien gegen Deutschland angestrengte Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und vor dem Internationalen Gerichtshof bestätigt. Beide Gerichte hatten derartige Ansprüche in den Jahren 2002 beziehungsweise 2012 als unbegründet zurückgewiesen.

Aus diesem rechtlichen Befund ergeben sich einige politische Schlussfolgerungen:

1. Mit der Reparationsforderung über 840 Milliarden Euro rührt die polnische Regierung an der europäischen Sicherheitsarchitektur, die im Ergebnis jahrelanger Verhandlungen im KSZE- beziehungsweise OSZE-Format sowie auf bi- und multilateraler Ebene mühsam erarbeitet wurde und für Europa Frieden und Stabilität gebracht hat. Das sind unschätzbar hohe Werte, die vor allem auch in den Verträgen über die gegenseitige Anerkennung der Grenzen sowie im Zwei-plus-Vier-Vertrag ihren Niederschlag gefunden haben. Alle diese Dokumente bilden ein zusammenhängendes Paket. Wenn Polen nun versucht, um etwaiger eigener finanzieller Vorteile willen das Paket einseitig aufzuschnüren und einen Teil davon zu Neuverhandlungen aufzulegen, so ist nicht auszuschließen, dass damit jene Kräfte in Deutschland auf den Plan gerufen werden, denen der Verlust eines Viertels des Territoriums im Osten Deutschlands im Jahr 1945 und damit die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sehr schwer gefallen ist. Polen beginnt also mit seinen ungerechtfertigten Forderungen, die Errungenschaften der europäischen Sicherheit rückabzuwickeln. Darüber hinaus zerstört die polnische Regierung damit das gegen viele Widerstände aufgebaute Vertrauen, indem sie den eigenen verbindlichen Verzicht auf weitere Reparationszahlungen aus dem Jahre 1953 im Jahre 2017 faktisch für ungültig erklärt.

2. Polen war und ist ein schwieriger Nachbar und ein oft schwer berechenbarer Bündnispartner. Die Ursache dafür liegt wohl vor allem in der besonders ausgeprägten Tradition einer betont nationalen beziehungsweise nationalistischen Politik, die zwar Solidarität von anderen Partnern einfordert, ihnen aber dieselbe nicht in gleicher Weise zu geben bereit ist.

Deutschland und Polen sind zwar beide Mitgliedstaaten von EU und NATO und haben insofern in Grundfragen gemeinsame Interessen. Zugleich aber gibt es Interessenunterschiede, die nicht geleugnet werden können, beispielsweise im Verhältnis zu Russland. Gewiss durch eigene Erfahrungen gespeist, steht Polen prinzipiell in Frontstellung zu Russland und hat sich – fest an der Seite der USA – für die Stationierung von NATO-Truppen an der Grenze zu Russland stark gemacht. Es ist zugleich entschieden für EU-Sanktionen gegen Russland eingetreten. Deutschland hingegen hat andere geschichtliche Erfahrungen in den Beziehungen zu Russland gemacht und sollte dies auch nachdrücklicher als bisher zur Geltung bringen. So ist es schwer nachzuvollziehen, dass sich Deutschland, das Russland 1941 angegriffen und dort einen Krieg geführt hat, in dem 25 Millionen Russen ihr Leben gelassen haben, heute an der Seite anderer NATO-Einheiten mit Soldaten wieder an der Grenze zu Russland militärisch präsent ist. Auch wenn dies aus Solidarität mit Polen und den baltischen Staaten geschehen sollte, so ist dies doch unsensibel und geschichtsvergessen.

Aber auch mit der Teilnahme an den wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegenüber Russland tut sich Deutschland keinen Gefallen, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch der deutschen Wirtschaft großer Schaden zugefügt wird. In beiden Fällen wäre eine stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen vonnöten. Eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland wäre ohne die Preisgabe von Prinzipien beispielsweise dadurch möglich, dass künftig in Verträgen über die Zusammenarbeit mit Russland der eigene Rechtsstandpunkt zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und gegebenenfalls zu jenen die Ostukraine betreffenden Fragen ausdrücklich fixiert wird.

3. Dass Polen gemäß einer Mitteilung des stellvertretenden Justizministers derzeit auch die Geltendmachung von Reparationsforderungen gegenüber Russland prüft, ist symptomatisch für die nationalistische Ausrichtung der Politik der polnischen Regierung. Sie versucht damit offensichtlich, die in innenpolitischen Fragen tief gespaltene polnische Gesellschaft auf einem nachbarschaftsfeindlich-nationalistischen Pfad wieder zusammenzuführen. Dies scheint – wie die schon erwähnte Umfrage zeigt – zumindest in Teilen zu gelingen. Allerdings ist das Entfachen derartiger Emotionen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, umso mehr, als Polen nun fast zeitgleich zwei seiner Nachbarländer herausfordert. Damit werden nicht nur die bilateralen Beziehungen, sondern auch die Stützmauern der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit beschädigt. Deutschland sollte indes unbeirrt die Bemühungen um eine gute Nachbarschaft mit Polen fortsetzen, zugleich aber dabei die eigenen Interessen wahren und ungerechtfertigte polnische Forderungen wie die nach Erbringung von Reparationsleistungen strikt zurückweisen. *Gerd Seidel*

*Der Verfasser war bis 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Erstveröffentlichung des Textes in: WeltTrends – Das außenpolitische Journal Nr. 134 (Dezember 2017).*

Liebe *PAZ*-Leser,

leider müssen wir Sie informieren, dass Frau Geede gestürzt ist und sich den Arm gebrochen hat. Der Bruch wurde zwischenzeitlich operativ korrigiert. Frau Geede befindet sich auf dem Weg der Besserung. Die Mitarbeiter der Redaktion und Landsmannschaft Ostpreußen hoffen, dass sie bald gesund ist und ihre Tätigkeit für die PAZ wieder aufnehmen kann.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Oberschlesier als Stütze des polnischen Fußballs

## Eine Region bildet bis heute das Gerüst der sportlichen Erfolge

Was bist Du verdammt für ein Schlesier?!“ soll Zbigniew Boniek, Präsident des Polnischen Fußballverbandes (PZPN) nach einem verpatzten Spiel der polnischen gegen die englische Nationalmannschaft 2013 zu Kamil Glick vorwurfsvoll gesagt haben. Für Boniek bedeutet ein Schlesier zu sein vermutlich so viel, wie mit einem Gütesiegel für Fleiß, Kampfgeist und Schlitzohrigkeit ausgestattet zu sein. Ein (ober-)schlesischer Spieler sei talentiert, technisch überragend und tanze nicht aus der Reihe, sondern arbeite uneigennützig für die ganze Mannschaft. Es gab Zeiten, da die Oberschlesier fast die gesamte polnische Nationalmannschaft stellten. Bei den bislang 89 polnischen Fußballmeisterschaften haben oberschlesische Klubs insgesamt 31 Mal gesiegt. Ruch Königshütte und Gornik Hindenburg obsiegten 14 Mal, Polonia Beuthen zweimal, Schomberg Beuthen (Szombierki Bytom) einmal. Hinzu kommt, dass der 1. FC Kattowitz, GKS Kattowitz, AKS Hindenburg, GKS Tychau und Piast Gleiwitz polnische Vizemeister waren. Im Grunde wurde dem 1. FC Kattowitz (zuvor Preußen Kattowitz) der Titel durch Schiedsrichterentscheidungen vermutlich gesteuert verwehrt.

Der erste Oberschlesier in der polnischen Nationalmannschaft war der 1903 in Kattowitz geborene Torwart Emil Görlitz. Görlitz spielte im Klub der deutschen Minderheit 1.FC Kattowitz, dem in polnischer Zeit sein alter Name „Preußen“ verweigert wurde und der das 1. FC zunächst sogar versteckt in englischer Schreibweise tragen musste. Zu den oberschlesischen Stars des polnischen Fußballs gehörten vor dem Krieg Ernst Willimowski, der ein 0:4 gegen Brasilien zwischenzeitlich im Alleingang in ein 4:4 verwandelte, Gerhard Cieslik in den 50. Jahren, Wlodzimierz Lubanski aus Sosnitza bei Gleiwitz in den 60ern. Von den zahlreichen Aussiedlern in der Bundesliga wie Miroslav Klose, Klaus Zaczyk, Raphael Schäfer, Darius Kampa, Sebastian Schendzielorz, DDR-Oberligaspielern wie Damian Halata und Dariusz Wosz oder dem Weltmeister von 1954 Fritz Laband ganz abgesehen.

In der Heimat war nach dem Krieg Gerhard Cieslik für viele Oberschlesier ein Idol. Als er 1957 zwei Tore im Spiel gegen die Sowjetunion im „Schlesischen Stadion“ zu Königshütte schoss und Polen 2:1 siegte, wurde er auch an der Weichsel zur Legende.

Als ganz Polen nach dem Krieg die Hauptstadt Warschau aus Trümmern – häufig mit Steinen aus Schlesien – aufbaute, sollten auch die besten Fußballer des Landes für den Warschauer Militärklub Legia spielen. Das wollte Ruch-Ass Cieslik auf keinen Fall. Er konnte damals den sozialistischen Arbeiteraktivisten Wiktor Markiewka für sich gewinnen. Markiewka soll die Parteigenossen in Warschau gewarnt haben, dass – wenn Cieslik nach Warschau gehe – die oberschlesischen Gruben und Hütten stehen blieben, heißt es in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“. Andere oberschlesische Spieler hatten weniger Glück. In den besten Ligaspielzeiten 1955 und 1956 spielten gleich zehn Oberschlesier. Unter ihnen der in Ruda geborene Ernst Pohl, der nach Beendigung seines Wehrdienstes in seine Heimat zurückkehrte und damit den Erfolg seines Klubs Gornik Hindenburg begründete. Heute trägt das Gornik Hindenburg-Stadion Pohls Namen.

Die einst besten polnischen Fußballklubs Gornik Hindenburg und Ruch Königshütte haben ihre letzten Meisterschaftstitel vor 30 Jahren geholt, und trotzdem haben diese beiden Klubs treue Anhänger, die auch außerhalb dieser Städte leben. „Beweis dafür sind die oberschlesischen Autokennzeichen aller Städte, die während der Spiele in Stadionnähe parken“, sagt der Journalist und Autor Dawid Smolorz aus Gleiwitz, der selbst bekennender Gornik-Fan ist. Er ist keine Ausnahme, denn die Stadt Gleiwitz wird von Gornik beherrscht, obwohl seit einigen Jahren meist Piast Gleiwitz die Nase vorn hat. Doch Oberschlesier und Piast-Fan zu sein, geht im Grunde kaum.

In Warschau erinnert man sich noch daran, wie nach dem gewonnenen Spiel gegen den Vizeweltmeister Tschechoslowakei 1964 fast die gesamte Mannschaft in den Zug nach Kattowitz stieg, denn diese Nationalspieler stammten alle aus Oberschlesien. Fast ein Rückgriff auf Willimowskis Zeiten. Rückblickend erinnerte sich Willimowski Anfang der 90er Jahre an seine Zeit in der polnischen Nationalmannschaft: „Es herrschte eine großartige Kameradschaft, wobei beim gemütlichen Beisammensein auch deutsche Lieder gesungen wurden. Wir Ostoberschlesier unterhielten uns deutsch.“ *Edmund Pander*




## ZUM 106. GEBURTSTAG

**Bach**, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, am 25. März

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Rudorf**, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. März
**Venohr**, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Bruhnke**, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März
**Riehl**, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Baumgart**, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
**Kesting**, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März
**Negraßus**, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März
**Schwartz**, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Büttner**, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 30. März
**Chedor**, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März
**Harmsen**, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März
**Kensy**, Helmut, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. März
**Langkeit**, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
**Neumann**, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, 26. März
**Schönwald**, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März
**Schulz**, Marie, geb. **Rama**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 25. März
**Walka**, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Casper**, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März
**Gryzewski**, Werner, aus Lyck, am 25. März
**Krause**, Luise, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
**Kühl-Kyjewski**, Willi, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
**Maxim**, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
**Rudolph**, Asta, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 28. März
**Scheyko**, Edith, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. März

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Geniffke**, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
**Kepp**, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 24. März
**Knischewski**, Ernst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. März
**König**, Hildegard, geb. **Kaupat**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 23. März
**Körber**, Lucie, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 26. März
**Oertwig**, Rosemarie, geb. **Titius**, aus Wehlau, am 24. März
**Rehra**, Walter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 28. März
**Sender**, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März
**Staffeldt**, Helene, geb. **Roy**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 24. März

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Heitger**, Bernhard, aus Stuhr, am 27. März
**Kling**, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
**Kuhn**, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März
**Maier-Solgk**, Roswitha, geb. **Luft**, aus Lötzen, am 23. März
**Mix**, Irmgard, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, am 27. März
**Murach**, Wilma, geb. **Arndt**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März
**Paluschtzik**, Magdalena, geb. **Tobies**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 29. März
**Plautz**, Hildegard, geb. **Berndt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. März
**Schmidt**, Charlotte, geb. **Legien**, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 25. März
**Schnitzler**, Erika, geb. **Sdunek**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 26. März
**Schulewski**, Ernst, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 24. März
**Senf**, Erich, aus Wolfengrund, Kreis Ortelsburg, am 24. März

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Dander**, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März
**Kurbjuweit**, Erna, geb. **Kaiser**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. März
**Martini**, Christel, geb. **Müller**, aus Timmendorfer Strand, am 27. März
**Pawellek**, Helene, geb. **Masannek**, aus Neidenburg, am 23. März
**Rega**, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März
**Schönfeld**, Martha, geb. **Artischewski**, aus Statzen. Kreis Lyck, am 24. März
**Steinbrich**, Hildegard, geb. **Kozziol**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. März
**Stöllger**, Berthold, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 23. März
**Wesolowski**, Renate, geb. **Huck**, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Alexi**, Heinrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 27. März
**Bahlo**, Reinhold, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März
**Bednarz**, Erich, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 25. März
**Gaber**, Traute, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 29. März
**Hoff**, Elli, geb. **Pudert**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 28. März
**Kallinowski**, Manfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
**Lask**, Ernst, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 29. März
**Lohmeyer**, Ella, geb. **Elzner**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
**Lotz**, Irmgard, geb. **Tuttas**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
**Mengel**, Maria, geb. **Friedel**, aus Lyck, am 24. März
**Scholz**, Edith, geb. **Wilkat**, aus Augstutschen-Rehwalde, Kreis Schloßberg, am 27. März
**Sokolowski**, Günter, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März
**Staiger**, Luise, geb. **Holstein**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. März
**Strüver**, Ernst-August, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 24. März
**Szogas**, Edit, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
**Wittkowski**, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Aschert**, Vera, geb. **Keller**, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 23. März
**Baeske**, Gertrud, geb. **Piorunek**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 29. März
**Baustian**, Edeltraut, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März
**Bendig**, Manfred, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 25. März
**Conrad**, Arno, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 28. März
**Dahmer**, Frieda, geb. **Hering**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 28. März
**Dormeyer**, Gertraud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. März
**Drewnianka**, Arnold, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. März
**Eickholt**, Dora, geb. **Treidel**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 29. März
**Fink**, Erwin Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. März
**Haase**, Anita-Agnes, geb. **Bartkowiak**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. März
**Kauer**, Elfriede, geb. **Schlemminger**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 23. März
**Klockhaus**, Waltraud, geb. **Strasdeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. März
**Kriwath**, Jürgen, aus Wehlau, am 26. März
**Müller**, Irmgard, geb. **Budzinski**, aus Neidenburg, am 28. März
**Poel**, Reinhold, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 26. März
**Riedemann**, Waltraud, geb. **Zius**, aus Narzawen, Kreis Ebenrode, am 26. März
**Sdorra**, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 27. März
**Sokollek**, Erhard, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. März
**Srehlau**, Günter, aus Königsberg, am 27. März
**Theobald**, Liselotte, geb. **Badziong**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 28. März
**Warschun**, Ilse, Örtliche Gruppe Magdeburg, am 23. März
**Weiß**, Renate, geb. **Splieth**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 28. März
**Wünsche**, Else, geb. **Kothe**, aus Ortelsburg, am 24. März
**Zeranski**, Margarete, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 24. März

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Annanias**, Horst, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 28. März
**Balzer**, Regine, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 29. März
**Bäsmann**, Eckhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 27. März
**Berndt**, Gerlinde, geb. **Dworski**, aus Neidenburg, am 25. März
**Chucher**, Gerhard, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 26. März
**Dudda**, Edith, geb. **Osygus**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 29. März
**Fröhlian**, Erich, aus Lyck, am 24. März
**Gieseler**, Hartmut, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 28. März
**Herse**, Renate, geb. **Breitmoser**, aus Ebenrode, am 24. März
**Herzmoneit**, Günter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 24. März
**Huber**, Edelgard, geb. **Anhut**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. März
**Koch**, Hans, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. März
**Kohphal**, Ruth, geb. **Milarzik**, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 27. März
**Kokott**, Helene, geb. **Krause**, aus Kleinschläfken, Kreis Neidenburg, am 28. März
**Kratky**, Erika, geb. **Schumacher**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 23. März
**Lamprecht**, Inge, geb. **Schwiderowski**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 29. März
**Prozies**, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. März
**Sakrent**, Hildegard, geb. **Schimanski**, aus Batzdorf, Kreis Neidenburg, am 29. März
**Schwöppe**, Rita, geb. **Mertin**, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 28. März
**Trost**, Eva, geb. **Goeritz**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 27. März
**Urbigkeit**, Hedwig, geb. **Lange**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 24. März
**Wegner**, Dorothea, geb. **Kempka**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 27. März
**Wilck**, Christel, geb. **Gudrian**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 28. März
**Wildhage**, Eva-Maria, geb. **Deyda**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 25. März

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Böhm**, Brigitte, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 27. März
**Burbulla**, Dieter, aus Ortelsburg, am 29. März
**Kannengießer**, Margit, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. März
**Kluge**, Gisela, geb. **Müller**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 23. März
**Neumann**, Elke, geb. **Killus**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 23. März
**Tuttas**, Ulrich, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 28. März





## TERMINE DER LO

**2018**
**7. bis 8. April:** Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
**16. bis 18. April:** Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
**20. bis 22. April:** Kulturseminar in Helmstedt
**16. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
**14. bis 16. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt
**8. bis 14. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt
**20. Oktober:** 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
**2. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
**3. bis 4. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
**12. bis 15. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

*Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de*

# Die Heimattreffen 2018

Auf einen Blick: Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine unserer Heimatkreise bis zum Dezember

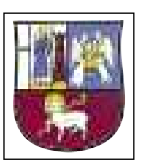
## Allenstein-Stadt



**Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September**, Gelsenkirchen: **63. Jahrestreffen.**

**Sonnabend, 8. September**, Schloss Horst, Gelsenkirchen: **Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft und der Kreisgemeinschaft Allenstein.**

## Allenstein-Land



**Sonnabend, 14. April,** 11 Uhr, Sitzungs-Saal, Rathaus, Schulstraße 7, 49170 Hagen: **5. Mitgliederversammlung**. Tagesordnungspunkt 9: Satzungsänderung zur Fusion mit der Stadtgemeinschaft Allenstein. Ergänzendes Informationsmaterial zum Punkt 9 kann bei Bedarf per Mail zur Verfügung gestellt werden: Hans-Peter Blasche, Lanker Straße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 171812 90, E-Mail: HP.Blasche@web.de

**Sonntag, 25. März,** 10 Uhr, Sankt Antonius Gemeinde, (Telefon 0201/505570), Kütings Garten 3, 45279 Essen: **Kirchspieltreffen** Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Steinberg, Polleiken, Klaukendorf, Groß Kleeberg und Groß Purden. Informationen: Ernst Langkau, Von-Lauff-Straße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133) 61177.

**Sonntag, 7. April,** 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, Essen: **Kirchspieltreffen** Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigswalde. Information: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

**Sonnabend, 26. Mai,** Gemeindesaal, Herz-Jesu-Gemeinde, Hölterweg 4, 44894 Bochum: **Kirchspieltreffen Göttkendorf**. Info: Gerd Sawitzki, Hölterweg 4, 44894 Bochum, Telefon (0234) 230624

**Sonnabend, 2. Juni,** Örkenweg 60, 33739 Bielefeld: **Kirchspieltreffen** Neu-Kaletka. Information: Helene Gzyborra, Westfalenstraße 20 A, 33647 Bielefeld, Telefon (0521) 431289.

**Sonnabend, 8. September,** 15 Uhr, Schloss Horst, Gelsenkirchen: **Heimattreffen.**

## Angerapp



**Sonntag, 20. Mai,** 11 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35, Handeloh: **Jahreshaupttreffen.**

**Sonntag, 8., bis Donnerstag, 19. Juli: 12-tägige Busreise** nach Angerapp, Masuren, zur Kurischen Nehrung und ins Königsberger Gebiet. Eine Teilnahme ist für Jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen: Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.

## Angerburg



**Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September**, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme): **64. Angerburger Tage.**

## Bartenstein



**Sonnabend, 1. September**, Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, 31582 Nienburg/Weser: **Kreistreffen.**

## Braunsberg



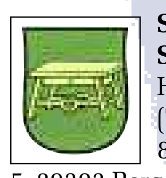
**Sonnabend, 29., bis Sonntag, 30 September**, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster: **Jahreskreistreffen** mit diesem Programm:

**Sonnabend, 29. September**
15 Uhr; Mitgliederversammlung

**Sonntag, 30. September**
8.30 Uhr: Gottesdienst in der Hl. Geist-Kirche,
10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie, Festvortrag von Professor Christopher Spatz zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“. Empfang durch die Patenstadt Münster, gemeinsames Mittagessen, Ausblick auf die weitere Arbeit, Ausklang des Tages.

Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie, Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145. E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.

## Ebenrode



**Sonnabend, 9., bis Sonntag, 10. Juni,** Hotel Michaelishof (Telefon 05051/8870), Hauptstraße 5, 29303 Bergen: **Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen.** Anmeldung: Gerhard Kuebart, Telefon (05261) 88139, E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com.

**Donnerstag, 19., bis Sonnabend, 28. Juli: Jahresfahrt** mit den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schloßberg nach Nord-Ostpreußen. Ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten. Anfragen: Reisebüro Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de

**Freitag, 1., bis Sonntag, 3. Juni,** Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg: **Schülertreffen.** Anmeldung: Hotel Heidehof, Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.

**Sonnabend, 30. Juni,** Brasserie am Schloß (Telefon 04171/ 606200), Schloßplatz 5, 21423 Winsen/Luhe: Ganztägiges **Ostpreußentreffen** der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode,

**Sonnabend, 30. Juni,** Brasserie am Schloß, 21423 Winsen/Luhe: Hauptkreistreffen. Die ordentliche **Mitgliederversammlung** der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) findet ab 14 Uhr statt.

**Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August,** Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, in 21762 Otterndorf: **Kinderferienlager.** Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

**Donnerstag, 26. Juli bis Sonntag, 5. August: Jugendbegegnung in Ostpreußen,** in Lasdehnen und in Königsberg. Anmeldung: Norbert Schattauer, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

## Elchniederung



**Sonnabend, 24. März,** Köthen: **Nachbarschaftsgespräch** mit Tilsit und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).

**Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. April,** Bad Bentheim-Nordhorn: Außerordentliche **Deligiertenversammlung.**

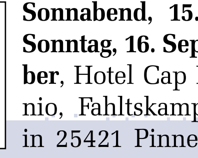
**Sonnabend, 26. Mai,** Eitorf/Sieg: Nachbarschaftstreffen mit Tilit und Tilsit-Ragnit.

**August,** Heinrichwalde: Teilnahme am **Stadtfest** und Übergabe der Bruderhilfe mit Gottesdienst.

**Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September,** Bad Nenndorf: **Kreistreffen/Mitgliederversammlung** und Delegierten-Versammlung.

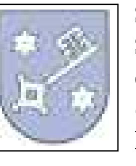
**Heimatgruppe Hamburg:** Treffen jeweils dienstags um 14 Uhr 15. Mai, 25. September und 4. Dezember im Niendorfer Kirchenweg 17.

## Fischhausen

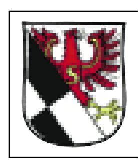
**Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September,** Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, in 25421 Pinneberg: **Heimattreffen.** Am Sonntag findet das Kreistreffen im Museum der Kreisgemeinschaft, Fahltskamp 30, seine Fortsetzung.

## Gerdauen

**Sonnabend, 13., bis Sonntag, 14. Oktober,** Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: **Hauptkreistreffen.**

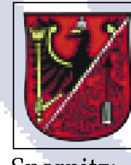
## Goldap




**Sonnabend, 21. Juli:** 1. Goldaper **Gartenfest** am Haus der Heimat in Goldap. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, museum @goldap.de

**Freitag, 7., bis Sonntag. 9. September:** Goldaper **Heimattreffen** in Stade. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.

## Gumbinnen



**Sonnabend, 24. März,** 11. bis 17 Uhr, Landhotel Spornitz, Am Alten Dütschower Weg 1, 19372 Spornitz: **51. Gesamtdeutsches Heimattreffen** des ostpreußischen Regierungsbezirks. Informationen: Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon/Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.

**Sonnabend, 24. November: 52. Heimattreffen.**

## Heiligenbeil

**Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. April,** Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: **Kreistag.**

**Freitag 20., bis Sonntag, 22. April,** Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18 , 38707 Altenau: **30. Sondertreffen Zinten-Land und Stadt.**

## Heilsberg

**Herbst: Kreistreffen** der Kreisgemeinschaft. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

## Insterburg

Voraussichtlich im **September: 66. Jahreshaupttreffen** in Krefeld.

**Heimatgruppe Darmstadt:** jeweils sonnabends, 11.30 Uhr, Stammtisch am 14. April, 16. Juni, 25. August und 6. Oktober) in der Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen. Am 1. Dezember, 11 Uhr, Weihnachtsfeier im Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

**Heimatgruppe Köln:** jeweils mittwochs am 28. März, 25. April, 23. Mai, 27. Juni, 25. Juli. 22. August, 26.September und 24. Oktober in der Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Am 5. Dezember: Weihnachtsfeier. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

**Heimattreue Insterburger:** Vom 8. bis 10. Juni: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.

**Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück:** Frühjahrstreffen am 14. April um 14 Uhr, Herbsttreffen am 27. Oktober um 14 Uhr. Alle Veranstaltungen in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück, jeweils sonnabends. Nähere Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

**Heimatgruppe Sachsen:** Jahresrückblick 2017, Beisammensein, Lieder und Gedichte am 24. März um 14 Uhr – Vortrag über die Eröffnung der ersten O-Bus-Linie in Insterburg im Jahr 1936 am 23. Juni um 14 Uhr – Jubiläumsfeier mit buntem Programm zum 25-jährigen Bestehen der Heimatgruppe Sachsen am 22. September um 14 Uhr – Weihnachtsfeier am 15. Dezember um 12 Uhr. Alle Termine in der DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau (Ortsteil Marienthal). Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

**Heimatgruppe Hamburg:** Frühlingsfest mit Liedern und Vorträgen am Mittwoch, 4. April, 12 Uhr – Monatstreffen mit buntem Programm am Mittwoch, 2. Mai, 12 Uhr – Videovortrag oder Autorenlesung am Mittwoch, 6. Juni, 12 Uhr – Im Juni geplante Tagesfahrt ins Blaue – im Juli findet kein Monatstreffen statt – kultureller Vortrag oder Autorenlesung am Mittwoch, 1. August. 12 Uhr – Videovortrag oder Autorenlesung am Mittwoch 5. September, 12 Uhr – Erntedank mit herbstlichen Liedern und Gedichten am Mittwoch, 3. Oktober, 12 Uhr – Gedichte und Geschichten am Mittwoch, 7. November, 12 Uhr – Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten am Mittwoch, 5. Dezember, 12 Uhr. Alle Veranstaltungen finden im Veranstaltungsraum Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg statt. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

**Heimatgruppe Thüringen:** Gartentreff bei Familie Jung, Obergasse 17, 99100 Bienstädt, am 3. Juni 14 Uhr – Mitgliedertreffen im Egapark Erfurt, Gothaer Straße, am 5. August 14 Uhr – Weihnachtsfeier im Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31, am 8. Dezember, 14 Uhr. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjboehlke@gmail.com.

**Heimatgruppe Schwerin:** jeweils mittwochs, um 12.00 Uhr gemeinsame Treffen am 18. April, 18. Juli, 19. September und 14. November. Weihnachtsfeier am Sonnabend, 15. Dezember.Die Treffen finden in der Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt statt. Vom 28. Juni bis 5. Juli acht-Tage-Fahrt nach Insterburg. Anmeldung und nähere Informationen bei: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

**Heimattreffen der Schwägerauer, Eichensteiner und Waldhausener:** 13. bis 16. Mai im Hotel Jägerklause, Schmalkalden (Thüringen). Anmeldung bitte bis 11. April an Siegfried Schulz, OT Braunsberg 6, 18276 Zehna oder Telefon (038458) 50552.

## Johannisburg



**Dienstag, 1. Mai,** 10 Uhr bis 16 Uhr, Goldenen Ring, Burgplatz 21, Düsseldorf: 35 Johannisburger **Kreistreffen.** Leitung: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

**Sonntag, 2. September,** 9 Uhr, Parkhotel Wittekindshof, Westfalendamm 270, Dortmund: 63. Johannisberg Hauptkreistreffen. Die Festveranstaltung beginnt um 11 Uhr. Leitung: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518 und Klaus Downar, Telefon (05321) 4592901.



Braunsberg und Preußisch Eylau: Bei den Treffen der Kreisgemeinschaften spricht der Historiker Christopher Spatz zum Thema Wolfskinder

Bild: privat

## Königsberg-Stadt



**Sonnabend, 22. September,** 11-17 Uhr, Ehemaliges Museum Stadt Königsberg, Fürstenstraße 14, 47051 Duisburg: **Treffen der Stadtgemeinschaft.**

## Königsberg-Land



**Freitag, 13., bis Sonntag, 15. April,** Hotel Intercity (Telefon 05141/2000), Nordwall 20, 29221 Celle: **Treffen Groß Otternhagen.**

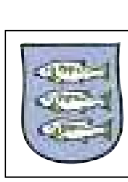
## Labiau



**Sonnabend, 9. Juni,** 9 Uhr, Kleingartenverein „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91. 04157 Leipzig. Die Landesgruppe Sachsen, die Kreisgemeinschaften Labiau und Wehlau und der Verein Samland laden zum **Regionaltreffen.** Ostpreußen aus allen Teilen sind herzlich willkommen. Anmeldung bei: Eberhard Grashoff Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon: (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

**Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September:** Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: **Hauptkreistreffen.** Am 7. September Liederabend mit dem Chorensemble „Legende“ aus Königsberg, 19 Uhr in der St. Severi-Kirche zu Otterndorf. Am 8. September Hauptkreistreffen in der Stadthalle. Beginn ist um 9 Uhr. 9. September: Programm im Patenkreis. Weitere Informationen bei Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. E-Mail: kreisgemeinschaft-labiau@t-online.de.

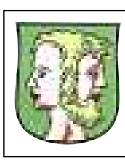
## Lötzen



**Sonntag, 10. Juni,** evangelische Kirche zu Lötzen (Gizycko) und evangelische Kirchgemeinde von Rhein (Ryn): Feiern zur der Goldenen, Diamantenen und Eisernen **Konfirmation.**

**Sonnabend, 25., bis Sonntag, 26. August,** Neumünster: **Heimattreffen** mit Mitgliederversammlung in der Stadthalle, Kleinflecken 1.

## Lyck



**Sonntag, 15. April,** 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant ZumTucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck: **Regionaltreffen Nord.** Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

**8. bis 17. Juni: Schiffs & Busreise nach Ostpreußen.**

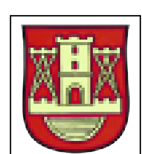
**25. bis 26. August,** Hotel Mercure, Hagen: **Heimattreffen.**

**8. November,** Bremen: **Lycker Treffen.**

Heimattreffen 2017
Fortsetzung auf Seite 17

Heimattreffen 2017
Fortsetzung von Seite 16

## Memel-Stadt, Memel-Land, Heydekrug

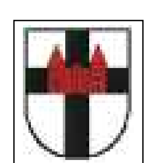


**Sonnabend, 20. Oktober,** Dortmund: Feier zum **70-jährigen Bestehen** der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise.

## Mohrungen

**Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September**, Hotel Esplanade/ L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: **Heimatkreistreffen.** Die Neuwahl des 9. Kreistages erfolgt nach der Wahlordnung am 15. September. Feierstunde und Mitgliederversammlung finden am 16. statt.

## Neidenburg

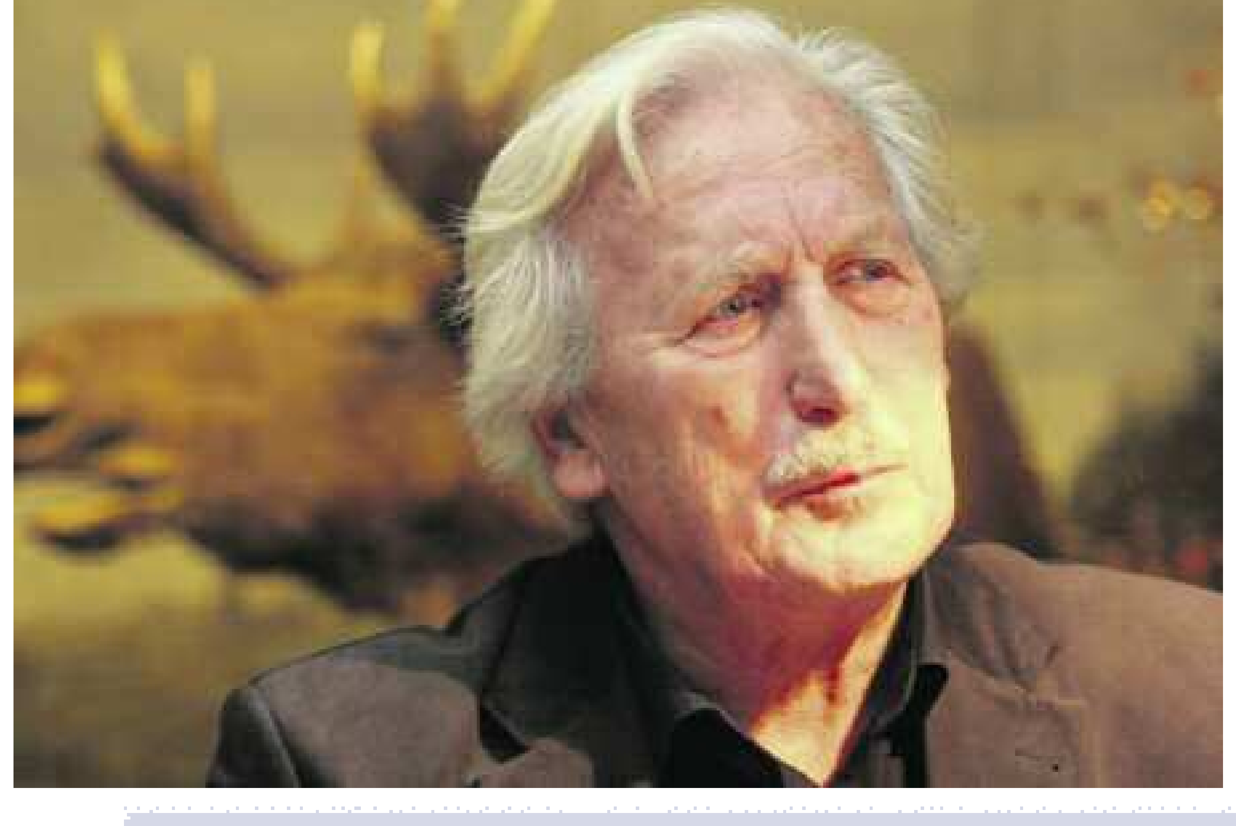


**Sonntag, 2. September**, Politische Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt: **Heimattreffen.**

## Ortelsburg

**Sonnabend, 14. April: Treffen der Landbezirke** Altkirchen, Biebertahl, Ebendorf, Friedrichsfelde, Groß Jerutten, Grünwalde, Klein Jerutten, Langenwalde, Seenwalde und Wildheide (Borken bei Farienen), Damerau, Erben, Gellen, Hirschthal, Kallenau, Kornau, Markshöfen, Mingfen, Rheinswein, Theerwisch, Theerwischwalde und Wildenau (Jablonken), Farienen, Friedrichshof, Groß Blumenau, Lindengrund, Neuwiesen, Waldburg und Wilhelmshof, Alt Kiwitten, Deutschwalde, Friedrichshagen, Friedrichsthal, Fürstenwalde, Groß Leschienen, Höhenwerder, Hügelwalde, Klein Leschienen, Liebenberg, Lilienfelde, Lindenort, Luckau, Neu Kiwitten und Ohmswalde.

**Sonntag, 22. April: Treffen der Landbezirke** Alt Keykuth, Eichthal, Groß Schöndamerau, Hamerudau, Kaspersguth, Kobbelhals, Lehmanen, Leinau, Neu Keykuth, Neuvölklingen, Rohmanen und Ulrichsee.



Osterode (links): Zum Kreistreffen kommt auch Schriftsteller Arno Surminski. Bild: Privat

**Sonnabend, 12. Mai: Treffen der Landbezirke** Flammberg, Großalbrechtsort, Groß Dankheim, Grünlanden, Klein Dankheim, Montwitz, Neufließ, Rodefeld und Rohrdorf, Alt Werder, Borkenheide (Borken, Eckwald, Eschenwalde, Fröhlichshof, Fröhlichswalde, Glauch, Großheidenau, Hellengrund, Jakobswalde, Kahlfelde, Kannwiesen, Klein Heidenau, Neuenwalde, Neu Werder, Paterschobensee, Radegrund, Röblau, Schrötersau, Treudorf, Wacholderau, Wagenfeld und Waldpusch, Babanten, Bottau, Dimmern, Groß Borken, Haasenberg, Kobulten, Moithienen, Parlösen, Pfaffendorf, Rogenau, Rudau, Ruttkau, Saadau und Waldrode, Finsterdamerau, Freudengrund, Groß Schiemanen, Klein Schiemanen, Korpellen Forstamt, Kutzburg, Maldanen, Materschobensee, Schobendorf, Schobensee, Seedanzig, Wiesendorf, Worfengrund, Anhaltsberg, Geislingen, Malschöwen, Mensguth Dorf, Mensguth Vorwerk, Rummau Ost, Rummau, Samplatten, Stauchwitz, Wappendorf, Kirchspiel Willenberg.

## Osterode



**Sonnabend, 15. September,** Stadthalle, Osterode am Harz: **Hauptkreistreffen**. Das Programm:

10.15 Uhr: Versammlung der Mitglieder,

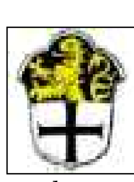
11.15 Uhr: Unterhaltungsprogramm,

14 Uhr: Feierstunde mit Arno Surminski und Beiträgen der Kreismusikschule Göttingen,

16.15 Uhr: Ausklang.

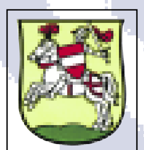
Bereits am Freitag, 14. September, findet um 16 Uhr die Vorstandssitzung statt. Ab 19 Uhr zwangloser Begrüßungsabend mit Abendbrot im Hotel Börgener (Die individuelle Anmeldung direkt beim Hotel, Hoelemannpromenade 10 A, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 90990.

## Preußisch Eylau



**Sonnabend, 15, bis Sonntag, 16. September,** Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, Verden: **Kreistreffen**. Als Referent wird der Historiker Christopher Spatz am 15. September um 15 Uhr zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder" sprechen.

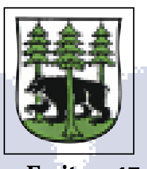
## Preußisch Holland



**Sonnabend, 5. Mai,** Haus der Heimat, Itzehoe: **16. Itzehoer Kulturnacht.**

**Sonnabend, 8. bis Sonntag, 9. September**, Itzehoe: **Jubiläums-Kreistreffen.**

## Rastenburg



**Sonnabend. 18., und Sonntag, 19. August**, Niederrheinhalle, Wesel: 62. **Hauptkreistreffen.**

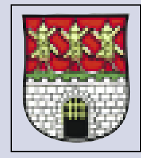
**Freitag, 17., bis Sonntag, 19. August**, 29683 Bad Fallingbostel: **Korschener Treffen.**

## Rößel



**Sonnabend, 15. September,** Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: **Hauptkreistreffen.**

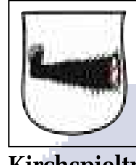
## Schlossberg



**Freitag, 29. Juni,** 14 Uhr, Heimatstube, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe): Treffen der Schloßberger **Schülervereinigung.**

**30. Juni**, Brasserie am Schloß, Schloßplatz 5, 21423 Winsen: **Ostpreußentreffen** der Kreisgemeinschaften Schloßberg (Pilkallen) und Ebenrode (Stallupönen) in Winsen (Luhe).

## Sensburg



**Sonnabend, 7. April**, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 22. **Kirchspieltreffen Hoverbeck**.

**Sonnabend, 7. April**, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: **Ortstreffen Selbongen.**

**Sonnabend, 28. April**, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf,: 23. **Kirchspieltreffen Sorquitten.**

**Sonnabend, 28. April**, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf: **19. Kirchspieltreffen Warpuhnen.**

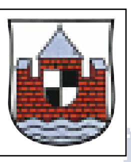
Ebenrode und Schloßberg: Auch in diesem Jahr organisieren die beiden Kreisgemeinschaften im Sommer eine Jugendbegegnung in Ostpreußen. Die erlebnisreiche Reise führt die Gruppe wie in den Jahren zuvor auch nach Königsberg (Foto) Bild: privat

**Sonnabend, 12. Mai**, 15 Uhr, Hindenburgstraße 133, 42853 Remscheid: 57. Traditionelle **Stinthengstwasserung** am Stadtparkteich beim Schützenplatz.

**Sonnabend, 23. Juni,** 8.30 Uhr, Ostenschlahstraße 2, 58675 Hemer: **16. Kirchspieltreffen Ukta** im Paul-Schneider-Haus.

**Sonntag, 26. August,** 8 Uhr, Berufskolleg Technik, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid: Ein gemeinsames **Kreistreffen** mit der Kreisgemeinschaft Treuburg.

## Tilsit-Stadt



**Sonnabend, 26.** Mai, 10 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf: **Dreikreisetreffen** mit Tilsit-Ragnit und der Elchniederung.

## Tilsit-Ragnit



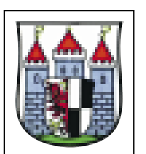
**Sonnabend, 26. Mai,** 10 Uhr, Hotel Schützenhof (Telefon 02243/8870, E.-Mail: info@hotel-schuetzenhof.de), Windecker Strasse 2, 53783 Eitdorf: **Heimatreffen/Regionaltreffen** der Heimatkreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit.

**Montag, 4. Juni:** Hotel Berlin, Alter Weisenweg 11, 29549 Bad Beversen: Schultreffen der **Königing-Luise-Schule** (Anreise: 3. Juni, Rückreise: 6. Juni)

**Ende Juni,** Berlebeck-Detmold: **Schultreffen Birkenfelde** (geplant).

**Freitag, 24. August:** Tilmann-Riemenschneider-Haus, Fuchshaller-Weg 70, Osterode: **Kirchspieltreffen Sandkirchen.**

## Treuburg



**Sonntag, 26. August,** 8 Uhr, Berufskolleg Technik, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid: Gemeinsames **Kreistreffen** mit Sensburg.

## Wehlau



**Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September,** Wessels Hotel, Hauptstraße 33, Syke: **Hauptkreistreffen.** Das Programm:

**8. September**

13 Uhr: Mitgliederversammlung,

17 Uhr: Eröffnung, Berichte über Reisen in die Heimat,

20 Uhr: buntes Abendprogramm,

**9. September**

9.30 Uhr: Gedenken am „Wehlauer Stein",

10 Uhr: Feierstunde in Wessels Hotel unter anderem mit einem Vortrag von Eugen Snegowskew,

15 Uhr: bei Interesse Teilnahme an der Gedenkfeier des BdV Kreisverbands Syke am Mahnmal Deutscher Osten, Mühlenweg,

15.30 Uhr: Besuch des Wehlauer Heimatmuseums, zum „Tag des offenen Denkmals",

17 Uhr: Ende des Treffens

## Rostock ruft am 22. September

Diesen Termin haben viele Kreisgemeinschaften in ihr Ankündigungsprogramm aufgenommen. Kein Wunder: Die großen Ostpreußentreffen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern lokken jedes Jahr Besucher aus ganz Deutschland und darüber hinaus an. Knapp 2000 kamen im letzten Jahr in die Kongresshalle nach Schwerin. In diesem Jahr ist am Sonnabend, 22. September, die Stadthalle Rostock, Südring 90, fürs gemütvolle und ausgelassene Beisammensein gebucht. Die Versanstaltung dauert von 10 bis 17 Uhr. „Wie immer sind alle ostpreußischen Heimatkreise an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliches Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt", schreiben die Organisatoren Friedhelm Schülke und Manfred Schukat.

Mecklenburg-Vorpommern: In diesem Jahr findet das große Ostpreußentreffen in Rostock statt. Im letzten Jahr kamen beinahe 2000 Besucher nach Schwerin Bild: Horns

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

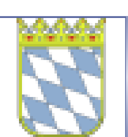
# Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



## BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Buchen** – Dienstag, 27. März, 15 Uhr, Café Breunig, Hainstadt: Österliches Allerlei mit Osterkringel-Essen, Geschichten, mit Rate - und Denkspielen sowie einer Überraschung.



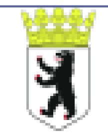
## BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Altmühlfranken** – Freitag, 23. März, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen (Bratkartoffeln mit Sülze). Anschließend liest Marie Luise Rossius aus Werken von Drober, Menges und Lanz.

**Nürnberg** – Dienstag, 27. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Gegenüber der Endhaltestelle der U1): Treffen zum Thema „Ostern in der Heimat“.



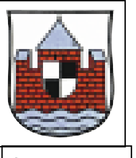



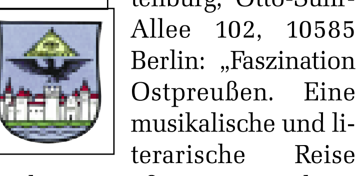
## BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



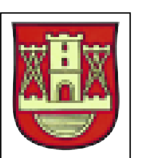
**Königsberg** – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





**Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt** – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: „Faszination Ostpreußen. Eine musikalische und literarische Reise durch Ostpreußen! – Die schönsten Lieder und die romantischsten Gedichte aus der Heimat hat die Mezzosopranin Isabell Kusari für ihr Frühlingskonzert ausgewählt. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.

**– Neugründung! –**

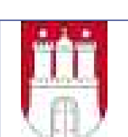


**Memellandgruppe** – Mittwoch, 28. März, 15 Uhr, Restaurant Nolle, Georgenstraße/S-Bahnbogen 203, 10117 Berlin: Hans-Jürgen Müller möchte die Berliner Memellandgruppe neugründen. Es haben bisher schon mehrere Teilnehmerinnen zugesagt. Weitere Informationen: Telefon 40100473 oder (0171) 5483892

## BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

**Landesgruppe** – Dienstag, 10. April, 18 Uhr, Gutenbergstraße 71, Potsdam: Vorbereitender Vortrag zur geplanten Rundreise „Die Burgen des Deutschen Ordens“ vom 17. bis 23. August 2018 (siehe PAZ, Nr 10, Seite 17). Interessierte sind herzlich willkommen. Der Eintritt kostet fünf Euro, für Fahrtteilnehmer ist er kostenlos. Nähere Informationen zur Reise unter Urania Potsdam, Telefon (0331) 291741.

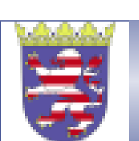


## HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN

**Heiligenbeil** – Zum Frühlingsfest am 6. April im AWO-Seniorentreff in Hamburg-Horn lädt der Vorstand herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchten wir in geselliger Runde fröhliche Stunden miteinander verbringen. Das Fest beginnt um 14 Uhr. Der AWO-Seniorentreff befindet sich im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, Am Gojenbohm 46, 22111 Hamburg. Zu erreichen ist es mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg oder mit U4 Richtung Billstedt. Sie fahren bis zur Station Horner Rennbahn. Hier den Ausgang Gojenboom benutzen. Sie stehen dann direkt vor dem Stadtteilhaus. Gäste sind herzlich willkommen, darum bringen sie gerne Freunde und Verwandte mit. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt fünf Euro. Anmeldungen bei Landsmann K. Wien, Telefon 30067092, oder bei Sabine Radojkovic, Telefon 2503306. Ihr Kommen müssten Sie uns bis zum 4. April mitteilen.



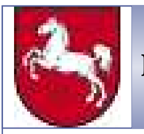
## HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

**Kassel** – Donnerstag, 5. April, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: Unter dem Motto „A.-E. Johann – ein Leben auf Reisen“ stellt Rudi Zülch den Bromberger Schriftsteller vor.

**Wetzlar** – Montag, 9. April, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“: Treffen mit dem Historiker Christopher Spatz (Bremen) zum Thema „Ostpreußens Hungerkinder“. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben mehrere Tausend Kinder in Ostpreußen zurück, die auf sich selbst gestellt waren. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

**Wiesbaden** – Dienstag, 10. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35; Frühlingsnachmittag der Frauengruppe.



## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Braunschweig-Stadt** – Mittwoch, 28. März, Jasperallee (Eingang Sozialverband): Monatsversammlung.

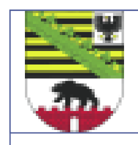


## NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** – Die Zusammenkunft der Ostpreußen findet nun einmalig im Monat im „Haus der Diakonie“, Kreuzstraße 19a in 33602 Bielefeld statt. Beginn des ersten Heimatnachmittags am neuen Treffpunkt ist am 9. April um 14 Uhr.

**Bonn** – Dienstag, 27. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 3. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn Beuel: Monatsveranstaltung..



## SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Treffen zum Thema „Erinnerungen an 25 Jahre LOV“.

**Halle** – Freitag, 6. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Burg auf Fehmarn** – Dienstag, 10. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Monatstreffen. Edmund Ferner zeigt einen aktuellen Lichtbildervortrag von seiner Reise nach Ostpreußen im November 2017 nach Königsberg, Gerdauen, Friedland, Cranz, Rauschen sowie Rossitten und Georgenswalde. Gäste sind herzlich willkommen.

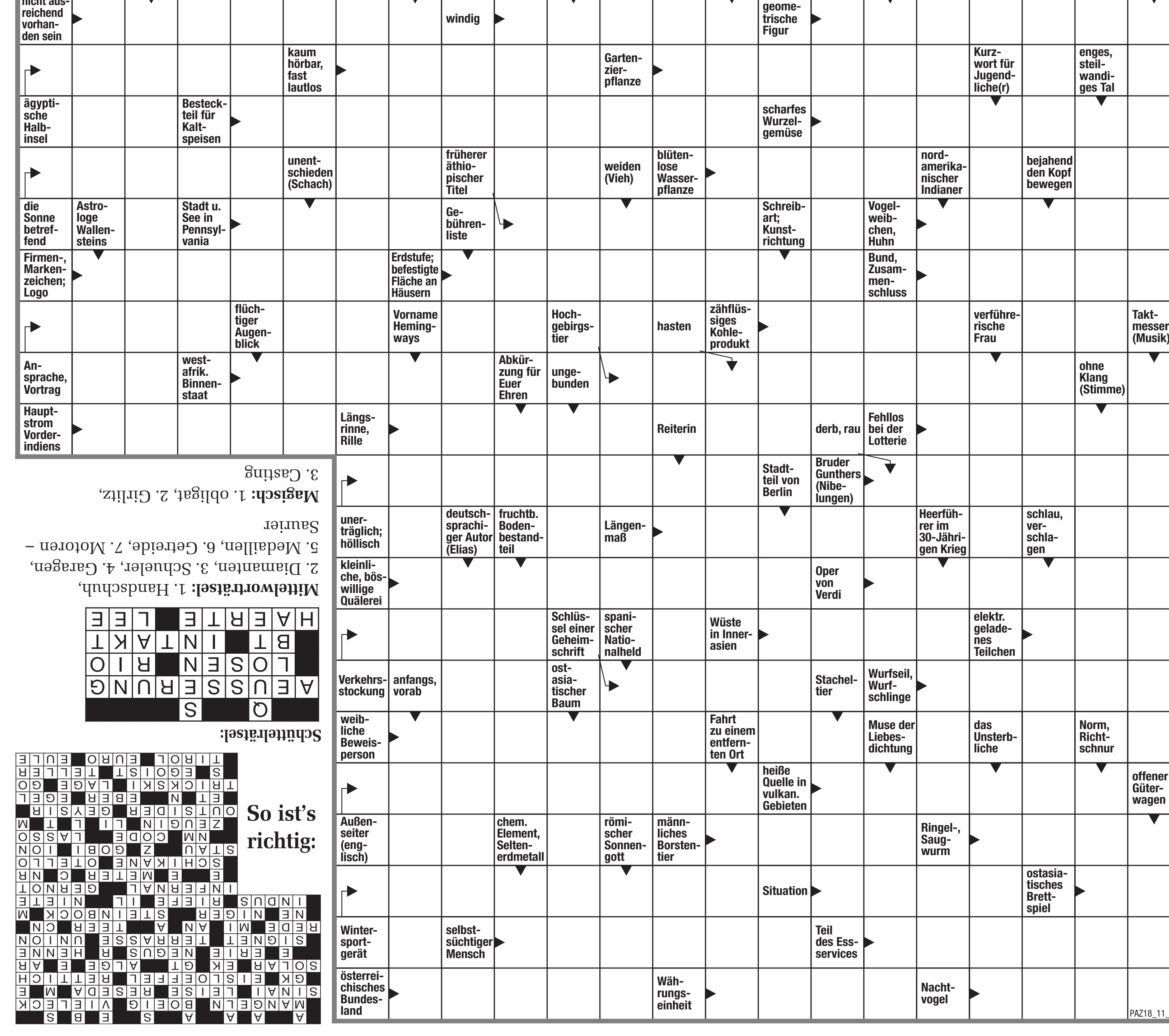
**Flensburg** – Mittwoch, 11. April 2018, 15. Uhr, AWO-Stadtteilcafe Flensburg, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel, dann Vortrag zum Thema „Land, Menschen im Kriegsgebiet Afghanistan“. Referent ist der ehemalige Hauptmann des Sanitätsdienstes, Gerhard Homrich.

**Malente** – Donnerstag, 29. März, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39: Jahreshauptversammlung. Anmeldungen bitte bis Freitag, 23. März, im Blumenhaus Franck, Bahnhofstraße 26, unter Telefon (04523) 2659.

**Mölln** – Mittwoch, 28. März, 15 Uhr, Quellenhof: Zusammenkunft mit dem bekannten Naturfotografen Wolfgang Buchhorn. Er wird uns mitnehmen auf eine Bilderreise in unsere wunderschöne lauenburgische Wald-, Wasser- und Tierwelt. Bei Kaffee, Kuchen oder Torte wollen wir uns auch unterhalten. Vielleicht möchte jemand zudem eine Geschichte oder ein Gedicht zum Besten geben? Wie immer sind auch Gäste herzlich eingeladen!

## Zusendungen für Ausgabe 14

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 14/2018 (Erstverkaufstag: 6. April) bis spätestens Donnerstag, 29. März an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.




## Schüttelrätsel

**In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).**

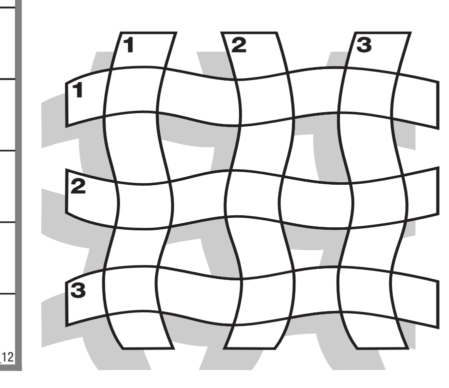
AEEGN RSSUU, ABEL, EOQTU, EIST, EENNS, ALRU, EIKN, EGOT, ELNOS, IOR, AEEH RT, AIKN TT, EEL

## Mittelworträtsel

**Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für eine Urzeitechse.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | BOX | | FACH |
| 2 | ROH | | MINE |
| 3 | MIT | | CHOR |
| 4 | HOCH | | TOR |
| 5 | GOLD | | REGEN |
| 6 | WINTER | | SILO |
| 7 | AUTO | | OEL |

## Magisch



**Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.**

**1** veraltet: unerlässlich (lateinisch)
**2** Finkenvogel
**3** engl.: Rollenbesetzung (Film, TV)

# Das macht Mut!

## Frühlingsfest der Ostpreußen in Anklam

**Aus dem brandenburgischen Oranienburg reiste das Ehepaar Ruth und Konrad Schmidt zum Frühlingstreffen der Ostpreußen am 10. März nach Anklam. Für die *PAZ* schrieben sie einen Bericht über illustre Gäste, ausverkauften Bärenfang und ein zweisprachiges „Ännchen von Tharau".**

Die beiden Veranstalter Manfred Schukat und Friedhelm Schülke haben den vielen Ostpreußen aus dem Norden und der Mitte Deutschlands wieder einen interessanten, besinnlichen und fröhlichen Tag bereitet.

Besonders gefallen hat uns am Vormittag die sehr schöne und unsere Seelen berührende Bläsermusik des Posaunenchors von der Insel Usedom. Es waren viele wohlvertraute Choräle darunter. Das passte auch gut zur Totenehrung, dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied (viele hatten feuchte Augen) und dem sich daran anschließenden Besuch unseres großen Immanuel Kant aus Königsberg. Friedhelm Schülke, der als Kant auftrat, gab interessante Informationen über das Leben des großen Philosophen. Viele Originalzitate würzten seine Rede. Das hat allen viel Freude bereitet – es war ganz still im Saal. Langer Beifall begleitete „Herrn Professor Immanuel Kant aus Königsberg" wieder aus dem Saal. Der Kant-Chor aus Gumbinnen, der extra nur für dieses Treffen die weite Reise gemacht hat, sang in seinem Konzert am Vormittag geistliche Stücke. Es war eine wunderbare musikalische Stunde.

Der Nachmittag war der fröhliche Teil des Treffens: Junge Leute des „Fritz-Reuter-Ensembles" aus Anklam tanzten und turnten – es war eine Freude. Kinder und Jugendliche in bunten Trachten gaben ihr Bestes. Auch wenn beim Walzertanz zunächst plötzlich die Musik ausfiel, es wurde ohne Musik weiter getanzt – einfach ganz große Klasse.

Danach trat der Kant-Chor noch einmal mit Volksliedern zum Ausklang des schönen Tages auf. Ein russisches Volkslied wurde vom Anklamer Friedhelm Schülke mit dem Chor, natürlich auf Russisch, gesungen. Auf Deutsch und Russisch durfte auch „Ännchen von Tharau" nicht fehlen. Da haben viele unter großer Rührung mitgesungen. Zum Schluss erklang noch einmal, von allen gemeinsam angestimmt, das „Ostpreußenlied". Das war sehr bewegend.

Natürlich gab es auch reichlich Gelegenheit zu Gesprächen an den Tischen mit den alten, vertrauten Namen ostpreußischer Städte. Ein großer Büchertisch hatte schöne Angebote. Die große Ladung Bärenfang war schnell ausverkauft. Wir fanden, es waren auch mehr als sonst jüngere Leute unter den Teilnehmern. Das macht Mut!

*Lesen Sie in der nächsten Ausgabe der PAZ den ausführlichen Bericht über das Frühlingstreffen in Anklam.*



Der „Herr Professor aus Königsberg" am Rednerpult: Immanuel Kant alias Friedhelm Schülke Bild: privat

# Wissende erkennen mehr

## Besuch einer Aufführung von „Wolfskinder" in der Neuköllner Oper in Berlin

**Hanneloren Neumann und Gerhard Schröder mussten einst selbst als Hungerkinder im Ostpreußen der Jahre 1945 bis 1947 leben und überleben. Kann eine Theateraufführung ihr Schicksal und das Tausender anderer, die ähnliches erleiden mussten, angemessen darstellen? Sie besuchten in der Neuköllner Oper in Berlin eine Aufführung von „Wolfskinder – Musiktheater für Erwachsene nach Humperdincks Hänsel und Gretel".**

Am 17. Februar fuhren wir in der Frühe mit dem Sprinter von Frankfurt nach Berlin. Am Abend dann die Veranstaltung in der Neuköllner Oper: „Wolfskinder". Unsere Spannung war nicht zu unterdrücken, von Stunde zu Stunde wuchs die Neugierde. Nach zwei geradezu euphorischen Rezensionen in der Berliner Presse waren sämtliche Vorstellungen bereits ausverkauft. Umso dankbarer, überrascht und erfreut übernahmen wir die bereits hinterlegten Karten an der Abendkasse.

Aus dem Programmheft geht hervor, wie die Regisseurin, Ulrike Schwab und die Dramaturgin, Marion Meyer, eine Verbindung der Oper Hänsel und Gretel von Engelbert Humperdinck mit dem Schicksal der Wolfskinder gefunden haben. Des Weiteren kann der Leser des Programmheftes durch den Beitrag „Erinnerungseinsamkeit" des Historikers Christopher Spatz, eine leise Ahnung um die große Tragik und die lebenslangen seelischen Belastungen der ostpreußischen Hungerkinder erhalten. Wissende erkennen mehr. Spatz hat diese so erschreckenden Schicksale in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe" dargestellt. Zeitzeugen haben ihm unter anderem erzählt, „Hunger ist die schlimmste Erfahrung des Lebens". Wie fühlt sich dieser permanente Hunger an? Wir wissen es! Der Zuschauer sollte im Vorfeld mit der Thematik vertraut sein, zumindest sich die Zeit nehmen, das hervorragende Programmheft zu lesen, um die Details der jeweiligen Szenen in der ganzen Tiefe der Tragik zu erkennen.

Einzelne Passagen aus den Erlebnisberichten ostpreußischer Waisen- und Hungerkinder wurden wörtlich wiedergegeben, andere szenisch dargestellt (Beispiel: Wer bist du, wie alt bist du, wann möchtest du Geburtstag haben ..... heute). Das haut den wissenden Zuschauer regelrecht um.



Bild: Neuköllner Oper/Matthias Heyde

Wie fühlt sich permanenter Hunger an? Den sieben jungen Darstellern gelang es, das Schreckliche zu vermitteln

### Ein Musiktheater-Kunstwerk der besonderen Art

Die vermutlich vom Roten Kreuz aufgezeichneten Stimmen der Kinder, die ihre Familien und Verwandten nach der Deportation ab Herbst 1947 über den Kindersuchdienst suchten, wurden durch Lautsprecher übertragen und szenenhaft begleitet. Für uns Betroffene herzzerreißend und sehr, sehr bewegend.

Durch das ganze Stück wurden die bekannten Lieder aus Hänsel und Gretel (zum Beispiel „Abendsegen") eingeflochten. Für den Außenstehenden nicht vorstellbar, aber es passte alles irgendwie zusammen. Ein Musiktheater-Kunstwerk der besonderen Art. Überrascht hat uns die Bühne, die sich mitten im Raum befindet und vollkommen mit einem durchsichtigen Netz eingehüllt war. Die Zuschauer saßen jeweils rechts und links, also zu beiden Seiten der Bühne, hatten aber keinen Blickkontakt miteinander.

Wir bewundern das Team – die Regisseurin Ulrike Schwab, die Dramaturgin Marion Meyer, Markus Syperek, musikalische Leitung und Rebekka Dornhege Reyes, Bühnenbild. Die Verbindung der Oper Hänsel und Gretel mit dem Schicksal der ostpreußischen Hungerkinder ist ihnen hervorragend gelungen.

Es ist uns aber auch bewusst geworden, wie schwer es in der heutigen Zeit ist, „den satten Menschen" das schreckliche Schicksal dieser Kinder nahe zu bringen. Sie waren dem permanenten Hunger ausgesetzt, hatten den Tod ihrer Mütter und Geschwister ertragen müssen, um nicht zu verhungern verließen sie ihre Heimat und gaben ihre Identität auf.

### Die Bühne war mit einem durchsichtigen Netz eingehüllt

Den sieben Darstellerinnen sprechen wir unsere Hochachtung für ihre großartigen Leistungen aus. Jede von ihnen konnte die musikalische, gesangliche, tänzerische Ausbildung zeigen, setzte sich im Team ein und war zudem in die Veränderung des Bühnenbildes eingebunden. Das war 90 Minuten konzentrierter Einsatz, hervorragend spielerisch dargestellt.

Dankend möchten wir erwähnen, dass das Leitungsteam der Neuköllner Oper Berlin sich diesem weitestgehend unbekannten Kinder-Schicksal deutscher Nachkriegsgeschichte angenommen hat. Eine Wiederaufnahme der Inszenierung in den Spielplan der Neuköllner Oper ist bereits ab August 2018 vorgesehen. Für interessierte Leser fügen wir hier die Kontaktdaten ein: Neuköllner Oper, Karl-Marx-Straße 131-133, 12043 Berlin, Telefon (030) 68890777, www.neukoellneroper.de/play/wolfskinder/.

Es wäre wünschenswert, dass diese Oper, aufbauend auf den großen Erfolg in Berlin, auch auf anderen Bühnen gezeigt wird.

*Die beiden Autoren Hannelore Neumann und Gerhard Schröder wurden nach dem Tod der Mütter und Geschwister als Waisenhauskinder Ende 1947 in die Sowjetische Besatzungszone ausgewiesen. Gerhard Schröder (82) hat seine Verwandten über den Kindersuchdienst (Radio) gefunden. Heute lebt er in Mühltal, nähe Darmstadt, leitet seit 27 Jahren die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen in Darmstadt und ist stellvertretender Landesvorsitzender der LOW Hessen.*



## Zwangsforschung für die Sowjets

**Zu: Deutscher Flugzeugbau für die Sowjets (Nr. 9)**

In den 60er Jahren habe ich in Leipzig einen promovierten Chemiker aus Köln kennengelernt, der seine Tochter, unsere Nachbarin, besucht hatte. Während des Krieges war er militärdienstbefreit und arbeitete als Wissenschaftler im großen Chemiewerk Buna unweit von Halle/Saale. Er wurde nach dem 15. Juli 1945, der Errichtung der Besatzungszonen in Deutschland, von den Sowjets festgenommen und im früheren KZ Buchenwald eingesperrt.

Nach einigen Monaten transportierte man ihn in die Sowjetunion, wo er in einem Steinbruch in der Nähe des Polarkreises bei schlechter Verpflegung schwerste physische Arbeit leisten musste. Diese Arbeit hat die Gefangenen psychisch „weich geklopft“. Anschließend kam er in ein sogenanntes Wissenschaftlerstädtchen, wo er bei strengster Isolierung auf seinem Fachgebiet wissenschaftlich arbeiten musste.

In diesem Städtchen gab es keinerlei Verbindung zur Außenwelt, man konnte weder Radio hören noch Zeitung lesen, Briefe an die Verwandten schreiben oder von ihnen Post empfangen. Wo sich dieses Städtchen befand, wusste er auch später nicht.

Diese Zeit dauerte bis 1955, bis zum Besuch Adenauers in Moskau. In dem Jahr durften auch die Wissenschaftler wieder in die Heimat zurück. Unser eigentlich in Leipzig ansässiger Bekannter, der keine Information über den Verlauf der Zonengrenzen hatte, hat vor der Heimreise als Heimatort Köln, eine der westlichsten deutschen Großstädte, angegeben. **Dr. Ádám Sonnevend, Rostock**

## Verhätschelte Gäste

**Zu: Oma, komm bald wieder (Nr. 9)**

Wir sind das Land mit der inländerfeindlichsten Regierung der Welt. Doch die Eindringlinge und Armutsmigranten aus den Ländern der Dritten Welt werden einzigartig verwöhnt, verhätschelt und mit Geld sowie Wohltaten überschüttet. Die eigenen Bürger dagegen werden beschimpft, verhöhnt, beleidigt und ausgepresst.

Die rechtsbrecherische Regierung ist daher direkt verantwortlich für die Asylantenflut, die bis heute anhält. Die Millionen und Abermillionen muslimischer Invasoren sind eine große Gefahr für das Land. Sie zerstören den inneren Frieden und die innere Sicherheit. Sie werden sich niemals anpassen und integrieren, und sie werden niemals arbeiten, weil sie das alles gar nicht wollen.

Das Einzige, was sie wollen und fordern, ist, dass die „Ungläubigen“ ihnen den Lebensunterhalt finanzieren, so, wie es im Koran geschrieben steht. Unsere verantwortungslosen Politiker tun dies auch auf vielfältige und üppige Weise. **Barbara Koerber, Gräfenberg**

## Albtraum-Retter

**Zu: Keine Spur von Aufbruch (Nr. 9)**

Die Abgewählten feiern sich und ihre Groko als alternativlos für Deutschland. Ein Kabinett des Grauens – was für ein Albtraum! Sie haben das Land in allen Bereichen in den letzten Jahren kontinuierlich an die Wand gefahren und stellen sich nun als Retter hin. Man diskutiert über Familiennachzug, hat aber eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber im Land.

Die Rechtsbrüche der Kanzlerin und der alten Bundesregierung haben unser Land maßgeblich verändert, leider nicht zum Guten. Asyl ist nicht automatisch Integration und schon gar nicht automatisch Einwanderung, hier verdreht man die Dinge komplett und vernebelt den Leuten die Köpfe.

Es ist für jeden erkennbar, wozu die illegale Einwanderung geführt hat. Auflösung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, fehlender Respekt gegenüber unseren Werten und unserer Kultur, Sozialbetrug, zweifelhafte islamkonforme Rechtsprechung, Messerstechereien, Vergewaltigungen und Tötungsdelikte häufen sich. Diese Menschen tun uns nicht gut. Wer sich so im Gastland verhält, hat kein Recht auf Asyl.

Der größte Teil dieser illegalen Einwanderer ist auch aus wirtschaftlichen Gründen gekommen, man hat seinen Pass verloren, aber niemals sein Smartphone. All das hätte man vermeiden können, aber der politische Wille fehlte, es war gewollt. Wer so handelt oder diese Rechtsbrüche unterstützt, gehört nicht ins Kanzleramt oder in irgendeine andere Amtsstube, sondern vor Gericht.

Derweil fabuliert man: „Es ist nicht erkennbar, was man hätte anders machen können.“ Das Grauen geht also weiter, und unser Herr Ministerpräsident Kretschmer in Sachsen, auch ein Abgewählter, verteilt ein paar Milliönchen an die, die schon länger hier leben, während uns die Gäste von Frau Merkel noch viele Milliarden kosten. Gute Nacht, liebe Kinder. **Andreas Kaulfuß, Bad Schandau**

## Selbst schuld

**Zu: Die europäische Rechte hat eine neue Lichtgestalt (Nr. 11)**

Auf der politischen Europabank ist man zum Entsetzen der Bevormundungsgewohnten von Mitte-Links nach Mitte-Rechts gerückt. Das Flüchtlingsproblem: Italien fühlt sich allein gelassen, andere Länder wie Deutschland fühlen sich überfordert, und offen oder unterschwellig geht in den europäischen Ländern die Angst vor dem Verlust der eigenen nationalen Identität um.

In der Auftragserfüllung, Schaden vom Volk abzuwenden, haben die Politiker der Altparteien gänzlich versagt. Es ist eine linke und fortschrittliche Generation herangewachsen, die sich über Bildung und Medien auf gesellschaftliche Vielfalt fixiert hat. Und die unfähig ist, die Lebensbedingungen und Sorgen außerhalb der selbstdefinierten Korrektheit wahrzunehmen. Sie stehen Andersdenkenden gleichgültig gegenüber.

Mit großer Besorgnis schaut das linke Lager auf die AfD, auf Frankreich, auf den Wahlausgang zuletzt in Italien sowie die anderen EU-Mitgliedsstaaten. Sie mahnen, beschimpfen und kritisieren, ohne sich selbst an ihre narzisstische Nase zu fassen. Von Selbstkritik keine Spur.

Wenn die „Fortschrittlichen Linken“ weiterhin ihr Demokratieverständnis als das einzig Richtige ansehen und weiterhin das erste Gebot ihrem Handeln und Denken zugrundelegen, müssen sie sich nicht wundern, wenn sie in der Wählergunst noch schlechter abschneiden werden. 30 Jahre haben die Etablierten es verabsäumt, das Ohr ans Volk zu halten. Selbst schuld. **Peter Karstens, Eckernförde**



Dreckschleuder? Nach dem Abgasskandal bei VW werden Dieselfahrzeuge jetzt generell politisch verteufelt Bild: Imago

## Diesel ist der neue Sündenbock für alle Umweltübel

**Zu: Dieselfahrer in Schockstarre (Nr. 10)**

Die Abgase dieser Dieselautos sind das große Übel? Und angeblich nachgewiesenermaßen erkranken daran tausende Menschen und erleiden den frühen Tod insbesondere in den Ballungsgebieten? Dass es auch andere Gründe gibt, die dazu beitragen wie Rauchen, Drogenkonsum oder Alkoholsucht – auf diesen Gedanken kommt man erst einmal nicht.

Der Diesel, das Arbeitspferd unter den Automotoren, ist schuld daran – ganz klar, keine Zweifel nach Meinung der Experten. Dass in Deutschland nach dem Verlust der Ostgebiete zu viele Menschen pro Quadratkilometer leben und damit eine große Verkehrsdichte herrscht, darauf kommt auch niemand. Zusätzlich tummeln sich noch jährlich Millionen Verkehrsteilnehmer aus ganz Europa auf unseren Straßen. Hinzu kommen aus der letzten Zeit auch Millionen von jungen Immigranten, die nicht nur beköstigt werden müssen und auf Kosten der deutschen Steuerzahler und Versicherer eine fürsorgliche ärztliche Behandlung erfahren, nein, sie benötigen früher oder später eine eigene Wohnung, wenn möglich auch einen Arbeitsplatz und schlussendlich einen sparsamen Diesel, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Und wehe dem, der dann noch von Abgasen spricht. Das wäre ja fremdenfeindlich und diskriminierend.

Wie hat man doch nach der Wende den Trabbi verunglimpft und die sauberen westdeutschen Autos gelobt. Schon vergessen? Vielleicht sollten mal die Messstationen neu geeicht werden. **Wilhelm Jäckel, Damme**

**Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

# Waldis Mietwohnung

## Kurzasyl für Hunde – Wenn Frauchen und Herrchen sich vergnügen wollen, geht das Haustier in die Mietbox

**Artgerechte Unterbringung oder Tierquälerei? Diese Frage stellt sich bei den temporären Hundezwingern, die Hundebesitzer neuerdings nutzen können, wenn sie ihren Kläffer mal für kurze Zeit loswerden wollen.**

Hunde im Auto Hitze oder Kälte auszusetzen, ist verboten. Sie einfach vor einem Gebäude anzubinden, birgt die Gefahr von Diebstahl. Doch wohin mit dem Vierbeiner, wenn der Mensch mal so richtig gemütlich einkaufen oder essen gehen will? In New York gibt es bereits an zahlreichen Stellen Parkhäuser für Hunde. Jetzt soll das Modell auch in München getestet werden. Ist das die Lösung, auf die Hundefreunde so lange gewartet haben?

Immer wieder sorgen Gerichtsurteile für Aufsehen, die Hundehalter bestrafen, weil sie ihren Hund unangemessen lange oder unter tierschutzwidrigen Bedingungen im Auto eingesperrt haben. Längst müsste klar sein, dass der Pkw kein reguläres Hundeparkhaus ist. Viele Hundehalter sehen die Unterbringung des Hundes im Auto jedoch nur während brüllend heißer Temperaturen im Hochsommer als problematisch an. Gerichte sehen das immer häufiger anders. So kommt es zu Urteilssprüchen, die Hundebesitzer manchmal überraschen. Der eine oder andere verdonnerte Hundefreund ist sich keiner Schuld bewusst und sieht sich als Opfer der Justiz.

Unstrittig ist, dass Hunde während der großen Sommerhitze in einem Pkw nicht eingesperrt werden dürfen. Die Temperaturen, die in der – egal wie modern ausgestatteten – Blechkiste entstehen, sind zu hoch. Auch wenn das Seitenfenster fünf Zentimeter weit geöffnet ist. Doch es gibt noch weitere Aspekte, die ein Richter für notwendig erachtet, wenn ein Hund vorübergehend im Auto warten muss. Das musste unter anderem eine Hundebesitzerin in Bayern erfahren, die 2016 ihren Rottweiler-Doggenmischling im Auto geparkt hatte.

Das Amtsgericht München hat eine 29-jährige Frau wegen einer Ordnungswidrigkeit gemäß Paragraf 18, Absatz 1, Tierschutzgesetz zu einer Geldbuße von 200 Euro verurteilt, da sie ohne vernünftigen Grund fahrlässig einem Hund erhebliche Leiden zugefügt hatte. Der dem Urteil zugrundeliegende Vorfall ereignete sich Mitte September, zu einer Zeit, wenn die Temperaturen längst nicht mehr die Höchstwerte erzielen. An dem fraglichen Tag, sollen um die Mittagszeit angenehme 25 Grad Celsius im Schatten gemessen worden sein. Der Hund, um den es ging, befand sich im Auto der Hundehalterin. Der zum Pkw gerufene Polizist vermerkte, das Seitenfenster sei etwa fünf Zentimeter geöffnet gewesen, Zugang zu Wasser hätte der stark hechelnde Hund nicht gehabt. Eine Flasche Wasser habe jedoch im Auto gelegen.

Urteile wie das des Amtsgerichts München belegen, dass Hundehalter oft hilflos sind, wenn es um die Unterbringung ihres Lieblings geht. Sie entscheiden sich deshalb gerne für die praktische Lösung Pkw. Die Situationen, die dazu führen, dass Fiffi auf den Autositzen zurückbleibt, sind vielfältig: Der Besuch im Restaurant, der Shopping-Nachmittag mit der Freundin, die überraschende Begegnung mit der Schulfreundin auf dem Weg zur Reinigung oder auch die Überstunden bei der Arbeit.

Den Hund vor einem Restaurant oder Supermarkt anzubinden, kommt für die meisten Hundebesitzer nicht in Frage. Wer keine Angst vor Diebstahl seines sündhaft teuren Rassehundes hat, sorgt sich vor zudringlichen Kinderhänden, Hundehassern, die giftige Häppchen füttern oder gestörten Artgenossen seines Haustiers, die geifernd über den wohlerzogenen und anständig geparkten Hund herfallen könnten.

Wer diese Sorgen kennt und teilt, wird sich in Zukunft vielleicht für die alternative Unterbringung des Lieblings in einem der sogenannten Dog-Parker interessieren. Die „Hundeparkhäuser“, die in New York bereits im Einsatz sind, sollen nun auch in der bayerischen Hauptstadt getestet werden. In Form und Größe einer Hundehütte entsprechend, kann jeder Fiffi in seiner eigenen Box geparkt werden. Hinter der durchsichtigen Plexiglasscheibe gut sichtbar, wird Waldi mit einer Kamera überwacht, deren Fotos auf dem Handy der Besitzer abgerufen werden können. Eine Klimaanlage soll dafür sorgen, dass die Temperatur im Inneren der Hütte optimal ist, UV-Licht soll sicherstellen, dass Krankheitskeime keine Chance haben. Außerdem soll die tägliche Reinigung durch eine Fachkraft die Dog-Parker in einem angenehmen Zustand halten.




**Hundeschließfächer: In New York wurden 2017 die ersten Parkboxen für die Vierbeiner vorgestellt** Bild: Mauritius

So viel Technik und Service haben ihren Preis. Wer bereit ist, für eine Minute Hunde-Parkplatz 20 Cent auszugeben, kommt bei einem Restaurantbesuch von 90 Minuten auf stolze 18 Euro für den Dog-Parker. Wer sich über die horrend hohen Parkgebühren für den Pkw beschwert, wird sich kaum für den Dog-Parker entscheiden. Oder doch? Für Haustiere geben die Deutschen Jahr für Jahr Unsummen aus. Berücksichtigt man, dass in Deutschland 8,6 Millionen Hunde gehalten werden und laut statistischem Bundesamt 4,7 Millionen Euro für Haustierbedarf ausgegeben werden, stehen die Chancen für den Dog-Parker gut, dass er sich trotz ansehnlicher Preise hoher Buchungsquoten erfreuen kann.

Bedient wird die Hütte mit einer Chipkarte. Um die zu erhalten, muss sich der Hundehalter bei der Firma registrieren lassen. Zusätzlich gibt es eine App, mit der via Smartphone nachgeschaut werden kann, wo eine Dog Parker-Box frei ist, und die es ermöglicht, kurz vor dem Erreichen des Restaurants oder Einkaufszentrums die Box zu reservieren.

Bleibt allerdings die Frage, ob es sich bei dem Dog-Parker in Wirklichkeit um eine Form von Tierquälerei handelt. Da der Zeitraum, für den die Box gemietet werden kann – die maximale Parkzeit beträgt 90 Minuten –, überschaubar ist und die klimatischen Bedingungen dank der Technik regulierbar sind, werden einige der kritischen Faktoren ausgeschaltet, die bei der Unterbringung im Pkw zur Diskussion stehen. Die Hunde werden jedoch in einer ihnen fremden Umgebung eingesperrt, was vielen Hundebesitzern als Zumutung erscheint. Bei der Unterbringung im Fahrzeug kann Rex sich während der Wartezeit immerhin auf Papas Lieblingsjacke mit dem Duft von Herrchen trösten.

Der Dog-Parker ist ein weiterer Versuch, das teuere Haustier in einen Lebenswandel zu integrieren, der auf nichts verzichten will. Der Mensch macht es sich – mal wieder – sehr einfach, auf Kosten der Tiere. *Stephanie Sieckmann*

# Ein umkämpfter Heide-Ort

## Die Wikinger sind los – Ende des Monats beginnt in Haithabu die Freiluftsaison

Die Wikinger öffnen wieder ihre Türen. Mit dem Frühjahrsmarkt vom 30. März bis zum 2. April beginnt auf dem Gelände des Freiluftmuseums Haithabu bei Schleswig offiziell die Freiluftsaison. Handwerker und Händler aus Deutschland, Skandinavien und dem Baltikum bauen dann ihre Zelte und Stände rund um den rekonstruierten Siedlungsausschnitt der alten Wikingerstadt Haithabu am Haddebyer Noor, einem Binnensee der Schlei, auf. Alle Aussteller tragen Wikingerkluft, und es herrscht rege Betriebsamkeit.

Die Besucher dürfen sich auf eine einmalige Atmosphäre beim Markttreiben wie vor 1000 Jahren in landschaftlich reizvoller Umgebung freuen. Es erwartet sie ein authentisches Warenangebot mit Vorführungen traditioneller Handwerkskunst der Holz- und Knochenschnitzer, Sattler, Töpfer, Hut- und Bogenmacher, nicht zu vergessen die kreativen Arbeiten der Woll-Handarbeiterinnen und Schmuckherstellerinnen.

Staunen erweckt bei großen und kleinen Zuschauern die hohe Anforderung an Kraft und Konzentration bei der Ausübung des Schmiedehandwerks. Schon vor Jahrtausenden hat die Tätigkeit des Schmiedes, das Erschaffen eiserner Gegenstände in der Glut des Feuers, die Menschen fasziniert. Für die kulinarische Versorgung sind Bäcker und Köche mit typisch deftiger Kost vor Ort.

Das Freiluftmuseum Haithabu in der Gemeinde Busdorf wurde 2005 im Bereich der historischen Hafenstadt Haithabu eröffnet. Hier befand sich vom 8. bis zum 11. Jahrhundert die größte Handelsmetropole der Wikinger. Gelegen im Innern des 40 Kilometer langen Ostsee-Seitenarms Schlei, war Haithabu ein Knotenpunkt des Fernhandels zwischen Nord- und Ostsee. Von hier aus führte ein Landweg zum Fluss Treene, der in die Nordsee mündet.

Erstmals wird der Ort 804 als „Sliasthorp“ (Dorf an der Schlei) erwähnt, später auch als „Haithabu“ (Ort an der Heide). Im Gelände hebt sich noch die halbrunde Wallanlage ab, die den Ort einst gegen landseitige Angriffe schützte. Zeitweise lebten hier rund 1000 Menschen, Händler, Handwerker, Gastwirte sowie Kaufleute aus allen Gegenden der damals vernetzten Welt. „Haithabu ist eine sehr große Stadt am äußersten Ende des Weltmeeres“, schrieb der arabische Chronist Ibrahim ibn Ahmed At-Tartûschi aus dem spanischen Tortosa um 965 in seinem berühmten Reisebericht.



**Die Wikingerhäuser von Haithabu** Bild: Wikinger Museum Haithabu

Auf dem Haithabu-Gelände stehen schon vom 25. März an sieben rekonstruierte Wohnhäuser in der Nähe der Schiffsanlegestelle zur Besichtigung offen. In der Schiffshalle ist das teilweise nachgebaute Langschiff „Haithabu 1“ untergebracht. Ende der 1970er Jahre wurden im Hafen von Haithabu die Reste zweier Wikingerschiffe geborgen. Eines davon lieferte genügend Hölzer für eine partielle Rekonstruktion.

Das ursprünglich ungefähr 30 Meter lange Schiff wurde 1050 mit Reisig gefüllt und absichtlich in Brand gesetzt, als der norwegische König Harald Sigurdsson („der Harte“) Haithabu angriff und brandschatzte. Nochmals überfielen Westslawen aus Ostholstein den Ort im Jahr 1066. Damals setzten sich die letzten Bewohner in die nahe gelegene, neu gegründete Siedlung Sliasthorp ab, das heutige Schleswig.

Das Wikingermuseum Haithabu in unmittelbarer Nähe des Freilichtmuseums wird erst am 3. Mai nach gründlicher Gebäudesanierung wiedereröffnet. Seine moderne und vielseitige Schausammlung mit archäologischem Fundmaterial ist der überaus spannenden Geschichte Haithabus gewidmet. *D. Jestrzemski*

*Die Wikingerhäuser sind vom 25. März bis 31. Oktober von 9 bis 17 Uhr geöffnet, desgleichen das Museum nach seiner Wiedereröffnung. Eintritt für Häuser und Museum in 24866 Busdorf: 7 Euro. Weitere Termine: Sommermarkt 12. bis 15. Juli, Herbstmesse 3. und 4. November. Internet: www.schloss-gottorf.de/haithabu*

# Das Odersilber

## Münzschatz von Lebus jetzt in Wustrau

Der Fund von 2300 Silbermünzen war die große archäologische Sensation des Jahres 2015 in der im Oderland gelegenen Kleinstadt Lebus. Jetzt kann die Öffentlichkeit diesen Schatz im Brandenburg-Preußen Museum von Wustrau bewundern. Die Ausstellung „Germania Slavica und der Lebuser Silberschatz“ erlaubt bis zum 16. September mit beeindruckenden Exponaten interessante Einblicke in die frühe brandenburgische Geschichte.

Bild: BPM

**Anfassen ausdrücklich erlaubt**

Erstaunliche Erkenntnis: Selbst die ganz frühen Einwohner Brandenburgs waren Einwanderer. Die Slawen, deren Nachkommen die noch heute im Spreewald und in der Lausitz lebenden Sorben sind, wanderten erst im 6. und 7. Jahrhundert aus dem Osten hierher ein. 300 Jahre später drangen die christlichen Eroberer aus dem Westen ein. Nachdem das Schwert ruhte, entstand hier eine Kultur, deren Wohlstand daher rührte, dass ihre Wurzeln und Verbindungen ebenso weit nach Westen wie nach Osten reichten.

Großartiger Ausweis dafür ist der Lebuser Silberschatz: Lebus liegt an einer Oderfurt und war lange vor dem nahen Frankfurt ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, Markt und polnischer Bischofssitz. Hier vergrub ein Bürger im 11. Jahrhundert in einem slawischen Tongefäß über 2000 sächsische und magdeburgische Silbermünzen. Vor drei Jahren wurden sie gefunden.

Gezeigt wird auch eine der wohl berühmtesten Kunstfälschungen der preußischen Geschichte: acht der sogenannten „Prillwitzer Idole“. Erst 1850 wurden diese angeblich slawischen Götterfiguren als Fälschung aus der friderizianischen Zeit entlarvt. In einem eigens gestalteten Bereich können Besucher Museumsrepliken sogar anfassen und ausprobieren. *tws/BPM*

*Das Museum in der Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, ist bis Ende März von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 16 Uhr und ab April bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt: 5 Euro. Internet: www.brandenburg-preussen-museum.de*

# Eine seltsame Epoche der deutschen Geschichte

Canaris, die Abwehr und das 3. Reich". Das ist wahrlich ein weites Feld, und das Vorhaben, es auf gerade einmal 133 Seiten Text zu beackern, ist ambitioniert. Nun nimmt der Verfasser Waldemar von Münch (1884–1966) nicht für sich in Anspruch, mit seinen Aufzeichnungen die drei im Titel angesprochenen Aspekte erschöpfend zu behandeln. Wohl aber kann der Rezensent ihm bescheinigen, dass ihm sein im Vorwort beschriebenes Vorhaben, nicht nur das Wirken des Abwehr-Chefs Admiral Wilhelm Canaris und die Tätigkeit seiner Organisation darzustellen, sondern in diesem Zusammenhang auch „die Vorboten und Gegebenheiten dieser seltsamen Epoche der deutschen Geschichte, ihr Milieu, ihre Atmosphäre, ihre Psyche" zu umreißen, gelungen ist.

Der Wert seiner Aufzeichnungen liegt aber weniger in der Beschreibung und Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der damaligen Zeit, sondern in den von ihm gewährten Einblicken in die Interna des deutschen militärischen Nachrichtendienstes und der Persönlichkeit seines Chefs, den dessen Biograf Heinz Höhe zutreffend als „Patrioten im Zwielicht" bezeichnet. Wie der Herausgeber Jürgen W. Schmidt, ein auf dem Gebiet der Nachrichtendienstgeschichte ausgewiesener Historiker, herausstellt, waren manche der vom Verfasser gemachten Angaben der Geheimdienstforschung bis dato unbekannt.

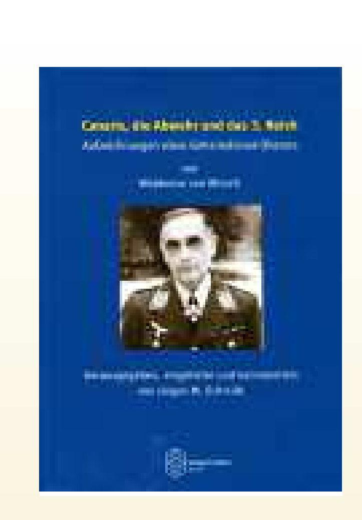
Der besondere Wert dieser Edition liegt darin, dass hier das in der ersten Hälfte der 1960er Jahre angefertigte und vom Sohn des Verfassers, dem Rechtsprofessor und *PAZ*-Autor Ingo von Münch, im Nachlass des Vaters entdeckte Maschinenmanuskript einschließlich des Vorworts unverändert wiedergegeben wird. Damit stehen dem Leser die authentischen Schilderungen und Reflexionen eines Zeitzeugen ersten Ranges zur Verfügung.

Bislang nicht bekannte Fakten

Waldemar von Münch war ursprünglich kaiserlicher Marineoffizier, während des Ersten Weltkrieges unter anderem U-Boot-Kommandant und musste sich nach Kriegsende eine zivilberufliche Tätigkeit suchen, die er für einige Jahre in Sumatra fand. 1935 wurde er reaktiviert und ins Reichsluftfahrtministerium versetzt, weshalb er fortan Uniform und Dienstgrade der Luftwaffe trug. Auslandserfahren, kultiviert und gebildet, entsprach er genau dem Typus des Offiziers, den sich Canaris für die Abwehr vorstellte. Hier war von Münch in der Spionageabwehr tätig und wurde schließlich Leiter der Abwehrgruppe III G, die dafür zuständig war, in Spionagefällen zu entscheiden, ob Spionage oder Landesverrat vorlag, was hinsichtlich des Strafmaßes von großer Bedeutung war.

Damit arbeitete er im unmittelbaren Umfeld von Canaris, den er, daran lassen seine Erinnerungen keinen Zweifel, sehr verehrte. Dass von Münch dem Admiral sehr nahestand, wird nicht allein an von Münchs Marine-Vergangenheit gelegen haben, sondern vor allem daran, dass beide Patrioten, Ehrenmänner und Gentlemen alter Schule waren, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden. Dass sie „als Patrioten aus innerer anständiger Überzeugung" auf ihrem Posten „in einem miserablen Staatswesen" ausharrten, erklärt von Münch mit dem Ziel, „die verhängnisvollen Taten einer Gewaltherrschaft zu verhindern oder auszugleichen, und in der Hoffnung, nach dem Sturz der Tyrannis rechtzeitig auf dem Plan sein zu können, um für ein besseres Staatswesen das zu retten, was noch zu retten ist". So schließen seine Aufzeichnungen denn auch nicht ohne die mit Stolz getroffene Feststellung, die Abwehr habe sich „der Demontage von Anständigkeit und Rechtsstaatlichkeit" in ihrem Bereich „mit Erfolg widersetzt".

Abschließend ist der umfangreiche Anmerkungsapparat zu erwähnen, der vielfältige Ergänzungen zu von Münchs Aufzeichnungen sowie Erklärungen und Hinweise auf weiterführende Literatur enthält. *Jan Heitmann*




***Waldemar von Münch: „Canaris, die Abwehr und das 3. Reich. Aufzeichnungen eines Geheimdienst-Obersts"**, herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Jürgen W. Schmidt, Verlag Dr. Köster, Berlin 2017, Hardcover, 133 Seiten, 19,95 Euro*

# Einmal um die Welt

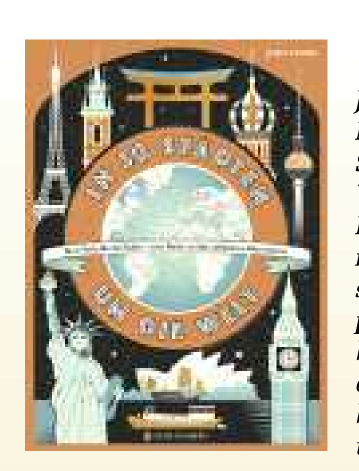
Was haben London, Hongkong, New York, Istanbul, Rio de Janeiro, Rom, Prag, Dublin, Seoul, Stockholm, Lissabon und gemeinsam abgesehen davon, dass sie Weltmetropolen sind? Sie alle werden in dem vorzüglichen Band „In 30 Städten um die Welt" von James Brown und Lily Murray in Text und Bild vorgestellt.

Jeder dieser Weltstädte ist eine großformatige Seite gewidmet. Es ist schon eine große Kunst, alles Wissenswerte zur jeweiligen Metropole so geschickt auf eine Seite zu drapieren, dass nichts Entscheidendes fehlt, und man so darüber hinaus auf den ersten Blick die wichtigsten Dinge über den Ort erfährt.

Anregungen für eigene Reisen

Bildlich im Retro-Stil gezeichnet, sind die bedeutenden Aussagen textlich in die Darstellung verwoben. Erstaunlich, wie viel Geschichte man unauffällig auf einer Buchdoppelseite unterbringen kann, was am Beispiel Roms besonders deutlich wird. Nicht nur die Gründungsgeschichte der Ewigen Stadt ist hier clever ins Bild und in Szene gesetzt, sondern auch die wichtigsten Bauten, ihre Entstehung und Bedeutung bis in die heutige Zeit.

Das gilt aber auch für alle anderen Stadtbeschreibungen. Kinder erfahren auf den ersten Blick, welche Bedeutung mit diesen Großstädten verbunden ist und was ihre Besonderheit ausmacht. Wer gerade keine Zeit zum Reisen hat, kann hier sein Fernweh stillen oder sich Anregungen holen für die nächsten Ferien. *S.F.*




***James Brown/Lily Murray: „In 30 Städten um die Welt. New York, Berlin, Tokio – eine Reise zu den schönsten Metropolen"**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 64 Seiten, 22 Euro*

# Geprägt von Konfuzius – Darstellung des modernen China und seiner Menschen

Zunehmend greift das Riesenreich China in die Geschicke der Welt ein, wobei es uns oft fremd und undurchschaubar erscheint. Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron, ein deutsch-chinesisches Ehepaar, bieten in ihrem Werk „Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht" einen einzigartigen Einblick in das Denken und Fühlen der Chinesen. Geprägt seien diese noch heute von Konfuzius, der als Ziel das Zusammenleben des Menschen durch Bildung sowie durch Tugend- und Moralregeln hatte.

Wichtigster Teil des Buches ist die Darstellung des chinesischen Menschen. Während unsere Religion den Menschen als ein von Gott geschaffenes, autonomes Wesen mit einem freien Willen sieht, ist für Konfuzianer der Mensch nicht ein Kind Gottes, sondern die Fortsetzung seiner Eltern. Basiseinheit ist nicht das Individuum, sondern die Familie; sie stellt die wichtigste Größe im Leben eines Chinesen dar, der einzige Ort des Vertrauens und der Sicherheit. Mao Tse-tung wollte dieses ausgeprägte Familienbewusstsein durch ein Staatsbewusstsein ersetzen und scheiterte letztlich.

In der Erziehung werden Kinder früh im Auswendiglernen und in Gedächtnisleistung trainiert, weniger im Entwickeln von selbstständigen Gedanken und im Argumentieren. Um einem mit der Erziehung zu mehr kritischem Denken verbundenen Kontrollverlust des Regimes vorzubeugen, hat Peking neuerdings die politischen Zügel, wie gerade die Zensur des Internets, strammer angezogen. Die Balance, die es herzustellen versucht, wird letztlich Chinas Zukunft prägen. Während wir relativ offen, also direkt kommunizieren, bevorzugen Chinesen dies indirekt, kompromisslose Worte sind selten. Für Europäer ist es daher schwer, zu verstehen, was sie meinen. Das Buch beklagt die bis in die Reihen von Ministern und Generälen weitverbreitete Korruption. Jede Regierung will sie bekämpfen, was indes bis heute erfolglos blieb. Es fehlen unabhängige Medien und ein Rechtsstaat, was allerdings mit der Alleinherrschaft einer Partei auch kaum vereinbar ist.

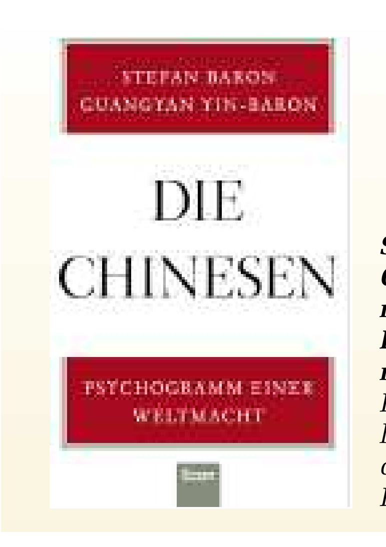
Folge ihrer anderen Kultur und ihrer historischen Erfahrungen ist bei den Chinesen eine eigene Art zu denken und die Welt wahrzunehmen. Ihre Kriegskunst besteht im Gegensatz zu Clausewitz darin, den Feind in eine strategische Schwäche zu drängen, die den Ausgang eines Konflikts vorwegnimmt und so einen Waffengang überflüssig macht. Die List ist bei Clausewitz ein Zeichen von Schwäche, bei den Chinesen hingegen ein bevorzugtes Mittel des Handelns und Ausdruck von Klugheit. Die Absichten ihrer Führung seien defensiv, liest man im Buch. Indes beweist die Realität in Tibet, in Sinkiang und die angedrohte Eroberung von Taiwan (das nie zur Volksrepublik gehörte), die als „Verteidigung der Einheit der Nation" propagiert wird, das Gegenteil. Genauso wird das Südchinesische Meer als „Heimatmeer" tituliert.

China strebt Wiederaufstieg an

Freie Wahlen, Parlamentarismus und Gewaltenteilung kennt China nicht. Sein Marxismus ist ganz den dortigen Verhältnissen angepasst, mit dem Original hat er nur wenig gemeinsam. Der heutige Partei- und Regierungschef Chinas Xi Jinping hat eine einzigartige Machtfülle, doch ein totalitäres System wie Mao strebt er ganz offenbar nicht an. Seine Ansicht, sein Land werde in fünf Jahren die USA überholen, ist falsch: Es wird Jahrzehnte dauern, bis sein Pro-Kopf-Einkommen deren heutiges Niveau erreicht. Immer noch muss ein Großteil seines Nahrungsmittelbedarfs über Importe gedeckt werden, was das Land gegen politischen Druck verwundbar macht.

Nach den beiden Verfassern besteht die mit Chinas Wiederaufstieg verbundene Gefahr darin, dass die heutige amerikanische Weltordnung eines Tages durch eine sinozentrische Ordnung abgelöst wird. Ziel einer europäischen Fernostpolitik müsse daher sein, den geopolitischen Konflikt zwischen beiden Weltmächten zu verhindern und für eine multipolare Ordnung einzutreten, in der auch der europäische Kontinent einen wichtigen Platz einnimmt.

Es ist eine Vision, doch wird sie mit dem heutigen Europa auch Realität? *F.-W. Schlomann*




***Stefan Baron/Guangyan Yin-Baron, „Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht"**, Econ-Verlag, Berlin 2018, gebunden, 448 Seiten, 25 Euro*

# Erschreckend realitätsnah – Kai Lüdders' packender Debütroman

Die ersten zweieinhalb Seiten des Romans „Mutwille" führen dazu, dass man das Buch nicht mehr aus der Hand legt. Gebannt begleitet man gleich zu Beginn einen Gejagten durch eine gespenstische Stadt, in der das Leben scheinbar zum Erliegen gekommen ist. Der Autor Kai Lüdders legt mit seinem Debütroman die Messlatte für packende politische Gesellschaftsromane sehr hoch. Immer wieder wähnt man sich in einem Film, dessen mitreißende Handlungsstränge einen nicht mehr loslassen.

Sein Protagonist Paul Schneider muss sich vor Verfolgern verstecken, die ihm nach dem Leben trachten. Und das Szenario spielt sich nicht an irgendwelchen sozialen Brennpunkten der Welt ab, sondern im Berlin von heute. Das lässt besonders aufhorchen.

Der erfolgsverwöhnte Lobbyist Schneider lebt und arbeitet für das Gesundheitsunternehmen UMC in Berlin. Angetrieben von der Idee, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die soziale Herkunft keine Rolle mehr spielt und der gesunde Mensch das Ziel aller Dinge sein soll, versucht er diese Utopie mit Unterstützung Norman Bruckmeiers, Chef eines beeindruckenden Gesundheitsunternehmens, in die Tat umzusetzen. Werden sie es schaffen mit der neuen Partei für Gesundheit und Ordnung (PGO) das vorherrschende politische System aus den Angeln zu heben?

Der zunächst als Rechtsanwalt in Hamburg wirkende Autor betätigte sich nach seinem Umzug nach Berlin zunächst im politischen Segment und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, bevor er dann Schritt für Schritt auf die Lobbyseite wechselte. So mit bekam er tiefgehende Einblicke in die Materie, aus der sein Roman dann konstruiert wurde. „Jeder, der nicht total unpolitisch ist, spürt, dass eine ganz gewisse Spannung in der politischen und gesellschaftlichen Welt vorhanden ist, und das, obwohl es den Menschen eigentlich wirtschaftlich gut geht", so der Autor. Das habe ihn dazu bewogen, die Handlung seines Buches um genau diese Themen kreisen zu lassen.

Lüdders, nach eigenen Aussagen ein sehr nachdenklicher Mensch, hat bereits als Kind mit seinen Kuscheltieren die Bundestagswahlen nachgespielt. Was Wunder, dass sein Gesellschaftsroman in der Welt der Politik angesiedelt ist.

Wohin kann sich eine Gesellschaft entwickeln, die übersättigt ist und sich in ihrem Wohlstandsstreben selbst verliert? Diese Fragestellung kreiste im Kopf des Autors und animierte den Familienvater, ein atemberaubendes Werk zu schaffen über Macht, Verschwörung und menschliche Schicksale. „Mir ist es von Anfang an wichtig gewesen, nicht mit der Moralkeule zu kommen, sondern ganz bewusst alle Seiten aufzuzeigen. Denn jede Meinung hat ihre Berechtigung und jede Unterdrückung von Meinungen ist schädlich", sagt Lüdders.

Das Buch wirft Fragen auf. Was wäre, wenn in unsere so gut strukturierte Gesellschaft ein geheimnisvoller tödlicher Virus einbricht, der unzählige Menschenleben fordert? Was hält eine gute Gesellschaft im Inneren wirklich zusammen und was könnte sie zerreißen? Und wer sind die Strippenzieher hinter all dem?

Das Buch hat das Zeug „durch die Decke" zu gehen, wenn es denn erst einmal so richtig bekannt ist. *Silvia Friedrich*




***Kai Lüdders: „Mutwille"**, Velum Verlag, Kleinmachnow 2017, broschiert, 364 Seiten, 11,99 Euro*

# Galgenhumor

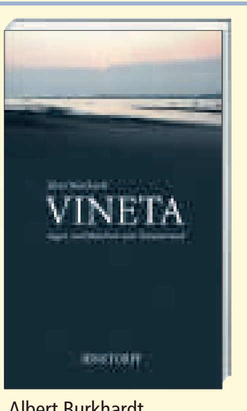
Humor ist, wenn man trotzdem lacht, heißt es im Sprichwort. Diese Weisheit hat sich Jochen Fend alias Immanuel Kantig zunutze gemacht für seine „Kritik an der reinen Unvernunft". Das Werk ist ein mit Sarkasmus verfasstes Sammelsurium an Gedichten, Zeichnungen und Fabeln, in denen der pensionierte Arzt alles unter die Lupe nimmt, was ihn seit Jahren ärgert. So entstand ein kritischer Blick auf das Zeitgeschehen, gewürzt mit sehr viel Humor. *MRK*




***Immanuel Kantig (d.i. Jochen Fend): „Kritik an der reinen Unvernunft"**, Kunstschaf Verlag, Siegen 2017, broschiert, 365 Seiten, 19,80 Euro*




Hans-Jürgen Liedtke
**Nachkrieg und die Trümmer von Ostpreußen**
**Ein Roman aus Dokumenten**
Krieg, Flucht, Vertreibung, Ostpreußen und Westdeutschland – „Nachkrieg" ist ein anderes „Echolot" deutscher Geschichte. Ein Roman, der sich aus den Resten einer untergegangenen Welt, eines Dorfes, einer Landschaft zusammensetzt, gefunden von einem Stimmensammler auf verschlungenen Spuren, einem Protokollanten des Vergangenen. Klaus-Jürgen Liedtke erzählt von seiner Kindheit in der Nachkriegszeit in Westdeutschland als Sohn Vertriebener. Im weit verzweigten Familiennetzwerk ist Ostpreußen und das Dorf Kermuschienen stets präsent. So wächst er mit Erinnerungen an eine Heimat auf, die er selbst nicht kennt. Wie in einem Mosaik setzt er die fremden Erinnerungen zusammen, sammelt Geschichten und Bilder. Aus Tagebuchaufzeichnungen zweier Onkel, die bei Kriegsende umkamen, aus Briefen, Erzählungen, Reisenotizen und essayistischen Reflexionen ergibt sich ein detailgenaues Panorama. Es ist seine Geschichte im Kleinstformat: „Ich komme aus diesen Trümmern."
416 Seiten
**Nr. P A1248** Gebunden 42,00 €




Albert Burkhardt
**Vineta**
**Sagen und Märchen vom Ostseestrand**
382 SeitenGebunden mit Schutzumschlag
**Nr. P A0456** 16,99 €

Die deutsche Ostseeküste bot immer wieder Anlass zu Überlieferungen, die vieles, was unseren Altvorderen rätselhaft und unheimlich war, erklären sollten. Und so gibt es unzählige Sagen und Märchen, die diese reizvolle Landschaft betreffen.Die volkskundlich wertvollsten und literarisch bedeutsamsten sind in diesem Band vertreten, und der Leser unternimmt gleichsam eine heimatkundliche Wanderung entlang der Ostseeküste: von Usedom über Rügen, Stralsund,Barth, den Darß und das Fischland, über Rostock, Wismar, Lübeck, Fehmarn, Wagrien, die Probstei, den Dänischen Wohld bis hin nach Angeln mit Flensburg. Ein bunter Reigen von Sagen- und Märchenfiguren agiert, aber auch in der Volksüberlieferung fortlebende historische Gestalten, wie Störtebeker, Doktor Faust und Wallenstein, lassen das Geschehen vergangener Jahrhunderte wieder lebendig werden.




Hans Freiherr von Rosen
**Grocholin**
**Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen**
320 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
**Nr. P 533183** 16,95 €

Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen geschrieben.

Jürgen Lehmann
**Kindertage in Königsberg**
24 S/W-Abb. 224 Seiten Gebunden mit Schutzumschlag
**Nr. P 533178** 16,95 €

Jürgen Lehmann entführt den Leser in die Zeit einer längst vergessen geglaubten, unbeschwerten Jugend im beschaulichen Ostpreußen. 1930 geboren, verbrachte er die unbekümmerte Zeit seiner frühesten Kindheit im idyllischen Juditten. Von den politischen Ereignissen im Deutschen Reich weit entfernt, erinnert sich Jürgen Lehmann an Blaubeeren und Milchsuppen, strenge Lehrer und herzliche Großeltern. Um die Zeit des Kriegsbeginns zog die Familie um nach Mühlenhof, ein Stadtteil im Süden von Königsberg. Zunehmend werden die kindlichen Erlebnisse des Jungen an Chorgesänge und Nachmittage im Garten überschattet von den Pflichten, die die Mitgliedschaft im Jungvolk und die immer näher rückende Kriegsfront mit sich brachten. Im letzten Kriegssommer zieht Jürgen als Vierzehnjähriger mit seinen Kameraden zum Grabenbau am Ostwall aus. Als er zurückkommt, ist nichts mehr, wie es war.




Alfred Scherlies (Hrsg.)
**Schicksalsjahre in Ostpreußen**
**Kindheitserinnerungen an das Kriegsende und die Nachkriegszeit**
400 Seiten/Gebunden
**Nr. P 533181** 16,95 €

„Die Erinnerung ist das Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können." Für die sieben Autoren dieses Werkes endete die heile Kindheit jedoch jäh mit dem Vorstoß der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet Ende 1944/Anfang 1945. In ihren bewegenden und aufwühlenden Erzählungen, lesen wir Erschütterndes. Wir erfahren vom Verlust naher Familienangehöriger und von der unmenschlichen Willkür der Eroberer gegenüber deutschen Zivilisten und Militärangehörigen, hören von Verschleppung und Zwangsarbeit in russischen Lagern, erleben den täglichen Kampf ums Überleben der Bewohner Ostpreußens, denen es nicht vergönnt war, das rettende Ufer des Deutschen Reiches zu erreichen. Jede Familie hatte dabei ihr eigenes Schicksal zu tragen. Die Zeitzeugenberichte sind ein erschütterndes Dokument einer Zeit, für die sich heute nur noch wenige interessieren.




**Sonderpreis € 5,00**

Christian Morgenstern
**Als Gott den lieben Mond erschuf – Die schönsten Gedichte**
Die Gedichte von Christian Morgenstern sind wie Angelhaken: einmal zugeschnappt, kommt der Leser nicht mehr von ihnen los. Morgenstern verblüfft und beglückt, mit seinen komischen Reimen wie den berühmten „Galgenliedern" ebenso wie mit seinen feinpoetischen Liebes- und Stimmungsgedichten. 256 Seiten
**Nr. P A1212** Gebunden mit Schutzumschlag 5,00 €




Stefan Lukschy
**Der Glückliche schlägt keine Hunde**
**Ein Loriot Porträt**
345 Seiten/Taschenbuch
**Nr. P A0888** 9,99 €

Vicco ante Portas! Ihr Hund kann überhaupt nicht sprechen? Macht nichts, dafür können Sie das Porträt eines der beliebtesten Humoristen Deutschlands lesen. Stefan Lukschy, langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Loriots, erzählt voller Respekt, Witz und Liebe von dem Mann, der die Deutschen das Lachen gelehrt hat. Loriots Sketche sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden – wer kann sich heute noch eine Liebeserklärung ohne Nudel vorstellen? Stefan Lukschy lernte Vicco von Bülow 1975 kennen, als er dessen Regieassistent wurde. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine langjährige Freundschaft – bis zu Loriots Tod im Jahr 2011. Er schildert den für seinen Perfektionismus berüchtigten Künstler ebenso wie den Privatmann Loriot, der seinen Freunden ein inniger und loyaler Vertrauter war.



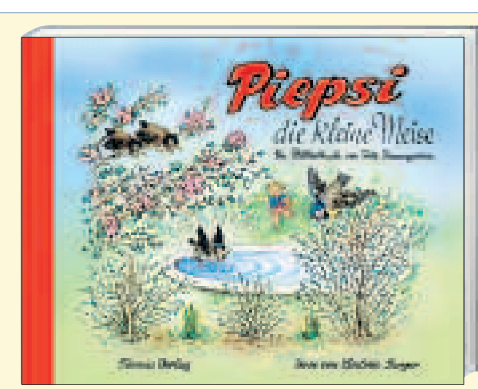
**Sonderpreis € 25,00**

Sämtliche Märchen von Bechstein, Grimm und Hauff in drei Bänden
**Der Märchenschatz**
Grimm, Bechstein, Hauff: Diese Namen stehen für den wunderbaren, unendlich weiten Kosmos unserer Kinder-, Haus- und Volksmärchen. Mit dieser reich illustrierten Ausgabe des klassischen deutschen Märchenschatzes bleiben keine Wünsche offen, und gemütlichen Vorleseabenden geht niemals der Stoff aus. 2.256 Seiten (3 Bände im Schuber)
**Nr. P A1178** Gebunden im Schuber 25,00 €

Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
**Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder**
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
**Nr. P A0737** CD 12,95 €




Kurt Wettengl
**Maria Sibylla Merian – Künstlerin und Naturforscherin 1647–1717**
Schon im Alter von dreizehn Jahren betrieb Maria Sibylla Merian erste systematische Insektenstudien am Beispiel des Seidenspinners. Waren die Insekten zunächst nur Beiwerk ihrer Blumenbilder, so rückte der „Raupen wunderbare Verwandlung" zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, die sie mit eigenen Kupferstichen in einem mehrbändigen Werk veröffentlichte und selbst verlegte. Ihr bedeutendstes Buch, das großformatige Kupferstichwerk über die surinamischen Schmetterlinge, war das Ergebnis einer zweijährigen gefahrvollen Forschungsreise in die Tropen und machte sie über ihren Tod hinaus berühmt. Nach den grundlegenden Arbeiten von Elisabeth Rücker ist diese Publikation, die nun als Sonderausgabe erhältlich ist, die erste zusammenfassende Monografie zum Oeuvre Maria Sibylla Merians. Beschrieben wird das Leben und Werk der außergewöhnlichen Künstlerin, Naturforscherin, Verlegerin und Unternehmerin. Großformat. 196 Seiten
**Nr. P A1151** Gebunden 24,80 €




Fritz Baumgarten
**Piepsi, die kleine Meise** (Format 27 x 21 cm)
Im Garten von Susannchen baut die Meisenmutter ihr Nest. Zwischen Piepsi, der kleinen Meise, und dem Mädchen entwickelt sich eine Freundschaft. Auf Piepsis Weg zum Erwachsenwerden erleben die beiden einige kleine Abenteuer. 24 Seiten
**Nr. P A1257** Gebunden 8,95 €

Fritz Baumgarten
**Piepsi, die kleine Meise** (Format 27 x 21 cm)
In der Spatzenschule ist einiges los. Doch zum Glück gibt es Lehrer Wichtelmann: Er bringt den kleinen Spatzen Schreiben, Singen und sogar das Fliegen bei. 24 Seiten
**Nr. P A1258** Gebunden 8,95 €




**Sonderpreis € 9,95**

**Deutscher Schulatlas**
**Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910**
Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlasses. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheines des Atlasses im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm.
48 Seiten
**Nr. P 9965** Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €

Bernd Krutzinna
**Ein Lied für Pommern**
Lieder: Ostseewellen, Zwischen Heringsdorf und Swinemünde, Mein Pommernland, Mein schönes Stettin, Von Stralsund seggt he ..., Allens is vergäten, Pommerns Trüffel, Potpourri op Platt, Pommerns Auen, Marsch der Pommern, Min Pommerland, Wenn in stiller Stunde (12 Lieder)
**Nr. P 9777** CD 10,00 €

**Sonderpreis € 9,95**

Horst Seeger/Egbert Herfurth (Illustrator)
**Die große Liedertruhe**
**Schöne alte und neue Volkslieder**
Die „Liedertruhe" ist ein Fundus voll großer Gefühle und Heimatverbundenheit. Sie enthält über 220 der schönsten und bekanntesten deutschen Volkslieder. Mit Noten und vierfarbig illustriert. Volkslieder lassen die Jahreszeiten erklingen und führen uns durch die Natur. Sie berichten von Liebe und Freundschaft, Abschied und Sehnsucht. Und sie begleiten uns durch die festlichen Stunden des Jahres. Mit sämtlichen Noten und den farbigen Illustrationen von Egbert Herfurth ist dieser Klassiker unter den Liederbüchern ein wahrer Schatz für Groß und Klein, der zum Blättern und Mitsingen einlädt! 288 Seiten
**Nr. P A1247** Gebunden 9,95 €

Heimat deine Sterne
**Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette**
Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
**Nr. P 5854** CD 12,80 €




Christian Graf von Krockow
**Die Stunde der Frauen**
**Bericht aus Pommern 1944–1947**
Im Sommer 1944 und fast wie im Frieden noch einmal ein großes Fest: Hochzeit im pommerschen Gutshaus. Doch schon wachsen die Schatten, der Zusammenbruch deutscher Herrschaft zeichnet sich ab; eine dramatische Geschichte beginnt. Christian Graf von Krockow berichtet sie nach der Erzählung seiner Schwester Libussa Fritz-Krockow. Der Triumph und die Rache der Sieger, der Untergang einer alten Lebensordnung in Feuer und Blut: Von schrecklichen Dingen ist die Rede, von der Kehrseite des Menschlichen. Aber indem wir erfahren, was wir einander antun können, entdecken wir zugleich, welche Kräfte wir haben, um das Menschliche zu retten. Vor seinem düsteren Hintergrund erzählt dieses Buch vom Mitgefühl und vom Mut, von der Besonnenheit und der Energie zum Handeln. In dieser Zeit schlägt die Stunde der Frauen; sie sind es, die Leben retten. Von dieser Erfahrung erzählt das Buch in seiner zweiten, seiner in Wahrheit zentralen Geschichte. 248 Seiten
**Nr. P 533187** Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €




Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
**Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de**
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

## MELDUNGEN

### Krankenhausreif geschlagen

**Hamburg** – Vergangenen Montag haben Linksextremisten einen Teilnehmer einer Demonstration unter dem Motto „Merkel muss weg“ in Hamburg so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung. Seit Ende Januar versammeln sich jeden Montag mehrere hundert Bürger im Zentrum der Hansestadt, um die Ablösung der Kanzlerin zu fordern. *H.H.*

### Milliarden für Syrien

**Berlin** – Die Bundesregierung hat in den Jahren 2012 bis 2017 insgesamt 1,97 Milliarden Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe in Syrien und den Nachbarländern zur Verfügung gestellt. Wie sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion schreibt, kämen 2,12 Milliarden Euro für strukturbildende Maßnahmen der Übergangshilfe und der Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der Syrienkrise seit 2012 hinzu. *J.H.*

## ZUR PERSON

### Fliegende Visionärin

Da freute sich jemand wie ein Schneekönig. **Dorothee Bär** war kaum noch einzukriegen, als sie als Staatsministerin für Digitalisierung im neuen Bundeskabinett vorgestellt wurde. Solange sie vor Glück in die Kameras strahlte, schien ihr Posten bedeutender zu sein als der eines Bundesministers. Vergessen war dabei, dass sie nur als Quotenfrau in der CSU-Herrenriege den Karriereaufstieg geschafft hat, egal die Tatsache, dass im Kanzleramt dessen neuer Chef Helge Braun die Digitalisierungsfäden an sich reißen soll, und nebensächlich auch, dass sie über kein eigenes Budget für ihren Aufgabenbereich verfügt.

Jetzt haben wir aus politischer Räson zusätzlich eine hochbezahlte Staatsministerin, die wenig entscheiden kann. Und eine, die nicht gerade durch viel Fachkompetenz auffiel. Das eifrige Nutzen des Kurznachrichtendienstes Twitter macht die 39-jährige Bambergerin, deren Mobiltelefon nur dann „Pause“ habe, wenn sie schlafe, noch lange nicht zur Expertin. Und als Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises „Netzpolitik“ hat sie Positionspapiere veröffentlicht, die höchstens ein Alibinachweis für einen leeren Aktionismus sind.



Die verheiratete Mutter zweier Kinder, deren Vater Bürgermeister war, hat seit ihrem Politikstudium in München CSU-Karriere gemacht. 2002 zog sie über die CSU-Landesliste in den Bundestag ein, 2009 wurde sie in ihrem Wahlkreis Haßberge mit 54 Prozent der Stimmen direkt in das Parlament gewählt, und seit 2013 war sie Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Wenn sich ihre Euphorie über ihren Karrieresprung setzt, kann sie sich ernsthaft mit dem Phantombegriff „Digitalisierung“ beschäftigen. Dann sorgt sie nicht wieder für ähnlich unfreiwillige Komik, wie neulich im Fernsehen mit ihrer Zukunftsvision von den „fliegenden Taxis“. *H. Tews*




# Aufgewärmte dünne Suppe

**Von einem alten Hut, einer Platte mit Sprung, stehlenden Raben und Wiederholungstätern / Der satirische Wochenrückblick mit Klaus J. Groth**

Von wegen „Heile, heile Segen, wird alles wieder gut.“ Das war leider nur die halbe Wahrheit. So gesehen, hat der vorausgegangene Wochenrückblick mit einer halben Wahrheit begonnen. Darum hole ich mit Bitte um Entschuldigung den Rest des Kinderreimes pflichtschuldig nach: „Heile, heile Katzendreck, morgen früh ist alles weg.“

Ja, denkste. Beinahe alle sind wieder da. Mit Angela Merkel an der Spitze. Von wegen, Merkel muss weg. Sie ist da, wie eh und je. Und sie macht weiter wie eh und je. Da kann der Bundespräsident noch so mahnen, ein Neuaufguss des Alten genüge nicht. Sogleich wurde alte dünne Suppe aufgewärmt. Dabei hatte die Kanzlerin gerade noch mal die Kurve gekriegt. 45 Gegenstimmen aus den Reihen der Groko hätten genügt und ein zweiter Wahlgang wäre erforderlich gewesen. Zehn Gegenstimmen aus dem Regierungslager fehlten zum Stolperstart. Das war knapp. Aber neun Stimmen genügten, um die Chose zu retten. Den Anfang vom Ende sollte man darin nicht sehen. Gut Ding will eben Weile haben. Diesmal hat es 171 Tage gedauert, bis das wackelige Hohe Haus gezimmert war. Nur Zyniker meinen, es handle sich allenfalls um eine übertünchte Schrottimmobilie. Darin sind die Verlierer der Bundestagswahl nun unter sich, alles trist und grau. Woher sollte der Sternenstaub eines Neuanfangs auch kommen?

Die namenlose Stänkerei per Stimmzettel gegen Angela Merkel ist jedenfalls ernster zu nehmen als der Zwischenruf des Heimatministers Horst Seehofer. Auch wenn ihm in der Sache zuzustimmen ist, er wirft einen alten Hut in den Ring. Seit der unsägliche Bundespräsident Christian Wulff zu seiner Erkenntnis kam, der Islam gehöre zu Deutschland, wird die Platte immer wieder aufgelegt. Die Platte hat einen Sprung … hat einen Sprung … hat einen Sprung … Immer die gleiche Leier. Nun also machte Horst Seehofer, gerade mal im Ministeramt, auf Opposition: Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland.

So billig, mit einer solchen Plattitüde, kann man ein Strohfeuer entfachen. Wie mit einem Brandbeschleuniger angefeuert, prasselten sofort Reaktion und Gegenreaktion verlässlich aufeinander. Jeder springt wie erwartet über das hingehaltene Stöckchen. Wer was zu dem Thema zwitschert, twittert oder zetert, das muss hier nicht wiederholt werden, die Nachrichten und Zeitungen sind voll davon. Eine Ausnahme machen wir allerdings. Was Cem Özdemir angemerkt hat, ist so feinsinnig, dass man es ruhig wiederholen darf. Der Grünen-Politiker meint, eine „kulturalistische“ Betrachtung, die Menschen nach Religionszugehörigkeit sortiert, die passe nicht zu Aufklärung und westlicher Demokratie. „Kulturalistisch“, darauf muss man erst einmal kommen. Und nun frisch aufgemerkt, ihr braven Mädel und Buben, was wollte der Dichter uns damit sagen? Denkt mal nach. Ansonsten braucht ihr nicht zu denken, ansonsten genügt es, wenn ihr die Namen der Absender kennt, dann wisst ihr sofort, wer was gesagt hat.

> **Warum Monika Maron so für ihren Kollegen Uwe Tellkamp in die Bresche springt**

Sie sagen alle, was sie immer sagen. Allen voran die Kanzlerin. Sie wärmt, wie schon erwähnt, gerne alte Suppe auf: Weil vier Millionen Muslime in Deutschland leben, so ihre Argumentationskette, gehöre auch ihre Religion zu Deutschland, und damit gehöre auch der Islam zu Deutschland. So einfach ist das, Herr Seehofer. Er wird es schon noch lernen. Im Übrigen war Seehofers Suppe auch nicht gerade frisch, die köchelt schon länger über der Sparflamme. Da kocht nichts wirklich hoch. Und so sehr viel anders als Merkel hat er es auch nicht gesagt. Verkürzt man seine Aussage nicht, dann gehörten Muslime „selbstverständlich zu Deutschland“. Nur eben der Islam nicht. Da kann der Gauland gerne granteln, der Seehofer habe abgekupfert. Wer wundert sich denn, wenn Politiker sich passende Themen stehlen wie die Raben.

Horst Seehofer wusste, dass er provoziert. Dass der Schriftsteller Uwe Tellkamp das wollte, als er bei einer Diskussion in Dresden gegen Asylsucher in der Mehrheit wetterte, darf bezweifelt werden. Er hat es dennoch getan, wir haben darüber berichtet. Jetzt ist er gefangen in dem „Meinungskorridor“, den er beklagt hatte. Tellkamp hatte mehrere Lesungen in Norddeutschland geplant. Die hat er abgesagt. Er fürchtet eine „nicht unerhebliche Gefahr, dass seine Lesungen zweckentfremdet und von Kräften gekapert werden, die mit Literatur wenig oder gar nichts zu tun haben“. Da hat er wohl die richtige Ahnung. Autonome und Antifa rüsteten sich zur Lesestunde. Dass es dabei weniger um erbauliche Belletristik als um Zurechtweisung gehen würde, ist klar. Wenn der einladende, honorige Veranstalter darauf hinweist, nach den Vorkommnissen in Dresden sei eine einfache Lesung nicht mehr möglich, da hätte man schon über die aktuelle Debatte sprechen müssen, dann ist klar, wie der Hase laufen sollte. Könnte es sein, dass das für Tellkamp wie eine Drohung geklungen hat? Könnte es sein, dass Tellkamp schwante, wie ein solches Gespräch mit Antifa und nachbohrenden Literaturfreunden ausgehen würde? Er verzichtet auf die hochnotpeinliche Befragung.

Einen Vorgeschmack hat er schon bekommen. In den sogenannten sozialen Medien, die sich häufig sehr unsozial verhalten, kocht der Zorn. Man solle den Schriftsteller Tellkamp nicht mehr lesen, ihm das Schreiben verbieten, seine Bücher in den Giftschrank schließen. Es macht keinen Spaß, auf diese Weise bestätigt zu werden. Immerhin sprang ihm seine Kollegin Monika Maron beherzt zur Seite, als sie im Deutschlandfunk zürnte, der Suhrkamp-Verlag habe seinen Autoren Tellkamp verraten. Wir berichteten über die Twitter-Meldung, mit der sich der Verlag peinlich von den Ansichten seines Autors distanzierte.

Nun also erhielt er massiv Schützenhilfe von einer Frau, die ihren Mut nicht erst beweisen muss. Schon lange beklagt sie einen schleichenden Verlust des Vertrauens in die Medien, die Parteien, die Institutionen, zur Regierung, vor allem der Kanzlerin. Maron ist wie Tellkamp in der DDR aufgewachsen. Sie hat Erfahrungen gemacht, die im Westen glücklicherweise nicht gemacht werden konnten. Warum schulte das den Blick auf die Realitäten so viel besser? Maron lebte in der DDR und veröffentlichte ihren ersten Roman bei S. Fischer, also im Westen.

„Flugasche“ heißt der, er schildert die Zerstörung der Umwelt rund um Bitterfeld. Für ein solches Thema konnte sich in der DDR kein Verlag finden. Erst kam das Manuskript in den Westen, dann die Autorin samt Mann und Sohn. Versehen mit einem Drei-Jahres-Visum, lebte man ab 1988 in Hamburg. Harte Auseinandersetzungen sind Maron also nicht fremd. Das sollte man wissen, wenn man verstehen will, warum die Frau so für ihren Kollegen Tellkamp in die Bresche springt. Offenbar stört es sie wenig, Schimpf und Schande auf sich zu laden. Sie reiste nach Dresden, um sich ein eigenes Bild von Pegida und den Demonstranten zu machen. Das allein schon machte sie verdächtig. Und der Verdacht wurde bestätigt, als sie erkannte: „Pegida ist keine Krankheit. Pegida ist das Symptom.“ Woraus sie folgerte: „Wir preisen die offene Gesellschaft und verweigern die offene Diskussion.“

Wenn man sich jetzt ansieht, was Maron im Fall Tellkamp sagt, dann wird deutlich: Die Frau ist eine Wiederholungstäterin, da hilft keine Resohilfe. Sie vertritt doch glatt immer noch die Ansicht, jeder Andersdenkende müsse mit Repressionen rechnen, ihm drohten größere und kleinere Ächtungen. Wie kommt Maron bloß darauf? Wird nicht gerade in diesen Tagen in den Kulturteilen der Zeitungen rauf und runter volltönend das große Gut der Meinungsfreiheit besungen? Bewundern wir nicht geradezu selbstverliebt unsere gepflegte Debattenkultur? Dabei kann man alles sagen, solange man das richtige sagt. Nur bitte über den Islam nicht, über angebliche Armut nicht, über verstärkten Grenzschutz nicht und eine deutsche Leitkultur überhaupt nicht.

## MEINUNGEN

*Der neue Bundesinnenminister* ***Horst Seehofer revidiert*** *in der „Bild“-Zeitung (16. März) die umstrittene Ansicht des Ex-Bundespräsidenten Christian Wulff,* ***wonach der Islam zu Deutschland gehöre:***

„Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland. Deutschland ist durch das Christentum geprägt. Dazu gehören der freie Sonntag, kirchliche Feiertage und Rituale wie Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Die bei uns lebenden Muslime gehören aber selbstverständlich zu Deutschland. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir deswegen aus falscher Rücksichtnahme unsere landestypischen Traditionen und Gebräuche aufgeben.“

***Henryk M. Broder*** *macht in der „Welt“ (20. März) die* ***„Zugehörigkeit“ des Islam*** *an einer einfachen Frage fest:*

„Die Frage, die unbeantwortet im Raum steht, lautet: Ist der Islam eine Religion wie das Christentum oder das Judentum, der man beitreten und die man verlassen, über die man sich lustig machen kann, die sich mit anderen Religionen arrangiert, oder eben eine Ideologie wie der Kommunismus und der Faschismus, die ihre Überlegenheit demonstrieren und anderen aufzwingen will.“

***Rainer Zitelmann*** *warnt in „Tichys Einblick“ (19. März) davor, die* ***Finanz- und Eurokrise*** *für überwunden zu halten:*

„In den meisten Medien lesen wir sogar über die Finanz- und Eurokrise in der Vergangenheitsform, so als ob wir diese hinter uns hätten. Angesichts der Nullzinspolitik und der Anleihekäufe ist das so, als würde man einen Heroinabhängigen für geheilt erklären, weil er nach regelmäßigen Methadongaben nicht mehr zittert.“

*Der Schriftsteller* ***Reiner Kunze*** *lästert in der „Deutschen Sprachwelt“ (Ausgabe Frühling 2018) über den Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten der Bundesregierung, Kristin Rose-Möhring, im Text der* ***Nationalhymne*** *das Wort* ***„brüderlich“ durch „couragiert“ zu ersetzen:***

„Extrem ausgrenzende Wörter wie ‚brüderlich‘ sind zutiefst frauenfeindlich und müssen selbstverständlich getilgt werden. Nur wären dann auch ‚frauenfeindliche‘ Werke wie Friedrich Schillers ‚Ode an die Freude‘, in der ‚alle Menschen … Brüder‘ werden, aus dem multikulturellen Gedächtnis zu eliminieren … Ganz zu schweigen vom frauenfeindlichsten Wort der deutschen Sprache, dem Wort ‚Verstand‘, das es ein für allemal zu löschen gälte, denn nach dem grammatischen Geschlecht ist es ausschließlich männlich.“

*Der Philosoph* ***Rüdiger Safranski*** *verurteilt im Gespräch mit dem „Spiegel“ (17. März) den hetzerischen Gebrauch des „Nazi“-Vorwurfs:*

„Man merkt offenbar gar nicht mehr, dass jemanden als ‚Nazi‘ zu bezeichnen, der es nicht ist, die schlimmste denkbare Verleumdung und damit Hetze ist … Ich warne vor den Gleichsetzungsdelirien: konservativ gleich rechts gleich rechtsextrem gleich Nazi. Das ist verantwortungslos … Wie wenig Ahnung muss man vom Nationalsozialismus haben, wenn man ständig die Nazikeule schwingt?“